

# RheinlandPfalz

Ministerium für Landwirtschaft,  
Weinbau und Forsten



## NACHRICHTEN aus der Landeskulturverwaltung



<b>W. Junk:</b>	Erfahrungen beim Einsatz der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Flurbereinigungsverfahren im Kulturamtsbezirk Kaiserslautern . . . . .	<b>82</b>
<b>Aus der Rechtsprechung</b> . . . . .		<b>86</b>
<b>Buchbesprechungen</b> . . . . .		<b>88</b>
<b>Literaturübersicht</b> . . . . .		<b>90</b>
<b>Ehrungen</b> . . . . .		<b>94</b>
<b>Personalveränderungen</b> . . . . .		<b>98</b>
<b>Fachprüfungen</b> . . . . .		<b>101</b>
<b>Informationen aus der LKV</b> . . . . .		<b>102</b>
<b>Kurzinformationen</b> . . . . .		<b>115</b>

## IM BLICKPUNKT :

### **Aufgaben und Bedeutung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung im gesamtdeutschen Raum**

von Ministerialdirigent Dr. W. Kirchhoff, Niedersächsisches Ministerium  
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten\*)

#### **1. Zur Entstehung**

Die Amtschefs der Agrarminister der Bundesrepublik Deutschland haben am 12. Mai 1977 beschlossen, eine Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung - kurz ArgeFlurb genannt - zu gründen. Die Mitglieder sind die Landwirtschaftsministerien von Bund und Ländern, die von Angehörigen der Flurbereinigungsverwaltungen vertreten werden.

Die ArgeFlurb hatte zwei Vorläufer, und zwar

- den Ausschuß für Grundsatzfragen der Flurbereinigung und
- die Arbeitsgemeinschaft für das technische Verfahren der Flurbereinigung.

Ihre Existenz ergab sich zwangsläufig aus dem Flurbereinigungsgesetz. Nach § 2 Abs. 2 dieses Gesetzes haben die Länder

- die Durchführung der Flurbereinigung als eine besonders vordringliche Maßnahme zu betreiben und
- die Flurbereinigungsbehörden und ihre Dienstbezirke zu bestimmen.

Diese Vorschrift fängt die historischen Entwicklungen aus der Zeit ein, als das Flurbereinigungsrecht noch Ländersache war. Gleichzeitig birgt sie aber die Gefahr in sich, daß Flurbereinigung in jedem Land neu gedacht und interpretiert wird. Unterschiedliche Auffassungen und Entwicklungen mit einem einheitlichen Rechtsrahmen als Hintergrund sind diesem gesellschaftspolitisch wichtigen Instrument aber nicht dienlich.

Es lag daher nahe, über den Weg des ständigen Gedankenaustausches über Ländergrenzen hinweg anerkannte Grundlagen für die praktische Flurbereinigungstätigkeit zu schaffen, die sich vor allem in Handlungsempfehlungen für Verwaltungsvorschriften niederschlagen, sich aber auch in der Vorbereitung politischer Entscheidungen auswirken.

-----  
\*) Der Autor dieser überarbeiteten Fassung eines Vortrags ist Vorsitzender der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung. Er hat den Vortrag beim 1. gesamtdeutschen Flurbereinigungsseminar vom 5. bis 7. Dezember 1990 in Hahnenklee/Oberharz gehalten. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der Zeitschrift "Vermessungstechnik".

Nach der Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes im Jahre 1976 kamen die Länder überein, eine wirksame Institution für den Gesamtbereich Flurbereinigung zu schaffen, um die anstehenden rechtlichen, technischen und finanziellen Probleme und Fachfragen in einem interdisziplinären Kreis erfolgreich und nachhaltig aufbereiten zu können.

Der Vorsitz und die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft wechseln in dreijährigem Rhythmus. Nach dem Lande Bayern, dem Bund, den Ländern Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg liegen sie von 1990 bis 1992 beim Lande Niedersachsen.

## 2. Zu den Aufgaben und zur Gliederung

Die ArgeFlurb hat sich das Aufgabenziel gesetzt,

- die Flurbereinigungsverwaltungen der Länder durch rechtzeitige und gemeinsame Behandlung der allgemeinen und grundsätzlichen Angelegenheiten zu unterstützen und
- die Effizienz der strukturpolitisch wichtigen Maßnahmen der Flurneuordnung für den ländlichen Raum, die Land- und Forstwirtschaft und die allgemeine Landeskultur zu steigern.

Vor allem soll sie

- Grundlagenmaterial erarbeiten und Orientierungsdaten für die Flurbereinigung zur Verfügung stellen,
- die Technik in der Flurbereinigung weiter entwickeln,
- Leitlinien und Empfehlungen für die Durchführung der Flurneuordnung geben,
- Entwicklungen im Umfeld der Flurbereinigung kritisch verfolgen und Vorschläge erarbeiten,
- die Zusammenarbeit mit Hochschulen pflegen und wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Gebiet der Flurneuordnung vermitteln,
- den Meinungs- und Erfahrungsaustausch untereinander und mit fachverwandten Gremien pflegen und
- Aufklärungsarbeit leisten.

Für die gezielte Arbeit wurden neben dem Plenum verschiedene ständige Ausschüsse und Arbeitsgruppen gebildet:

- Ausschuß für Verwaltung und Recht (AVR),
- Ausschuß für Planung und Technik (APT),
- Arbeitsgruppe Automation (AgA - Rationalisierung durch Datenverarbeitung, Informations- und Kommunikationstechnik, (Vermessungstechnik),
- Arbeitsgruppe Bau (AgBau - Planung und Bau der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen),
- Arbeitsgruppe Dorferneuerung (AgDorf),
- Arbeitsgruppe Rechtsprechung zur Flurbereinigung (AGRzF).

Für die Untersuchung spezieller Einzelfragen werden darüber hinaus ggf. noch Projektgruppen eingesetzt.

Im Plenum und in den Ausschüssen sind zur Zeit bis auf die Stadtstaaten der Bund und alle Länder vertreten. In den Arbeitsgruppen arbeiten Bund und Länder je nach Interessenlage mit. Für die Projektgruppen werden gezielte Personen - auch von außerhalb der Verwaltungen - zur Mitarbeit eingeladen.



Die Arbeitsergebnisse der ArgeFlurb tragen ganz wesentlich dazu bei, in den einzelnen Länderverwaltungen Doppelarbeit und mehrfache Entwicklungskosten zu vermeiden sowie die Verwaltungstätigkeit zu vereinfachen.

Die Arbeit der ArgeFlurb dokumentiert sich in einer Schriftenreihe, die als bewährte Arbeitsempfehlung für die Bediensteten der Flurbereinigungsverwaltungen und gleichzeitig auch als Informationsmaterial für die anderen Verwaltungen und die interessierte Öffentlichkeit (Flurbereinigungsteilnehmer, Gemeinden, Schulen, Universitäten, Verbände usw.) einen hohen Stellenwert erlangt hat. Sie umfaßt zur Zeit 16 Hefte.

Besonders zu erwähnen ist die Sammlung "Rechtsprechung zur Flurbereinigung". In ihr sind etwa 1300 Urteile aus dem Rechtsgebiet Flurbereinigung und anderen zu beachtenden Gebieten, wie Enteignungsrecht, Baurecht, Liegenschaftsrecht, ausgewertet worden. Sie hat sich zu einem umfassenden Nachschlagewerk dieses speziellen Rechtsgebietes für die Verwaltungspraxis und die Gerichte entwickelt.

### 3. Zur weiteren Entwicklung

Zwei große Komplexe werden mittelfristig die Arbeit der ArgeFlurb prägen:

- die intensive Zusammenarbeit mit den neuen Ländern,
- die Durchführung von Flurneuordnungen unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen.

#### 3.1 Zusammenarbeit mit den neuen Ländern

Am 3. Oktober 1990 sind in der Bundesrepublik Deutschland fünf neue Länder entstanden. Nach den Wahlen am 14.10.1990 haben sich die neuen Landesregierungen konstituiert. Alle Länder richten zur Zeit Verwaltungen in der Ressortzuständigkeit der Landwirtschaftsministerien ein, die Flur- und Bodenordnungen sowie Dorferneuerungen durchzuführen haben.

Die ArgeFlurb hat die Landwirtschaftsministerien der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Mitarbeit eingeladen. Der Aufbau der neuen Verwaltungen, ihre Organisation und Herstellung der Arbeitsfähigkeit wird ein Gebiet sein, bei dem die ArgeFlurb Unterstützung geben kann, allerdings nicht mit direkten Hilfen, die wirkungsvoller über die Absprachen der Länder untereinander ablaufen.

Aber sie bietet sich als länderübergreifendes Forum an für einen breitgefächerten Austausch von Wissen, Erfahrungen und Meinungen. Zu diesem Bereich sind auch Fragen der Ausbildung, Umschulung und Fortbildung zu rechnen.

Auf fachlichem Gebiet werden in kurzer Zeit praktikable Lösungen für bisher unbekannte Probleme gefunden werden müssen. Zu nennen sind hier vor allem die Folgen aus der Entwicklung des Eigentums an Grund und Boden in der ehemaligen DDR. Die Klärung der Eigentumsverhältnisse ist zwingende Voraussetzung für die Flurneuordnung, weil für sie die Wahrung des Eigentums das oberste Gebot ist.

Flurneuordnungen werden anlaufen, bevor diese Fragen aufgearbeitet sind. Andererseits wird die Bodenordnung nicht von heute auf morgen geregelt werden können. Es müssen z.B. Lösungen gefunden werden für die Behandlung der LPGs und ihrer uneingeschränkten Nutzungsrechte oder des aufzulösenden Volkseigentums, ohne daß die ausstehenden endgültigen Eigentumsregelungen zusätzlich belastet werden und diese ausgewogen geregelt werden können.

Auf dem Wege zu neuen Strukturen der Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Nutzflächen als Eigentümer, Pächter oder Pachtgesellschaft sind Übergangsformen notwendig. Wo die Eigentumsverhältnisse nicht sehr kompliziert sind, können die im Aufbau befindlichen Verwaltungen alsbald mit der Flurneuordnung unter Zuhilfenahme einer vorläufigen Nutzungsabstimmung beginnen, insbesondere unter Mithilfe der Partnerländer in Modellgebieten, um damit Erfahrungen für weitere Neuordnungsmaßnahmen zu sammeln.

Andererseits kann hier eine große, wenn auch vorübergehende Aufgabe der Siedlungsgesellschaften vorliegen, die die Flächen mit verwickelten Eigentumsverhältnissen bis zur endgültigen Bodenordnung treuhänderisch verwalten und kurzfristig verpachten, um einer Verfestigung von Übergangsstrukturen vorzubeugen.

Die Diskussionen werden über die enge fachliche Sicht hinaus aber auch mit anderen Verwaltungen und Gremien geführt werden müssen, z.B. mit Grundbuch und Kataster bei Eigentumsfragen, in anderen Bereichen mit Kommunen, Naturschutz, Wasserwirtschaft, Straßenbau usw., da ein breiter Konsens für die Grundlagen der Flurneuordnungstätigkeit gefunden werden muß.

### **3.2 Durchführung von Flurneuordnungen unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen**

Der zweite Komplex betrifft die Durchführung von Flurneuordnungen unter veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen.

Die Flurneuordnung und die Landentwicklung haben von jeher ihren Schwerpunkt im ländlichen Raum gehabt, entsprechend haben sie sich den politischen und wirtschaftlichen Anforderungen laufend anzupassen.

Die ländlichen Räume unterliegen zur Zeit tiefgreifenden Flächenumwandlungsprozessen, die überwiegend markt- und umweltpolitisch ausgelöst wurden. Die unterschiedlichen und oftmals konkurrierenden Nutzungsansprüche bedürfen einer Entflechtung und Harmonisierung zugleich. Das trifft auch und gerade für die fünf neuen Länder zu, wenn hier die Probleme auch vielschichtiger und teilweise anders gelagert sind.

Zu dieser Problematik hat die ArgeFlurb 1987 ein Thesenpapier erarbeitet, dessen Inhalt zielgerecht in die Praxis umgesetzt werden sollte:

#### **3.2.1 Flurbereinigung für die Landwirtschaft**

Die Flurbereinigung ist unverzichtbar, weil durch ihre Maßnahmen

- zur Senkung der Produktionskosten,
- zur Verminderung des Arbeitsaufwandes und
- zur Beseitigung von strukturellen Mängeln

die Existenzgrundlagen einer bäuerlichen Landwirtschaft gesichert und die Einkommen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nachhaltig verbessert werden können. Zugleich trägt sie zur Anpassung an die Marktentwicklung und zur Unterstützung von Einkommenskombinationen im Zu- und Nebenerwerb bei.

### 3.2.2 Flurbereinigung zur Konfliktlösung

Die Flurbereinigung ist in solchen Gebieten von besonderer Bedeutung, wo die Belange der Land- und Forstwirtschaft mit denen

- des Naturschutzes und der Landschaftspflege,
- der Dorferneuerung und des Städtebaus sowie
- der Infrastruktur

in Konflikt geraten.

### 3.2.3 Schwerpunktverlagerung

Mit den veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen werden sich die Schwerpunkte der Flurbereinigung auf ihre Möglichkeiten verlagern,

- die gegensätzlichen Ansprüche an Grund und Boden miteinander in Einklang zu bringen,
- die extensive Nutzung und die Aufforstung landwirtschaftlicher Flächen im Interesse der Marktentlastung zu fördern und
- freiwerdende Flächen für außerlandwirtschaftliche Zwecke zu verwenden.

### 3.2.4 Umweltgerechte Neugestaltung

In der Flurbereinigung ist bei der Neugestaltung ländlichen Grundbesitzes und der Verwendung verfügbaren Landes

- den Erfordernissen einer umweltgerechten Landnutzung sowie
- der Sicherung und Entwicklung einer vielfältigen Kulturlandschaft

unter Wahrung der Interessen der Beteiligten ein hoher Stellenwert einzuräumen. Den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie dem integrierten Pflanzenbau ist durch Bereitstellung von agrarökologischen Ausgleichsflächen und Aufbau eines Biotopverbundsystems besonders Rechnung zu tragen.

### 3.2.5 Bedarfsgerechte Verfahrensart wählen

Von den verschiedenen Verfahrensarten nach dem Flurbereinigungsgesetz ist stets jene zu wählen, mit der die jeweils wichtigsten Probleme möglichst einfach, schnell und kostengünstig gelöst werden können; die Verfahrensgebiete sind dementsprechend abzugrenzen.

Vor allem bei Flächenstillegungen, Extensivierungen und Aufforstungen von Flächen kommt dem freiwilligen Landtausch eine erhöhte Bedeutung zu.

### 3.2.6 Ausgewogene Finanzierung sichern

Die finanzielle Förderung der Flurbereinigung muß dem Gewicht des öffentlichen Interesses an bestimmten Maßnahmen, dem Interesse der Teilnehmer und der finanziellen Leistungskraft der Landwirtschaft angemessen Rechnung tragen. Bei besonderen Interessen Dritter ist deren Kostenbeteiligung sicherzustellen.

### 3.2.6 Ausgewogene Finanzierung sichern

Die finanzielle Förderung der Flurbereinigung muß dem Gewicht des öffentlichen Interesses an bestimmten Maßnahmen, dem Interesse der Teilnehmer und der finanziellen Leistungskraft der Landwirtschaft angemessen Rechnung tragen. Bei besonderen Interessen Dritter ist deren Kostenbeteiligung sicherzustellen.

### 3.2.7 Anhängige Verfahren überprüfen

Länger laufende Verfahren sind daraufhin zu überprüfen, ob sie beschleunigt durchgeführt oder in geänderter Form fortgeführt werden können.

In den neuen Bundesländern bedürfen die Thesen für die Landwirtschaft einer Interpretation; für die Förderung der Landeskultur und der Landentwicklung gelten sie gleichermaßen. Die veränderten agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen liegen zum größten Teil begründet in den Belastungen des europäischen Agrarmarktes, der seine Probleme mit den laufend steigenden Überschüssen hat. Durch laufende Produktionssteigerung der landwirtschaftlichen Betriebe sind auch die ökologischen Grenzen einer intensiv betriebenen Landwirtschaft sehr deutlich geworden. Damit einher geht auch die Verschärfung der soziostrukturellen Situation in der Landwirtschaft.

## 4. Ausblick

Die Flurbereinigungsbehörden, mit ihren Erfahrungen im Umgang mit ländlichem Grundbesitz und mit dem geeigneten Rechtsinstrumentarium ausgestattet, bieten sich an, die komplexen Bedürfnisse der Grundeigentümer, der Kommunen und anderer Partner in einem transparenten Prozeß einer Lösung zuzuführen.

Darum ist es ungeheuer wichtig, daß gerade in den fünf neuen Ländern so schnell wie möglich leistungsfähige Flurbereinigungsverwaltungen aufgebaut werden.

Hier sind die Partnerländer gefordert, jede nur mögliche Hilfe zu leisten, sei es beim Aufbau der Verwaltungen, in Schulungskursen und Seminaren, bei der Ausbildung von Hospitanten, Benennung von Patenämtern u.a.m.

Auch die ArgeFlurb wird ihren Teil dazu beitragen können. Die entsprechenden Gremien werden sich verstärkt den Problemen der fünf neuen Länder widmen, von ihnen werden die gezielten Fragen kommen.

Ich wünsche allen, die sich zukünftig diesen Aufgaben zum Wohle der Menschen und der Allgemeinheit widmen, eine glückliche Hand. Gemeinsam und mit großen Anstrengungen sollten wir an sie herangehen. Ich bin der Überzeugung, sie ist es wert.

# FACHBEITRÄGE

## Zur Lage der Landeskulturverwaltung in Rheinland-Pfalz

- von Ministerialdirigent Felix Zillien, Mainz -

### 1. Allgemeine Vorbemerkungen

Ich nütze gerne die Gelegenheit, die Situation der rheinland- pfälzischen Landeskulturverwaltung einem bundesweiten Zuhörerkreis vorzustellen. Da unser Hauptbetätigungsfeld - die ländliche Bodenordnung - keine statische Angelegenheit ist, sondern in hohem Maße dynamischen Anforderungen unterliegt, will ich Ihnen bei der Beschreibung der Lage der Landeskulturverwaltung nicht nur den gegenwärtigen Stand darlegen, sondern Ihnen auch mögliche Entwicklungsperspektiven aufzeigen.

Wir sind - wie kaum eine andere Verwaltung - gezwungen, das agrar- und wirtschaftspolitische Umfeld dauernd und sorgfältig zu analysieren. Nur dadurch ist gewährleistet, daß wir unsere Aufgaben den Zeiterfordernissen angepaßt erfüllen.

Wie bereits in der Vergangenheit, so wird auch in der Zukunft die "Bodenfrage im ländlichen Raum" ein stets anspruchsvolles Diskussionsthema sein. Dabei werden die Grenzen abgesteckt von

- strukturellen Veränderungsprozessen im ländlichen Raum,
- neuen Erkenntnissen über das Wirkungssystem ländlicher Raum sowie
- einem tiefgreifenden Wertewandel, der zu veränderten politischen Prioritäten und - was für uns von besonderer Bedeutung ist - zu veränderten agrarpolitischen Rahmenbedingungen führt.

Eingespant in diesen Rahmen darf ich Ihnen zunächst kurz die historische Entwicklung unserer neun Kulturämter einschließlich der beiden Nebenstellen aufzeigen, bevor ich auf die aktuellen Fragen zu sprechen komme.

---

\* ) Referat anläßlich der Jahrestagung der Bundesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltungen der Bundesländer am 12. September 1991 in Emmelshausen

## 2. Historische Entwicklung zu den neun Kulturämtern einschließlich der zwei Nebenstellen

Bei meinem kurzen Rückblick beschränke ich mich auf die Entwicklung in Preußen, weil wesentliche Teile des heutigen Rheinland-Pfalz davon berührt worden sind.

Der bedeutende Arzt und Landwirt Albrecht Thaer gründete 1811 die erste sog. Generalkommission, um mit dieser Einrichtung der preußischen Landeskulturverwaltung die gutherrlich- bäuerlichen Auseinandersetzungen sowie die sog. Gemeinheitsteilungen vorzunehmen. Im Jahre 1872 übertrug der preußische Staat den Generalkommissionen zusätzlich die Zusammenlegung von zersplitterten Grundstücken als selbständige Maßnahme, weil sich in dieser Zeit zunehmend die Erkenntnis durchsetzte, daß eine rentable Bewirtschaftung nur auf größeren Wirtschaftsflächen zu verwirklichen ist. Bemerkenswert dabei ist, daß sowohl die o.g. Auseinandersetzungsverfahren als auch die Zusammenlegungen von zersplittertem Grundbesitz einer besonderen Fachbehörde oblagen, bereits damals von der Erkenntnis getragen, daß bei der Erfüllung dieser das Eigentum unmittelbar berührenden Aufgabe neben Sachverstand auch behördliche Unabhängigkeit in hohem Maße gefordert war.

In den Jahren 1886 bis 1912 wurden im Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz 12 Spezialkommissionen gegründet, um den Anforderungen nachzukommen, die wir heute mit den Begriffen "Orts- und Bürgernähe" umschreiben. Nicht uninteressant ist die Feststellung, daß die Tätigkeit dieser Spezialkommissionen regionale Unterschiede bezüglich Arbeitsumfang und -intensität aufwies. Die Arbeiten verliefen in zeitlichen Schüben und Wellen. Dies hatte in der Regel gesamt- und regionalpolitische sowie wirtschaftliche Gründe. Dieses bemerkenswerte Phänomen hat sich im Grunde bis in unsere Gegenwart fortgesetzt. Die Arbeit der Landeskulturverwaltung und auch bereits ihrer historischen Vorgängerinnen ist niemals gleichmäßig abgewickelt worden. Auf Höhen des Arbeitsumfanges und der Arbeitsintensität folgten Tiefen und umgekehrt. Es ist durchaus nützlich, sich in schwierigen Phasen unserer Verwaltung dieser Eigenart bewußt zu werden.

Am 03. Juni 1919 wurde das Gesetz über die Landeskulturbehörden erlassen, welches die bis dahin bestehenden General- und Spezialkommissionen vollständig umgestaltete und auch das Verfahren neu regelte. Das Schwergewicht der Tätigkeit wurde auf die Ortsinstanzen verlagert, die ab diesem Zeitpunkt die Amtsbezeichnung "Kulturämter" erhielten. Diese Behördenbezeichnung, die bis heute von Rheinland-Pfalz als einzigem Bundesland beibehalten worden ist, leitet sich bekanntlich aus dem lateinischen Substantiv "cultura" (= Bearbeitung, Anbau, Ackerbau) und dem lateinischen Verb "colere" (= hegen, pflegen, bebauen, bestellen) ab. Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, daß diese Behörde fortan dem Kulturgut des Grund und Bodens und den Eigentümern dieses Kulturgutes gegenüber in besonderem Maße verpflichtet sein sollte.

Durch Erlaß vom 1. Oktober 1919 wurden für den Bereich des heutigen Landes Rheinland-Pfalz in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier acht Kulturämter gegründet. Etwa zur gleichen Zeit - nämlich im Jahre 1924 - wurde in dem ehemals bayerischen Teil von Rheinland-Pfalz, der heutigen Pfalz, das Flurbereinigungsamt Neustadt a.d.W. von Bayern gegründet. 10 Jahre später richtete Hessen zum 01. April 1934 das ehemalige Feldbereinigungsamt Rheinhessen mit dem Sitz in Worms - das heutige Kulturamt Worms - ein. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg, am 01. November 1947, wurde die damalige Nebenstelle Bingen selbständiges Feldbereinigungsamt, das 1954 ebenfalls in Kulturamt unbenannt wurde.

Damit verfügte Rheinland-Pfalz nach dem 2. Weltkrieg über 14 Kulturämter, von denen seit 1974 im Rahmen der Funktionalreform und der Behördenkonzentration drei Ämter geschlossen wurden. Heute bestehen folgende neun Kulturämter mit zwei Nebenstellen:

Kulturamt Mayen, mit der Nebenstelle Adenau, Kulturamt Simmern, mit der Nebenstelle Bad Kreuznach, sowie die Ämter Westerburg, Kaiserslautern, Neustadt, Worms, Bernkastel-Kues, Prüm und Trier.

Während die Nebenstelle Bad Kreuznach voraussichtlich zum 31.12.1993 aufgelöst werden soll, ist der Bestand der Nebenstelle Adenau aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 30.05.1990 langfristig gesichert. Insgesamt kann damit der Konzentrationsprozeß auf der unteren Ebene als abgeschlossen angesehen werden.

Die Mittelinstanz wird von den Bezirksregierungen als obere Flurbereinigungsbehörde (Referat 53) wahrgenommen, während die Abteilung 4 im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten die oberste Flurbereinigungsbehörde bildet. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß die Landeskulturverwaltung nicht nur Flurbereinigungs-, sondern zugleich Siedlungsbehörde ist sowie auf der unteren Ebene seit 01.03.1988 die Aufgaben des Siedlungsunternehmens (Auflösung der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH) wahrnimmt. Die technischen Aufgaben werden zentral von der Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung mit Sitz in Mainz erfüllt.

### 3. Verwaltungsreform 1974 und neuere Bestrebungen

In Rheinland-Pfalz kam es erstmals anläßlich der Funktionalreform Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zu der Fragestellung, ob und inwieweit die Landeskulturverwaltung als Fachverwaltung in die allgemeine Verwaltung einzugliedern sei. Durch die Landesverordnung zur Neuordnung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet der Landeskulturverwaltung vom 06. Februar 1974 (GVBl S. 49) wurden die allgemeinen Verwaltungsaufgaben der damals beim Ministerium angesiedelten oberen Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde ausgegliedert und auf die drei Bezirksregierungen delegiert. Damit wurde die Verwaltungsebene der Oberbehörde in die staatliche Mittelinstanz eingegliedert. Die Kulturämter als Fachbehörden "vor Ort" blieben erhalten. Der wesentliche Grund für diese Beibehaltung lag nach der damaligen und auch heute noch gültigen Feststellung darin (- ich zitiere -), "daß eine Kollision zwischen den Interessen des Staates bzw. der Gemeinden und denen der Bürger vermieden werden muß. Zu dieser Kollision kann es auf alle Fälle dann kommen, wenn dieser Verwaltungszweig eingegliedert ist." (Deutscher Gemeindeverlag, Mainz 1966, TH 83, S. 158).

Die Fortsetzung der Verwaltungsvereinfachung wurde für die Landeskulturverwaltung im Jahr 1987 erneut aktuell, da zu diesem Zeitpunkt mit der auch heute noch anhängigen Agrarverwaltungsreform begonnen wurde. Dabei wurde u.a. das Modell der Integration der Kulturämter in die allgemeine Verwaltung diskutiert. Während nach eingehendem Gedankenaustausch mit dem Innenministerium die Kulturämter diese Reform insbesondere wegen der Bestimmung in § 2 Abs. 2 Satz 2 des FlurbG - nach dieser Rechtsgrundlage bestimmen die Länder, welche Fachbehörden Flurbereinigungsbehörden und obere Flurbereinigungsbehörden sind - und nach einer rechtlichen Beurteilung durch den rheinland-pfälzischen Justizminister bisher unangetastet überstanden haben, erleben wir gerade in diesen Tagen, wie schwierig es ist, den Aufgabenbereich der Kulturämter zu erweitern. Konkret meine ich damit die Übertragung der Bewilligungs- und Rechnungsprüfungszuständigkeit für die einzelbetrieblichen Investitionsfördermaßnahmen und für die Dorferneuerung. Ich komme später auf dieses Anliegen noch einmal zurück.

### 4. Bisherige Leistungen der Flurbereinigung

Grundsätzlich sind die Leistungen der Landeskulturverwaltung im politischen Raum anerkannt. Die Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Wettbewerbsverbesserung der Landwirte und Winzer sowie in zunehmendem Maße zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Gerade im Zuge der Verwaltungsreform muß die Landeskulturverwaltung immer wieder auf ihre "produktiven Leistungen" hinweisen.

Seit 1948 wurden in Rheinland-Pfalz 2.127 Bodenordnungsverfahren mit einer Fläche von 837.000 ha durchgeführt. Davon entfallen 634.000 ha auf die Flurbereinigung und 203.000 ha auf die beschleunigte Zusammenlegung.

Dadurch konnten 575.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche, davon knapp 36.000 ha Rebland, neu geordnet werden.

Trotz dieser positiven Gesamtbilanz erfährt die Landeskulturverwaltung wegen stark rückläufiger Jahresleistung gerade in der jüngsten Vergangenheit nicht unerhebliche Kritik:

Während der Jahre 1950 bis 1959 betrug die jährliche Durchschnittsleistung beim Besitzübergang 22.700 ha. In der Zeit von 1960 bis 1969 stieg diese Fläche auf einen jährlichen Durchschnitt von 28.300 ha an, um in der Zeit von 1970 bis 1979 zunächst auf rd. 20.000 ha und schließlich in den 80er Jahren auf jährlich rd. 12.500 ha zurückzufallen, mit weiter abfallender Tendenz. Die Gründe hierfür liegen in der sehr stark angestiegenen "Regelungsdichte" (z.B. Planfeststellung, UVP) und der Personalmückführung.

Innerhalb dieses aufgezeigten Zeitraumes hat sich der Personalbestand der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz von rd. 1.200 auf derzeit rd. 800 Mitarbeiter reduziert. Dies entspricht einem Rückgang von 100 % in den 60er Jahren auf rd. 70 % in den 80er Jahren. Die Flächenleistung beim Besitzübergang, nach der wir stets gemessen wurden und nach der wir auch immer noch beurteilt werden, ist somit nicht nur absolut, sondern auch relativ deutlich gesunken. Dies müssen wir klar feststellen! Die Komplexität der Verwaltungsverfahren - insbesondere die Planfeststellungsverfahren nach 41 FlurbG und die neu hinzugekommene Umweltverträglichkeitsprüfung - konnte auch durch neuzeitliche Verfahrenstechniken (Automation und dergl.) nicht voll "absorbiert" werden.

Am 01. Januar 1991 sind in Rheinland-Pfalz insgesamt

- 479 Bodenordnungsverfahren mit

- 182.619 ha (davon 14.567 ha Rebland)

anhängig.

Daran sind rd. 180.000 Grundstückseigentümer beteiligt.

Diese Verfahren verteilen sich auf folgende Verfahrensarten:

- 332 Verfahren mit 126.016 ha = rd. 69 % (davon 13.540 ha Rebland) als Regelflurbereinigung nach § 1/37 FlurbG,

- 85 Verfahren mit 25.262 ha = 14 % (davon 262 ha Rebland) als vereinfachte Flurbereinigung nach § 86 FlurbG,

- 23 Verfahren mit 14.563 ha = rd. 8 % (davon 751 ha Rebland) als Unternehmensflurbereinigung (mit Planungen Dritter, z.B. überregionalem Straßenbau) nach § 87 FlurbG und

- 89 Verfahren mit 16.778 ha = rd. 9 % (davon 14 ha Rebland) als beschleunigte Zusammenlegungen nach § 91 FlurbG.

Unter Zugrundelegung der bisherigen Arbeitsleistungen und der derzeitigen angespannten Personalausstattung bei den Kulturämtern wird für die Durchführung und Abwicklung dieser Verfahren ein Zeitraum von 15 bis 20 Jahren angesetzt.



## 5. Perspektiven der ländlichen Bodenordnung

Schlaglichtartig lassen sich die Perspektiven wie folgt beschreiben:

- Es besteht ein hoher Bedarf an Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz. Im Hinblick auf die Bildung zukunftssicherer Wirtschaftseinheiten haben neben den traditionellen Flurbereinigungsverfahren insbesondere schnellwirkende und umweltschonende Bodenordnungsmaßnahmen (beschleunigte Zusammenlegung, freiwilliger Land- und Pachttausch, Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten sowie die Kombination dieser Verfahren untereinander) besondere Bedeutung. Wir wollen daher diese Maßnahmen in Zukunft mit Hilfe entsprechender Landeshaushaltsmittel verstärken. Zu diesem Bereich haben wir darüber hinaus ein eigenes Landtausch- und Pachtförderungsprogramm entwickelt, das im Entwurf vorliegt. Ebenso werden Arbeitsgruppen für beschleunigte Zusammenlegungsverfahren in der Trägerschaft der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH neu eingerichtet.
- Für die Entwicklung des ländlichen Raumes und die Förderung der in der Landwirtschaft verbleibenden Betriebsinhaber - sei es im Haupt- oder im Nebenerwerb - bleibt die ländliche Bodenordnung auch zukünftig unverzichtbar.
- Die Beibehaltung der Vielfalt der Einsatzschwerpunkte für die Bodenordnung ist angesichts der regionalspezifischen Strukturen des Landes besonders wichtig.
- Diese Vielfalt orientiert sich an den jeweiligen agrar- und umweltpolitischen Rahmenbedingungen in den unterschiedlichen Landesteilen (z.B. Weinbaugebiete einerseits, Mittelgebirgslagen andererseits).
- Die starke Nachfrage nach Bodenordnungsverfahren kann von der Landeskulturverwaltung aus personalwirtschaftlichen Gründen nicht befriedigt werden.
- Die durch die Personaleinsparungen eingetretenen Arbeitsüberhänge können nur langfristig (etwa in 15 bis 20 Jahren) abgebaut werden. Allein aus Gründen der Rechtssicherheit hat dieser Abbau von Arbeitsüberhängen eine hohe Bedeutung.
- Die zunehmende Einschaltung privater Stellen und die vorgenommenen Erhöhungen entsprechender Haushaltsansätze bewirken lediglich eine Abflachung vorhandener Arbeitspitzen zur teilweisen Entlastung der Kulturämter. Die seit 1982/83 vorgenommenen Einsparungsaufgaben haben zu erheblichen Problemen bei der zeitgerechten Arbeitserledigung geführt. Ein weiterer Personalabbau durch den weiteren Vollzug von kw-Vermerken wäre angesichts der Nachfragesituation, der gebotenen Unterstützung des Strukturwandels in der Landwirtschaft und der zukunftsorientierten Weiterentwicklung des ländlichen Raumes nicht mehr verantwortbar.

Ein im Jahr 1990 von der Universität Bonn fertiggestellter Forschungsbericht zum Thema "Landentwicklung in Rheinland-Pfalz - Untersuchungen über künftige Zielsetzungen und Aufgabenschwerpunkte für die Entwicklung des ländlichen Raumes" hat die vorerwähnten Perspektiven nachhaltig bestätigt. Der Bericht kommt u.a. zu dem Ergebnis, daß angesichts des raschen Wandels von Rahmenbedingungen und Zielvorstellungen sowie vor dem Hintergrund begrenzter Mittel im Rahmen der Landentwicklung möglichst einfache, schnelle und kostengünstige Verfahren durchzuführen sind, so daß künftig Verfahren ohne einen Plan nach § 41 FlurbG an Bedeutung gewinnen werden. Grundsätzlich sei - so der Bericht weiter - eine allgemeine Zuordnung von Problemsituation und Verfahrensart nicht möglich, dennoch lassen sich drei wesentliche Anforderungen nennen, die künftig alle Landentwicklungsverfahren erfüllen sollen: Statt der traditionellen integralen Verfahren sollte eine stärkere Zweckorientierung erfolgen und die Verfahrensgebiete möglichst eng abgegrenzt wer-

den, so daß die jeweils wesentlichsten Probleme zügig bewältigt werden können. Weiterhin sind die Verfahren künftig nach den Vorschriften des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes unter Einbeziehung der Öffentlichkeit durchzuführen. Auch bei Verfahren ohne einen Plan nach 41 FlurbG, die zumindest nach den gesetzlichen Bestimmungen keiner UVP bedürfen, sollten diese Bedingungen stärker beachtet werden, da auch bei solchen Verfahren Natur und Landschaft verändert werden. Wegen der zunehmenden Bedeutung außer-agrarischer Belange - insbesondere der Drittplanungen - ist künftig das Prinzip der Privatnützigkeit von Bodenordnungsverfahren schließlich sehr sorgfältig zu beachten.

## 6. Personalentwicklung der Landeskulturverwaltung

Im Jahr 1983 wurde die Landeskulturverwaltung einer Organisations- und Personalprüfung durch den Landesrechnungshof unterzogen. Im Personalbereich führte diese Prüfung zu dem Ergebnis, daß von 1025 Planstellen des Haushaltsplans 1983/84 insgesamt 223 Stellen eingespart werden sollten (kw-Vermerk). Im September 1989 kamen weitere 5 kw-Vermerke hinzu, so daß der Landeskulturverwaltung insgesamt 797 Planstellen zur Verfügung stehen. Diese Personaleinsparung seit 1983 macht rund ein Viertel der früheren Planstellen aus, im gehobenen vermessungstechnischen Dienst sogar rd. 30 %. Bisher wurden 181,5 kw-Vermerke vollzogen. Mithin sind noch weitere 46,5 kw-Vermerke zu vollziehen.

Der vom Landesrechnungshof zum Vollzug der kw-Vermerke vorgegebene Zeithorizont umfaßte die Jahre 1993 ff. Rein rechnerisch war danach eine jährliche Einsparung von durchschnittlich 20 - 22 Stellen zugrundegelegt worden.

Dies war jedoch eine Fehleinschätzung: Infolge der Altersstruktur innerhalb der Landeskulturverwaltung kam es in den vergangenen Jahren zu einer zeitlichen Vorverlegung der Einsparungsvollzüge. Das hatte ausgeprägte Arbeitsengpässe bei der Flurbereinigung "vor Ort" zur Folge, mit der weiteren Konsequenz, daß ein zeitweiliger Einleitungsstopp für neue Verfahren verfügt werden mußte. Die Arbeitsplanung der nächsten Jahre mußte der rückläufigen Personalentwicklung angepaßt werden. Dies führte zu dem Programm Landentwicklung (Arbeitsplanung Flurbereinigung 1990-1994), das im Ministerialblatt vom 19.02.1991 veröffentlicht wurde.

Das Programm hat seinen Schwerpunkt in der Abwicklung anhängiger Verfahren. Nur im Rahmen verfügbarer freier Arbeitskapazitäten können neue Verfahren eingeleitet werden. Es können daher bei weitem die bei den Kulturämtern vorliegenden Anträge auf Anordnung neuer Bodenordnungsverfahren nicht bedient werden.

Die Bauernverbände einschließlich der Landwirtschaftskammer haben das Programm 1990/94 öffentlich als "Notstandsprogramm" abqualifiziert. Selbst dieses kann nicht einmal erfüllt werden, wenn die kw-Vermerke nicht gelöscht oder wenigstens hinsichtlich des Vollzugs zeitlich "gestreckt" werden.

## 7. Strukturwandel in der Landwirtschaft

Von besonderer Bedeutung für die Tätigkeit der Landeskulturverwaltung ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der gegenwärtig und auch in den nächsten Jahren an Geschwindigkeit zunimmt. Rheinland-Pfalz gehört bekanntlich infolge der vorherrschenden Erbsitte der Realteilung zu den Bundesländern mit einer ungünstigen Agrarstruktur. Die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei lediglich 13,0 ha LF. Demgegenüber sind die Betriebe in Norddeutschland zweimal (Niedersachsen) bis dreimal (Schleswig-Holstein) so groß, ohne an dieser Stelle auf einen Vergleich mit der Agrarstruktur in den fünf neuen Bundesländern eingehen zu wollen. Der Anteil an Betrieben mit größeren Produktions- und Einkommenskapazitäten ist im Vergleich zum Bundesdurchschnitt unterdurchschnittlich.

Der Strukturwandel in der Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten sehr deutlich vollzogen. Besonders auffallend ist der Rückgang der Betriebe bis zur Größe von 10 ha (minus 81 %) und die Zunahme der Betriebe in der Größenordnung ab 20 ha. Dies gilt für eine Gesamtbetrachtung der letzten vier Jahrzehnte. In der jüngsten Vergangenheit liegt die Wachstumsschwelle sehr viel höher, nämlich bei etwa 40 ha LF.

Die rund 57.000 landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz bewirtschaften eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von rund 716.000 ha.

Gegenüber 1950 bedeutet dies einen Rückgang von 153.000 Betrieben sowie einen Rückgang in der landwirtschaftlich genutzten Fläche von rund 233.000 ha LF.

Rheinland-Pfalz ist bekanntlich das größte weinbautreibende Bundesland. Im Rahmen der Weinbauerhebung 1989/90 wurden in Rheinland-Pfalz 28.100 Betriebe mit Weinbau ermittelt. Sie verfügen über 69.500 ha Rebfläche, wovon 67.000 ha bestockt sind.

Innerhalb des Landes gibt es große Unterschiede in der Betriebsgröße der Weinbaubetriebe. Mit einer durchschnittlichen Rebfläche von rund 3 ha in Rheinhessen, mit 3,3 ha an der Nahe und mit 3,7 ha in der Rheinpfalz sind diese Betriebe am größten. Die kleinsten durchschnittlichen Betriebsgrößen befinden sich an der Ahr mit 0,9 ha und dem Mittelrhein mit 1,1 ha. Die Rebfläche je Betrieb im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer liegt bei 1,5 ha RF. Die Haupterwerbswinzer in den Anbaugebieten Rheinhessen, Rheinpfalz und Nahe bewirtschaften durchschnittlich jedoch immerhin etwa 5,5 ha Rebfläche. In den drei übrigen nördlichen Anbaugebieten liegt die durchschnittliche Größe der Haupterwerbsbetriebe bei knapp 2,5 ha RF.

Diese wenigen Strukturangaben sind Anlaß, aus dem sich künftig noch beschleunigt fortschreitenden Strukturwandel mögliche Ansätze für eine gegenwartsbezogene und zukunftsorientierte Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes für die 90er Jahre auszuloten. Dabei hat auch die ländliche Bodenordnung nach dem Flurbereinigungsgesetz ihren fachbezogenen Beitrag zu leisten.

Vor diesem Hintergrund ist es zwangsläufig, daß sich auch die Flurbereinigung als Instrument der ländlichen Bodenordnung seit Jahren im Umbruch befindet. Es ist und bleibt die Aufgabe der Bodenordnung vom gesetzlichen Auftrag her, die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern. Ihre Bedeutung im Bereich der Förderung der allgemeinen Landeskultur und der flächendeckenden Landentwicklung wird jedoch voraussichtlich weiterhin zunehmen. Soweit es dabei um die Verbesserung der Agrarstruktur geht, müssen in verstärktem Umfange einfache und schnell durchführbare Bodenordnungsverfahren zum Zuge kommen. Darauf will ich im folgenden kurz eingehen.

## 8. Schnellwirkende Hilfen

Zur Bewältigung der künftigen Anforderungen muß die rheinland-pfälzische Landwirtschaft dringend ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Der entscheidende Schlüssel liegt in der weiteren Fortsetzung und Förderung des Strukturwandels (Flächenwachstum, Arrondierung, Ausweisung von Aufforstungsgewannen). Ziel der Landesagrarpolitik ist es daher, durch das Angebot von schnellwirkenden Flächenordnungsmaßnahmen Hilfestellung für den Strukturwandel zu leisten.

Kernstück der schnellwirkenden Bodenordnungsmaßnahmen ist das beschleunigte Zusammenlegungsverfahren. Diese Verfahren sollen künftig in größerer Anzahl und in kürzerer Zeit durchgeführt werden.

Um die Kulturämter bei dieser Tätigkeit zu unterstützen und um den Abbau der ehemals in der Trägerschaft der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH stehenden Arbeitsgruppen für beschleunigte Zusammenlegungsverfahren zumindest teilweise aufzufangen, wurden zum 01.12.1990 bzw. zum 01.01.1991 bei der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH 6 Agraringenieure eingestellt, die gegenwärtig zu Gruppenleitern für Arbeitsgruppen für beschleunigte Zusammenlegungsverfahren ausgebildet werden. Wir beabsichtigen, vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Bestätigungen mittelfristig bis zu 10 Arbeitsgruppen für schnellwirkende Bodenordnungsmaßnahmen in der Trägerschaft der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH aufzubauen.

Neben diesen Arbeitsgruppen werden wir den freiwilligen Land- und Pachttausch sowie das landeseigene Förderprogramm "Bildung rationeller Bewirtschaftseinheiten" und deren Kombination untereinander sowie mit den übrigen Bodenordnungsmaßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz künftig in verstärktem Umfang einsetzen.

Darüber hinaus schaffen wir gegenwärtig ein neues Instrument, um die Bodenordnungsmaßnahmen zu beschleunigen und die Arrondierungseffekte weiter zu verbessern. Es handelt sich dabei um das oben bereits erwähnte "Landtausch- und Pachtförderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft" - LPFP -, mit dessen Hilfe insbesondere die Landpacht zusätzlich und stärker in die Bodenordnung einbezogen wird. Unter Zukunftsaspekten ist es nämlich dringend erforderlich, daß die gegenwärtigen Durchschnittsgrößen der Besitzstücke nach Durchführung von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz von 2,11 ha bei landwirtschaftlich genutzten Flächen sowie 0,36 ha bei Rebland wesentlich verbessert werden. Dies kann nur unter verstärkter Einbeziehung der Landpacht erreicht werden. Mit Hilfe des Instruments der Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten erreichen wir z.B. bei den landwirtschaftlich genutzten Flächen durchschnittliche Besitzstücksgrößen von etwa 10 ha, mithin das Fünffache der vorerwähnten Besitzstücksgröße bei den landwirtschaftlich genutzten Flächen.

## 9. Ländliche Siedlung

Die Landeskulturverwaltung ist nicht nur Flurbereinigungsverwaltung, sondern sie ist zugleich Träger der Siedlungsbehörden. Nach § 16 Abs. 2 des Landesgesetzes zur Bodenreform im Lande Rheinland-Pfalz vom 16.10.1948 (GVBl. S. 385), zuletzt geändert durch Landesgesetz vom 12.11.1974 (GVBl. S. 521) sind die Kulturämter Siedlungsbehörden. Darüber hinaus sind die Ämter nach § 1 Abs. 1 des Landesgesetzes über die Vereinheitlichung siedlungsrechtlicher Bestimmungen vom 14.03.1955 (GVBl. S. 23) gemeinnützige Siedlungsunternehmen im Sinne des § 1 des Reichssiedlungsgesetzes.

Seit der stillen Abwicklung der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH - die entsprechenden Organbeschlüsse wurden im Jahr 1987 gefaßt (Beschuß der Gesellschafterversammlung der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH vom 03.12.1987) - hat die Funktion der Siedlungsunternehmen für die Kulturämter in erheblichem Maße an Bedeutung gewonnen. Seit 01.03.1988 liegt die Zuständigkeit für die ordnungsgemäße Durchführung der betreuungspflichtigen einzelbetrieblichen Investitionsförderungsmaßnahmen bei den Kulturämtern. Wir hoffen, diese Position im Rahmen der Agrarverwaltungsreform weiter ausbauen zu können, indem die Kulturämter zu Bewilligungs- und Rechnungsprüfungsstellen für das gesamte einzelbetriebliche Investitionsförderungsprogramm (EFP) werden.

Die stille Abwicklung der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH verläuft im übrigen planmäßig. Seit 01.07.1990 wurde im Wege eines Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Landsiedlung und der Heimstätte Rheinland-Pfalz GmbH die weitere Abwicklung auf die Heimstätte übertragen. Die Abwicklungstätigkeit wird voraussichtlich am 31.12.1993 abgeschlossen sein.

## 10. Neue Aufgaben für die Kulturämter

Die ständigen Bemühungen um eine Verwaltungsvereinfachung in Rheinland-Pfalz haben in der vergangenen, elften Legislaturperiode sowie darüber hinaus infolge des Regierungswechsels dazu geführt, der Landeskulturverwaltung neue Aufgaben zu übertragen.

Nach dem Landtagsbeschluß vom 23.03.1990, dem der Haushalts- und Finanzausschuß am 01.02.1991 sowie der Ministerrat am 30.04.1991 zugestimmt haben, sollen die Kulturämter zu Bewilligungs- und Rechnungsprüfungsstellen im Bereich der einzelbetrieblichen Investitionsfördermaßnahmen werden. Hierzu gehören im einzelnen folgende Programme, die in den vergangenen Jahren ein Mittelvolumen von etwa 37 Mio DM umfaßten:

- Einzelbetriebliches Investitionsförderungsprogramm,
- Ländliche Siedlung,
- Agrarkreditprogramm,
- Niederlassungsprämie für Junglandwirte und
- die Förderung der Energieeinsparung.

Aus Gründen der haushaltsmäßigen Abwicklung einschließlich des EG-Erstattungsverfahrens sollen diese Maßnahmen nicht in die Bewilligungszuständigkeit aller Kulturämter, sondern hinsichtlich der genannten Funktionen jeweils auf ein Kulturamt in einem Regierungsbezirk übertragen werden. Die übrige verwaltungsmäßige Abwicklung der betreuungspflichtigen Maßnahmen verbleibt jedoch dezentral bei den einzelnen Ämtern. Diese Organisationsänderung soll zum 01.01.1992 in Kraft treten.

Zum gleichen Zeitpunkt sollen die Kulturämter - und zwar alle Ämter - Bewilligungsstellen für den Wirtschaftswegebau außerhalb der Bodenordnungsmaßnahmen nach dem Flurbereinigungsgesetz werden. Diese Maßnahme hat mit einem jährlichen Mittelvolumen von etwa 4 Mio DM zwar keine vorrangige, jedoch angesichts der ungünstigen Flurverfassung in Rheinland-Pfalz eine wichtige ergänzende Bedeutung für die Gemeinden, in denen kurzfristig noch keine Flurbereinigung durchgeführt werden kann bzw. in denen freiwillige Arrondierungsmaßnahmen zum Einsatz kommen.

In den beiden vorgenannten Maßnahmenbereichen liegt die Bewilligungszuständigkeit bis heute bei der Bezirksregierung. Da die Mittelbehörde von erstinstanzlichen Vollzugsaufgaben im Rahmen der Verwaltungsreform zur Stärkung ihrer Fachaufsichtsfunktion entlastet werden soll, ist die Verlagerung dieser Maßnahmen, die erhöhten landwirtschaftlichen Fachverstand verlangen, auf die Kulturämter geboten und zweckmäßig. Darüber hinaus soll nach den Ergebnissen der Koalitionsvereinbarung die Dorferneuerung von der Zuständigkeit des Innenministeriums in die Zuständigkeit des Landwirtschaftsministeriums zurückübertragen werden. Diese Änderung der Zuständigkeit wurde bereits mit einer Landesverordnung vom 23.05.1991 vollzogen. Bis zum Ende dieses Jahres soll die Umsetzung abgeschlossen sein.

Die vorgenannten Aufgabenübertragungen sind jedoch zu Beginn der 12. Legislaturperiode des rheinland-pfälzischen Landtages in eine erneute Prüfung einbezogen worden. Eine vor kurzem eingerichtete Arbeitsgruppe wird bis Ende Oktober 1991 ihren Prüfungsbericht vorlegen, über den sodann zu entscheiden sein wird.

## 11. Agrarpolitische Entwicklungen in Rheinland-Pfalz

Die agrarpolitischen Entwicklungen in Rheinland-Pfalz kann ich in diesem Referat lediglich kurz streifen, da sie im Grunde Raum für ein eigenes, umfassendes Referat bieten.

Wie ihnen bekannt ist, hat die EG-Kommission im Juli dieses Jahres einen Vorschlag für eine Reform der gemeinsamen Agrarpolitik vorgelegt, der zum einen aus einem radikalen Abbau der Garantiepreise und des Interventionssystems bei den wichtigsten Agrarprodukten - insbesondere bei Getreide, Rindfleisch und Milch - besteht sowie ein Paket von flankierenden Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes, der Aufforstungen und der Vorruhestandsregelung vorsieht.

Dieses Reformpaket wird deutliche Folgen auf die nationale sowie auf unsere Landesagarpolitik haben. Rheinland-Pfalz hat im Jahr 1986 ein Landesagrarprogramm eingeführt. Dieses ist ein bedeutendes Beispiel für eine regionalisierte Agrarpolitik innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Die Einzelmaßnahmen dieses Programms berücksichtigen nicht nur die besondere Vielfalt der landwirtschaftlichen Unternehmen in Rheinland-Pfalz, sondern auch ihre sehr unterschiedlichen Strukturen. Ziele dieses inzwischen mit über 90 Millionen DM im Doppelhaushalt 1990/91 ausgestatteten Programms sind

- die Wettbewerbsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Betriebe zu stärken,
- ihre Einkommen zu stützen,
- den Strukturwandel sozial abzufedern und
- eine umweltfreundlichere und extensivere Landbewirtschaftung zu fördern.

Mit diesem Programm können grundsätzlich nur ergänzende Hilfen zur Lösung spezifischer regionaler Probleme gegeben werden. Es ist nicht möglich, daß ein Bundesland ausreichende Finanzmittel zur Einkommensstützung seiner landwirtschaftlichen Betriebe aufbringen kann. Diese Aufgabe kann nur durch die EG-Agrarpolitik gelöst werden.

Vor dem Hintergrund der zu erwartenden agrarpolitischen Rahmenbedingungen sehe ich für die benachteiligten Gebiete des Landes vor allem zwei Entwicklungslinien: Zum einen die Milchviehhaltung in spezialisierten Milchviehbetrieben, aus gerüstet mit Boxenlaufställen und einem Kuhbestand von 50 bis 60 Tieren, und zum anderen die extensive Grünlandnutzung in Verbindung mit der Rindfleischerzeugung.

Die Milchviehhaltung in den Höhengebieten von Rheinland-Pfalz gehört vor allem dank der effizienten Molkereistruktur zu den wettbewerbsfähigsten im Bundesgebiet. Weitere notwendige Wettbewerbsverbesserungen in Milchviehbetrieben werden über die Gemeinschaftsaufgabe und das Landesagrarprogramm gefördert. Schlechter sieht es dagegen für die Getreideerzeuger in den benachteiligten Gebieten aus. Sie sind aufgrund der natürlichen Nachteile bereits durch die Preisentwicklungen der vergangenen Jahre erheblich unter Druck geraten. Bei der sich abzeichnenden künftigen Preispolitik der EG wird der Getreidebau auf vielen Standorten langfristig nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Aufgrund der weiteren Konzentration in der Milchviehhaltung einerseits und der rückläufigen Getreidepreise andererseits werden in den nächsten Jahren allein in den Mittelgebirgslagen von Rheinland-Pfalz über 100.000 ha Grünland und Ackerflächen für anderweitige Nutzungen freigesetzt. Hierfür kommen sowohl extensive Nutzungsformen (z.B. die Mutterkuhhaltung), die Verwendung der Flächen zu Aufforstungen sowie die Verwendung für ökologische Zwecke in Frage. In diesem Zusammenhang werden die Instrumente der ländlichen Bodenordnung in besonderer Weise gefragt sein, einschließlich des von uns entwickelten Landtausch- und Pachtförderungsprogramms.

Außerhalb der benachteiligten Gebiete wird die Entwicklung in Richtung umweltfreundlichere Formen der Agrarproduktion verlaufen. Neben der Extensivierung müßten in diesen Gebieten etwa 10 % der Flächen für den Aufbau eines Biotopverbundsystems (Ökologie, Landschaftsbild) freigesetzt werden. Auch hierzu wird unser Landtausch- und Pachtförderungsprogramm einen eigenständigen Beitrag liefern. In diesem Bereich hatte Rheinland-Pfalz bereits in der Vergangenheit im Rahmen der Stilllegung von Ackerflächen mit seiner Sonderförderung der Stilllegung für ökologische Zwecke eine Vorreiterrolle eingenommen. Dieser Ansatz muß in Zukunft weiter ausgebaut werden.

Eine positive Entwicklung zeichnet sich beim Gemüseanbau in der Vorderpfalz ab. Der Gemüseanbau ist die einzige agrarpolitikfreie Zone. Hier findet ein idealer Marktverlauf statt. Die Produktion richtet sich hier nach den Marktpreisen. Infolge der erheblichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Marktstrukturverbesserung konnten effiziente Vermarktungseinrichtungen geschaffen werden, die den Landwirten in diesem Raum günstige Perspektiven sichern.

Mit diesen wenigen Bemerkungen möchte ich die agrarpolitischen Entwicklungen verlassen und noch kurz auf unsere Verwaltungshilfe in Thüringen zu sprechen kommen.

## 12. Verwaltungshilfe in Thüringen

Seit November vergangenen Jahres hilft die rheinland-pfälzische Landeskulturverwaltung mit, in Thüringen die Flurbereinigungsverwaltung aufzubauen. Im Rahmen dieser Verwaltungshilfe wurden zwischenzeitlich folgende Ergebnisse erreicht:

In Erfurt, Gera und Meiningen wurden Flurneuerungsämter eingerichtet. Die Flurneuerungsämter sind Flurneuerungsbehörden im Sinne des 8. Abschnitts des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, Flurbereinigungsbehörden im Sinne des Flurbereinigungsgesetzes und Siedlungsbehörden sowie Siedlungsunternehmen im Sinne des Reichssiedlungsgesetzes. Die Flurneuerungsämter nehmen zugleich Aufgaben der agrarstrukturellen Vorplanung und der Dorferneuerung wahr. Im Bereich der Dorferneuerung sind die Flurneuerungsämter zugleich die Bewilligungsbehörden.

Der Verwaltungsaufbau der Flurbereinigungsverwaltung in Thüringen ist zweistufig. Auf die Mittelbehörde wurde verzichtet. Das Thüringer Ministerium für Landwirtschaft und Forsten - Abteilung 3 (Landentwicklung) - nimmt zugleich die Aufgaben der oberen Flurbereinigungs- und oberen Flurneuerungsbehörde wahr.

Zuständige Behörden (Genehmigungsbehörden) nach dem Grundstücksverkehrsgesetz und dem Landpachtverkehrsgesetz sind die Landkreise und die kreisfreien Städte.

Am 15.05.1991 wurde die "Thüringer Landgesellschaft mbH" gegründet. Gesellschafter sind das Land Thüringen, die Landwirtschaftliche Rentenbank, Frankfurt, sowie die Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank, Bonn. Der Minister für Landwirtschaft und Forsten ist Vorsitzender des Aufsichtsrates. Er wird im Vorsitz durch den Leiter der Abteilung Landentwicklung im Thüringer Ministerium für Landwirtschaft und Forsten vertreten.

Nach den gegenwärtig vorliegenden Zwischenergebnissen wird die Verwaltungshilfe in diesem Bereich auch im kommenden Jahr fortgesetzt werden.

## 13. Schlußbemerkung

Nach diesem zusammenfassenden Überblick über das weite Tätigkeitsfeld der Landeskulturverwaltung komme ich zum Abschluß meines Referates. Ich hoffe, daß ich Ihnen einen Einblick sowohl zur Lage als auch zu den Entwicklungsperspektiven der Landeskulturverwaltung vermitteln konnte. Auf die Flurbereinigungsverwaltung werden nicht nur gegenwärtig, sondern auch in der Zukunft immer wieder neue Aufgaben zukommen, die sowohl unsere bewährten Instrumente als auch konzeptionelle Neuerungen erfordern.

Zur ganzheitlichen Entwicklung der ländlichen Räume und zur Umsetzung der agrarpolitischen Entwicklungen wird die Landeskulturverwaltung auch in der Zukunft nach meiner Überzeugung unverzichtbar sein. Zur sachgerechten Aufgabenerfüllung muß jedoch eine Grundvoraussetzung erfüllt bleiben: Dies ist die Selbständigkeit und Eigenständigkeit

unserer Verwaltung, die insoweit von jeglichen integrierenden Verwaltungsreformansätzen freigehalten werden muß, und die Konsolidierung der personellen Ausstattung der Kulturämter. Dies hat nicht zuletzt in der Historie seine bewährten Wurzeln, auf die ich zu Beginn meines Referates eingegangen war.

## **Möglichkeiten und Grenzen der Flurbereinigung bei Ausweisung und Aufbau von vernetzten Biotopsystemen**

- von Ministerialdirigent Felix Zillien, Mainz -

### **1. Vorbemerkung:**

Die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, die in den neuen Vorschlägen der EG-Kommission in ihrem Dokument vom 12. Juli 1991 über "Die künftige Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik" zum Ausdruck kommt, zeigt die zunehmende Einbindung der nationalen agrarpolitischen Entwicklungen in die der Europäischen Gemeinschaft. Die Vorschläge gehen von radikalen Preissenkungen bis zu 35 v.H. und weiteren Quotenkürzungen für die wichtigsten Agrarmärkte sowie von einem System flankierender Maßnahmen aus. Zu den flankierenden Maßnahmen gehören ein landwirtschaftliches Umweltschutzaktionsprogramm, ein Aufforstungsprogramm sowie eine Verbesserung der Vorruhestandsregelung. Während die Vorschläge für den Marktbereich z.T. heftig kritisiert werden, findet das "Flankierungspaket" allgemeine Zustimmung.

Für Rheinland-Pfalz stehen die Vorschläge für die Hauptproblemmärkte Getreide, Milch und Rindfleisch - neben den genannten flankierenden Maßnahmen - im Mittelpunkt des Interesses. Hierzu können nachfolgende kurze und keineswegs erschöpfende Erläuterungen zu den Problembereichen von Getreide und Milch Orientierungshilfen vermitteln:

#### **1.1 Getreide**

Die EG-Getreideüberschüsse belaufen sich derzeit auf 30 Mio Tonnen, mit der Folge, daß die Interventionslager keine weiteren Überschüsse mehr aufnehmen können. Von den 160 Mio Tonnen abgabefrei erzeugbarer Getreidemengen müssen demzufolge 30 Mio Tonnen dauerhaft vom Markt genommen werden. Dies entspricht 20 - 25 % der Getreidefläche. Für Rheinland-Pfalz bedeutet das eine Freisetzung von 60.000 - 70.000 ha Fläche, die überwiegend in den von Natur benachteiligten Gebieten belegen sind; dort sind dies etwa 20% der landwirtschaftlichen Nutzfläche.

Von dieser Entwicklung sind aber auch die sogenannten Getreideböden mit guten Standortverhältnissen betroffen, indem auch dort auf einem Teil von etwa 10 v.H. der Flächen die landwirtschaftliche Nutzung eingestellt werden muß.

---

\*) Referat bei der Tagung der landespflegerischen Sachbearbeiter der rheinland- pfälzischen Kulturämter am 01.10.1991 in Emmelshausen -



## 1.2 Milch

Im Rahmen der jüngsten EG-Preisbeschlüsse für das Wirtschaftsjahr 1991/1992 werden die Referenzmengen um 2 % gekürzt, die allerdings nach Ansicht der Bundesrepublik und auch des Landes Rheinland-Pfalz nicht ausreichen, um die negative Milchpreisentwicklung zu bremsen. Als notwendige Milchquotenkürzung werden zusätzlich 6 % angesehen. Dies bedeutet für Rheinland-Pfalz eine Rücknahme der Milchproduktion von mindestens weiteren 40.000 Tonnen Milch, womit die Gesamtquote des Landes auf unter 800.000 Tonnen Milch sinken und sich auf 750.000 Tonnen zubewegen wird. Gleichwohl bleibt dabei fraglich, ob sich der Milchpreis dann stabilisieren wird. Vielmehr wird angenommen, daß der Druck auf den Milchpreis anhalten wird. Während in den 70er Jahren noch 210.000 Kühe in Rheinland-Pfalz vorhanden waren, liegt der Gesamtbestand zur Zeit bei etwa 175.000 Kühen. Im Zusammenhang mit der Milchquotenkürzung wird der Bestand an Kühen jedoch in absehbarer Zeit auf voraussichtlich 140.000 absinken, mit einem durchaus denkbaren weiteren Rückgang auf etwa 100.000 Kühe. Auch diese Entwicklung wird deutliche Auswirkungen auf die Flächennutzung haben. Es wird angenommen, daß im Zuge dieser Bestandsreduzierungen etwa 30.000 bis 50.000 ha Grünland freigesetzt werden.

## 1.3 Flankierende Maßnahmen

Bei der Freisetzung der unter 1.1 und 1.2 angegebenen Flächen von insgesamt etwa 90.000 bis 120.000 ha infolge der prognostizierten Entwicklungen bei Getreide und Milch stellt sich zwangsläufig die Frage, wie diese Flächen zukünftig genutzt werden sollen bzw. müssen.

Hierbei wird davon auszugehen sein, daß die auf Dauer aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausscheidenden Flächen sowohl der Aufforstung als auch dem Aufbau vernetzter Biotopsysteme zugeführt werden müssen. Während die Aufforstung in erster Linie in den Höhengebieten ihre Standorte finden wird, kommen für den Aufbau von vernetzten Biotopsystemen vor allem Regionen mit einem Waldanteil von weniger als 30 % und einem Grünlandanteil von weniger als 40 % in Betracht. Dazu gehören insbesondere der Oberrheingraben, aber auch die angrenzenden Gebiete in der Westpfalz, im Taunus und Hunsrück. Beide vorbezeichneten Nutzungsausrichtungen bzw. Flächenumwidmungen sind in nicht unerheblichem Maße von Bodenordnungsmaßnahmen abhängig. Zahlreiche Grundstückseigentümer in Rheinland-Pfalz, die die Landbewirtschaftung eingestellt haben oder noch beenden werden, zeigen großes Interesse gegenüber der Aufforstung. In den letzten Jahren mußten jedoch Interessenten, die im Rahmen des Ackerstilllegungsprogramms an eine Aufforstung dachten, in der Mehrzahl der Fälle abgewiesen werden, weil ihre Flächen aufgrund ausgeprägter Parzellierung und der jeweiligen Belegenheit nicht aufgeforstet werden können. Von dorthier ist es dringend geboten, planmäßig eine flächendeckende Aktion zur Ausweitung von Aufforstungsgewannen einzuleiten. Die Federführung müßte hierbei die Landeskulturverwaltung übernehmen, wobei die gebotene Abstimmung mit den betroffenen Grundstückseigentümern, den Gemeinden, der Forstverwaltung und der Landwirtschaftskammer zu erfolgen hätte.

Mit der Planung von Aufforstungsgewannen allein ist es allerdings nicht getan. Zur Ausweisung der Aufforstungsgewanne sind Bodenordnungsmaßnahmen - vor allem in Form von Landtauschverfahren - erforderlich. Da die Arbeitskapazität der Kulturämter nicht ausreicht, um diese Aufgaben neben den traditionellen Flurbereinigungsverfahren zu übernehmen, und auch die derzeit im Aufbau befindlichen Arbeitsgruppen für beschleunigte Zusammenlegungsverfahren nur in bestimmten Regionen des Landes eingesetzt werden und daher ebenfalls nicht für die aufgezeigte Aufgabenerledigung in Betracht gezogen werden können, muß nach anderen Lösungen gesucht werden. Dabei sollte vor allem daran gedacht werden, in räumlich ausreichender Verteilung sogenannte Helfer bzw. Helfergruppen aus-

zubilden, die Landtauschverfahren unter der hoheitlichen Aufsicht der Kulturämter zur Ausweisung von Aufforstungsgewannen durchführen können.

Soweit es um den Aufbau von vernetzten Biotopsystemen geht, lehrt die bisherige Erfahrung, daß dies eine möglichst parzellenscharfe Abgrenzung der Flächen voraussetzt, die sich für den Aufbau eines vernetzten Biotopsystems eignen. Da hierfür bislang eine landesweite Kartierung nicht vorliegt, müßte diese möglichst bald eingeleitet werden. Nach Angaben aus dem Umweltministerium, unter dessen Federführung die Kartierung zu erfolgen hat, ist dies jedoch ohne die Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel im kommenden Doppelhaushalt 1992/93 nicht möglich.

Unabhängig hiervon ist es nach dem Rundschreiben des MLWF vom 27.03.1991 - 744 - 65.53/5 - und den diesem Schreiben beigefügten Hinweisen zur Entwicklung von Kleinstrukturen im Rahmen der Biotopvernetzung in Verfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz auch ein Ziel der Flurbereinigung, Beiträge zum Aufbau von Biotopvernetzungen zu leisten.

## 2. Bedeutung und Erfordernisse der Biotopvernetzung

Zunächst soll kurz auf die ökologische Bedeutung und demzufolge auf die Erfordernisse zur Ausweisung und zum Aufbau von vernetzten Biotopsystemen eingegangen werden.

Es ist inzwischen unbestritten, daß vor dem Hintergrund der Vernichtung von Pflanzen- und Tierarten infolge menschlicher Aktivitäten dringende Hilfen für eine Vernetzung der noch verbliebenen Restbiotope zu fordern sind, um den Austausch des genetischen Potentials sicherzustellen. 1) Wie immer solche Vernetzungsmaßnahmen geartet sein mögen, werden sie insbesondere die landwirtschaftlich genutzten Flächen und damit den Landwirt betreffen. Im Zusammenhang mit dieser Erkenntnis stellte bereits 1983 Heydemann 2) in seinem Beitrag "Die Beurteilung von Zielkonflikten zwischen Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz aus der Sicht der Landespflege und des Naturschutzes" bezüglich der Vernetzung von Biotopen folgende Forderungen an die Landwirtschaft auf:

- Verringerung der Isolation der Restflächen schutzwürdiger Biotope durch Anwendung von umweltverträglichen Anbaumethoden,
- Erhaltung und Anlage ökologischer Vernetzungsstränge und ökologischer Inseln in der Agrarlandschaft (auch auf besseren Böden) in kleinaräumiger Verbundstruktur von Agrarbiotopen mit naturnahen und natürlichen Biotopen,
- Festlegung des Umfangs der naturnahen und natürlichen Biotopflächen und deren Vernetzung in Landschaftsplänen,
- Erhaltung und Wiedereinbringung natürlicher bzw. naturnaher Biotopbestände in die Agrarlandschaft als Vernetzungsareale, Saum- oder als Kleinbiotope,
- Erhaltung und Neuentwicklung von extensiv bewirtschafteten landwirtschaftlichen Flächen,
- Beendigung der Entwässerungsmaßnahmen und der Beseitigung von letzten Restflächen naturnaher und natürlicher Biotope im Agrarbereich,
- Einstellung der Förderung von Meliorationen von Feucht- und Trockengebieten sowie der naturnahen Restflächen in der Agrarlandschaft,
- Verringerung der Schlaggröße - gemessen am nächsten Abstand zu den angrenzenden Saumbiotopen - (möglichst nicht mehr als jeweils 100 m Abstand von der Mitte der bearbeiteten Fläche zu den Saumbiotopen),

- Schlaggrößenbemessung nach eingeschobenen Vernetzungssträngen und nach der Einwanderungsfähigkeit von Tierarten aus dem Bereich der Saumbiotope, der angrenzenden Großflächenbiotope und Kleinbiotope in die Agrarflächen.

Vorgenannte Forderungen werden sich nur dann erfüllen lassen, wenn zum einen eine entsprechende Aufklärung der Landwirte betrieben wird und zum anderen aber auch genügend Mittel zum Ankauf von Flächen sowie zur Entschädigung zur Verfügung gestellt werden.

Der Weihestephaner Professor Dr. Winfried von Urff vertritt in diesem Zusammenhang die Meinung 1), daß das von den Ökologen gesteckte Ziel, etwa 10 % der Gesamtfläche in der Bundesrepublik dem Naturschutz zu widmen, mit der Landwirtschaft durchaus zu vereinbaren wäre. Dieser Auffassung kann vor dem Hintergrund der einleitend gemachten Vorbemerkungen bezüglich der Freisetzung von Nutzflächen zugestimmt werden, weil die durch Produktionseinschränkung angestrebte Marktentlastung und die damit einhergehende Flächenumwidmung ein Reformziel der Agrarpolitik ist. Insoweit dürfte für die Ausweisung und den Aufbau vernetzter Biotopsysteme gegenwärtig und mittelfristig ein günstiger Zeitpunkt gekommen sein.

Hierbei muß allerdings dafür Sorge getragen werden, daß den Landwirten letztlich keine Einkommenseinbußen entstehen, indem sowohl die zum Biotopaufbau erforderlichen Flächen durch öffentliche Träger aufgekauft und an der geeigneten Stelle ausgewiesen als auch den Landwirten Prämien für ökologisch gewünschte Nutzungsformen oder Zahlungen für Dienstleistungen bei Pflegemaßnahmen auf ökologisch wertvollen Flächen geleistet werden.

Die Erhaltung und Anlage von Biotopen oder vernetzter Biotopsysteme muß demnach nicht von vornherein gegen die Interessen der Landwirtschaft gerichtet sein. Biotopschutz im weiteren Sinne kann vielmehr auch als eine Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft angesehen werden, in der Erkenntnis, daß Ökologie letztlich Langzeitökonomie ist. Insoweit gehört der Biotopschutz auch unter die Zweckbestimmung der Flurbereinigung nach §§ 1 und 37 FlurbG.

Wie im einzelnen die Ausgestaltung eines Biotopsystems, dessen Netzdichte, der dazu erforderliche Flächenbedarf und die Lage der Einzelelemente innerhalb des Systems aussehen und beurteilt werden müssen, wird von einer möglichst breitgefächerten interdisziplinären Zusammenarbeit von Botanikern, Biologen, Zoologen, Ökologen, Landespflegern und Flurbereinigungsplanern zu bestimmen sein. Dabei muß natürlich beachtet werden, daß das Land nicht nur von Pflanzen und Tieren benötigt wird, sondern auch für die Erhaltung und Sicherung der Existenz- und Lebensgrundlagen der Landwirte notwendig ist. Hinzu kommen die vielfältigen Ansprüche der Gesellschaft an den ländlichen Raum 3). Das bedeutet, daß auch in tragfähigen Kompromissen befriedigende Lösungen gesucht werden müssen.

### 3. Biotopvernetzung in der Flurbereinigung

Nach diesen Vorbemerkungen und Hinweisen auf die ökologische Bedeutung von vernetzten Biotopsystemen sowie die Wechselbeziehung gegenüber der Landwirtschaft will ich mich dem eigentlichen Thema zuwenden, welche Möglichkeiten die Flurbereinigung bei der Ausweisung von Biotopsystemen zu bieten vermag und wo aber auch die Grenzen des Instruments der Flurbereinigung bei dieser Aufgabenstellung und -erfüllung gezogen sind.

#### 3.1 Allgemeine Möglichkeiten der Flurbereinigung bei Biotopvernetzungen

In dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom März 1985 "Umweltprobleme der Landwirtschaft" (BT-Drucksache 10/3613 vom 03.07.1985) wird die

Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß es zunächst Aufgabe der Naturschutzbehörden sein müsse, Biotopverbundsysteme mittels der Landschaftsplanung zu entwickeln und zu verwirklichen. Dies gelte grundsätzlich auch für die kleinflächige Verknüpfung der ökologischen Vorrangflächen.

Der Sachverständigenrat empfiehlt in seinem Gutachten jedoch, daß die Naturschutzbehörden sich bei der Umsetzung des Biotopverbundes gegenüber den Landwirten des Instruments der Flurbereinigung bedienen sollten. Für die Einschaltung der Flurbereinigungsbehörden sprechen nach Auffassung des Rates insbesondere folgende Gründe, die zugleich auch auf die grundsätzlichen Möglichkeiten der Flurbereinigung hinweisen: (Zitat)

- Ein leistungsfähiges Biotopverbundsystem kann nur entstehen, wenn von vorhandenen Biotopen als Verknüpfungselemente ausgegangen wird und spezifisch geeignete Ergänzungsflächen herangezogen werden. Daher ist es unvermeidlich, daß dem einen Landwirt mehr, dem anderen weniger Flächenverluste oder Nutzungsbeschränkungen erwachsen. Die Flurbereinigung ist gerade ein erprobtes Instrument, um dadurch den Austausch von Flächen sowie durch Ausgleichsbeträge eine im Ergebnis gerechte Lastenverteilung herbeizuführen.
- Die Flurbereinigungsverwaltung verfügt in weit höherem Maße als die Naturschutzverbände über das erforderliche technische Personal, um die Biotopverknüpfung parzellenscharf durchzusetzen und die Verhandlungen mit den betroffenen Landwirten zu führen.
- Im Flurbereinigungsverfahren bildet seit jeher der Wege- und Gewässerplan gewissermaßen das Gerüst für die Umstrukturierung der Agrarlandschaft. Es bietet sich an, auch die Biotopverknüpfung zur infrastrukturellen Vorgabe für die Neuverteilung der Agrarflächen zu machen.
- Ebenso wie die für Wege und Gewässer erforderlichen Flächen vorab aus der Verteilungsmasse ausgesondert werden, kann ein bestimmter Anteil der für die Biotopverknüpfung erforderlichen Flächen vorab gesichert werden."

Nach diesen Gründen, die für eine grundsätzliche Einschaltung der Flurbereinigungsbehörden bei der Ausweisung und dem Aufbau von Biotopverknüpfungen sprechen, verweist der Sachverständigenrat auf die gesetzlichen Möglichkeiten und Verfahrensarten des Flurbereinigungsgesetzes zur Umsetzung und Wahrnehmung ökologischer und landschaftsgestaltender Maßnahmen, auf die ich unter 3.2 näher eingehen werde.

Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang der Hinweis des Sachverständigenrates, daß die "Komplexität der modernen Flurbereinigung" umfassend zu verstehen sei und sie sich daher nicht auf die Verbesserung der Agrarstruktur im engeren Sinn beschränke. Die Flurbereinigung habe - so der Rat - "dafür zu sorgen, daß die vielschichtigen flächenbezogenen Interessen im ländlichen Raum durch eine sinnvolle Bodenordnung ausgeglichen werden. Die Flurbereinigung bildet damit das zentrale Instrument der ländlichen Strukturpolitik und mit-hin das kraft eigenen Auftrags zur Wahrung der u.a. ökologisch begründeten Ansprüche an den ländlichen Raum berufene rechtliche Verfahren".

Ebenso ist der Hinweis des Rates von Bedeutung, daß es entscheidend darauf ankomme, daß die Naturschutzbehörden in einem Landschaftsplan ein in sich geschlossenes Biotopverbundsystem entwickeln und konkretisieren, das für die Flurbereinigungsbehörden im wesentlichen verbindlich ist. Das schließe nicht aus, daß die Flurbereinigungsbehörde von dem Konzept in einzelnen Punkten abweiche, wenn die Naturschutzbehörde zustimme.

### 3.2 Konkrete Möglichkeiten der Flurbereinigung

Abgesehen von den allgemeinen Möglichkeiten, die die Flurbereinigung bei der Ausweisung

und beim Aufbau von vernetzten Biotopsystemen zu bieten vermag, können nachfolgende konkrete Unterstützungs- und Umsetzungsmöglichkeiten der Flurbereinigung genannt werden:

- Schon vor der Anordnung der Flurbereinigung sind im Rahmen der agrarstrukturellen Vorplanung gemäß § 5 Abs. 2 und 3 FlurbG die zuständigen Behörden und Stellen, also auch die für Naturschutz und Landschaftspflege, zu hören und über das geplante Flurbereinigungsverfahren zu unterrichten, die ihrerseits verpflichtet sind, der Flurbereinigungsbehörde unverzüglich mitzuteilen, ob und welche das voraussichtliche Flurbereinigungsgebiet berührende Planungen - also auch des Naturschutzes und der Landschaftspflege - beabsichtigt sind oder bereits feststehen. Darunter zählt auch eine Landschaftsplanung, die beispielsweise den Aufbau eines Biotopsystems zum Inhalt hat. Durch die im FlurbG vorgeschriebene Anhörung und Unterrichtung werden rechtzeitig die gebotenen Planungsabstimmungen gewährleistet.
- Bei Durchführung der Agrarstrukturellen Vorplanung nach der Verwaltungsvorschrift vom 24.08.1990 (MinBl. S. 327) sind u. a. die Belange von Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Landschaftsplanung zu berücksichtigen und deren voraussichtliche Entwicklung aufzuzeigen. Insbesondere sind nach der Gliederung (Anlage 1 zur VV - AVP) Angaben zu machen über flächendeckende Biotoptypen und Nutzungskartierungen sowie flächendeckende Standortkartierungen. Ferner sind landespflegerische Entwicklungsziele (u.a. zu Fragen des Arten- und Biotoppotentials) aufzuzeigen und schließlich Vorschläge zur Verwirklichung der Entwicklungsziele (u.a. bezüglich der Abgrenzung ökologisch empfindlicher, landschaftsprägender Flächen, Biotope unterschiedlicher Typen und Lebensraumstrukturen, Schaffung von Flächen und Biotopen unterschiedlicher Typen zur Stabilisierung des Naturhaushaltes für ein vernetztes Biotopsystem) zu unterbreiten.
- Den natur- und landschaftsbewahrenden und damit auch biotoperhaltenden und -fördernden Auftrag der Flurbereinigung verfolgt § 34 Abs. 1 Nr. 3 FlurbG, indem bestimmt wird, daß von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes die zeitweilige Einschränkung des Eigentums gilt, Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden dürfen. Sind Eingriffe entgegen dieser Vorschrift vorgenommen worden, so muß die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen (§ 34 Abs. 3 FlurbG). Im übrigen können Zuwiderhandlungen von der Flurbereinigungsbehörde als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße geahndet werden (§ 154 Abs. 1 und 2 FlurbG).
- Der grundlegende Neugestaltungsauftrag der Flurbereinigung wird in § 37 FlurbG konkretisiert. Hiernach besteht die gesetzliche Verpflichtung, die jeweilige Landschaftsstruktur zu beachten und die Interessen der Beteiligten gegenüber denen der allgemeinen Landeskultur - also auch gegenüber Naturschutz und Landschaftspflege - abzuwägen. Dabei sind u.a. auch bodenschützende sowie bodenverbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen vorzunehmen, die z.B. der Ausweisung von vernetzten Biotopsystemen dienen können.
- Bei der Durchführung der neugestaltenden Maßnahmen hat die Flurbereinigungsbehörde die öffentlichen Interessen zu wahren, vor allem den Erfordernissen des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie der Gestaltung des Landschaftsbildes Rechnung zu tragen (§ 37 Abs. 2 FlurbG).
- Die Vornahme bodenschützender, bodenverbessernder und landschaftsgestaltender Maßnahmen wird, wie es in der amtlichen Begründung (BT-Drucksache 7/3020 zu Nr. 25)

zum FlurbG (1976) heißt, der zunehmenden Bedeutung der Landschaftspflege in der Flurbereinigung gerecht. Es ist unbestritten, daß hierunter auch die Erhaltung und Anlage von Biotopflächen verstanden werden müssen; denn schon 1974 hat der Arbeitskreis "Flurbereinigung und Landschaftspflege" 4) es als wesentliches Anliegen der Flurbereinigung erklärt, u. a. die Erhaltung des biologischen Wertes der Landschaft zu sichern. Er hat in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit von Schutzpflanzungen ausdrücklich betont, die beim Aufbau von Biotopverbundsystemen nutzbar gemacht werden können.

- Bereits zum Zeitpunkt der Aufstellung der allgemeinen Grundsätze für die zweckmäßige Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes (§ 38 FlurbG) hat die Flurbereinigungsbehörde mit den zuständigen Behörden und Organisationen - also auch mit denen für Naturschutz und Landschaftspflege - unter gleichzeitiger Erörterung der Ergebnisse der Vorplanungen u.a. des Naturschutzes und der Landschaftspflege das Benehmen herzustellen und deren Vorgaben in dem möglichen Umfange zu berücksichtigen. Dabei ist die etwaige Vorgabe eines Landschaftsplanes mit Aussagen und Feststellungen zum Aufbau eines Biotopverbundsystems als eine Fremd- oder Drittplanung gegenüber der Flurbereinigungsbehörde zu werten, deren Verwirklichung sie im möglichen Umfange zu fördern und bodenordnerisch zu unterstützen hat. Voraussetzung dabei ist, daß der Träger dieser Drittplanung das Land zum Aufbau von Biotopsystemen aufzubringen und auch die Finanzierung sowie spätere Unterhaltung zu gewährleisten hat.
- Für Anlagen, die u.a. dem Naturschutz und der Landschaftspflege dienen, kann in der Flurbereinigung Land in verhältnismäßig geringem Umfang bereitgestellt werden (§ 40 FlurbG). Soweit eine aus dieser Landbereitstellung entstehende Anlage nicht zugleich dem wirtschaftlichen Interesse der Teilnehmer dient, hat der Eigentümer der Anlage für das Land und entstehende Schäden einen angemessenen Kapitalbetrag an die Teilnehmergemeinschaft zu leisten. Bei dieser verhältnismäßig geringen Landbereitstellung kann es sich im Hinblick auf die Ausweisung bzw. den Aufbau von vernetzten Biotopsystemen allerdings nur um eine Ergänzung der Flächen handeln, die grundsätzlich der Träger der Maßnahme (Biotopsystem) aufbringen muß.
- Dem auf Naturschutz und Landschaftspflege ausgerichteten Gesetzesauftrag wird § 41 Abs. 1 FlurbG dadurch gerecht, daß die Flurbereinigungsbehörde den Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan aufzustellen hat, der u.a. bodenverbessernde und landschaftsgestaltende Anlagen enthält. Da es sich bei einem Biotopsystem sicherlich auch um eine landschaftsgestaltende Anlage handelt, wird der "pragmatische" Vorschlag gemacht 5), mit der Landschaftsplanung in der Flurbereinigung zugleich ein Biotopsystem zu planen, das bodenschützende sowie -verbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen und Anlagen (§ 37 Abs. 1, § 41 Abs.1 FlurbG) umfaßt.
- Bei der Landbereitstellung für vernetzte Biotopsysteme könnte - so wird die Meinung vertreten - neben der schon erwähnten Möglichkeit nach § 40 FlurbG auch Land, das über den allgemeinen Landabzug nach § 47 FlurbG für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen aufgebracht wird, zum Aufbau von Biotopsystemen bereitgestellt werden. So ist Deixler 1) der Auffassung, daß die durch die Flurbereinigung einhergehenden "Vielfaltsverluste" und die durch das Wege- und Gewässernetz verursachte "Verinselung von Lebensräumen" durch neue "Band- und Trittsteinbiotope" aus dem allgemeinen Landabzug nach § 47 FlurbG flächenmäßig auszugleichen seien. Dieser Auffassung ist in rechtlicher Hinsicht schwer zu folgen. Wie das Bundesverwaltungsgericht mehrfach bestätigt hat 6), rechtfertigt sich ein Landabzug nur dann, wenn der Beteiligte aus der Flurbereinigung wirtschaftliche Vorteile hat und er an der allgemeinen Wertsteigerung der Besitzstände, die durch die Flurbereinigung im Zusammenhang stehen, teilnimmt. Deixler wäre demnach nur dann zu folgen, wenn schlüssig nachgewiesen werden könnte, daß der Aufbau von Biotopsystemen in der Flurbereinigung zum wirtschaftlichen Vorteil der Beteiligten gereicht und dadurch eine allgemeine Wertsteigerung des Besitzstandes eintritt.

- Den biotoperhaltenden und -fördernden Auftrag der Flurbereinigung verfolgt neben dem bereits erwähnten § 34 FlurbG auch § 50 Abs. 1 FlurbG, indem der Empfänger der Landabfindung Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, Bäume, Feldgehölze und Hecken, deren Erhaltung aus Gründen des Naturschutzes und der Landschaftspflege oder aus anderen Gründen geboten ist, zu übernehmen hat. Dadurch können auch Beiträge zum Aufbau von vernetzten Biotopsystemen geleistet werden.
- Eine wesentliche Möglichkeit der Flurbereinigung, zum Aufbau von Biotopsystemen beizutragen, besteht darin, daß es in der Regel unerheblich ist, an welcher Stelle die Flächen belegen sind, die ein Landbereitsteller (z.B. öffentliche Hand, Naturschutzverbände) zur Verfügung stellt. Durch die Flurbereinigung können diese Flächen nach Maßgabe der Planung vernetzter Biotopsysteme an den Ort des Bedarfs verlegt werden.
- Eine weitere Möglichkeit der Flurbereinigung, beim Aufbau von Biotopsystemen Unterstützungen zuteil werden zu lassen, kann sich aus der Verwertung des Landes, für das nach § 52 FlurbG anstelle einer Landabfindung eine Geldabfindung gewährt wird, ergeben; denn nach § 54 Abs. 2 FlurbG ist das infolge von Geldabfindungen zur Abfindung der Teilnehmer nicht benötigte Land u.a. in einer dem Zweck der Flurbereinigung entsprechenden Weise zu verwenden. Da Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege auch unter die Zweckbestimmung des FlurbG fallen, wie aus den schon genannten gesetzlichen Bestimmungen hervorgeht, ist es zulässig, Flächen nach § 52 FlurbG für ein Biotopsystem bereitzustellen.
- Im Rahmen der Flurbereinigung können auch gestalterische Maßnahmen beim Aufbau von Biotopsystemen geleistet werden, so beispielsweise beim ökologischen Rückbau von Gewässern, bei der Gestaltung von Uferrandstreifen, bei der dezentralen Wasserrückhaltung in der Fläche durch Anlage von Rückhaltebecken und Ausweisung bzw. sinnvoller Abgrenzung von Feuchtflächen als Elemente eines Biotopsystems, bei der Versetzung von Bäumen, Hecken und Sträuchern sowie Feldgehölzen, bei der Neuanpflanzung von Hecken und Feldgehölzen, bei der Anlage von Feuchtbiotopen, Naßwiesen und Tümpeln, aber auch von Trockenrasen; kurzum: bei der Anlage oder Ergänzung von neuen oder schon bestehenden Biotopen mannigfaltiger Art nach Maßgabe einer entsprechenden Planungsvorgabe durch zuständige Stellen des Naturschutzes.
- Von Wichtigkeit ist die im Flurbereinigungsgesetz verankerte Möglichkeit, zur künftigen Sicherung eines Biotopsystems durch entsprechende Festsetzung im Flurbereinigungsplan nach § 58 FlurbG mit der Wirkung einer Gemeindegatsatzung einen zukunftsorientierten und bestandserhaltenden Beitrag zu leisten.
- Im Flurbereinigungsplan kann schließlich auch der Eigentümer von Biotopflächen mit der Verpflichtung der künftigen Pflege und Unterhaltung festgesetzt werden. Letzteres ist vor allem bei Feldhecken, die regelmäßig zurückgeschnitten werden müssen, von Bedeutung, aber auch bei sekundären Feuchtbiotopen mit künstlicher Wasserzuführung, für die eine entsprechende Wartung durch Festsetzung im Flurbereinigungsplan geregelt werden kann. Auch derartige Festsetzungen im Flurbereinigungsplan können mit der Wirkung von Gemeindegatsatzungen (§ 58 FlurbG) getroffen werden, die über die Schlußfeststellung hinaus wirksam bleiben und die nur mit Zustimmung der Gemeindegatsichtsbehörde durch Gemeindegatsatzung geändert oder aufgehoben werden können.
- In diesem Zusammenhang ist von Bedeutung, daß nach § 3 (5) des Landespflegegesetzes (LPfLG) in der seit 1. Mai 1987 geltenden Fassung den Gemeinden auch ohne deren Zustimmung durch den Flurbereinigungsplan für die in § 3 (4) LPfLG genannten Zwecke (Erhaltung oder Schaffung eines nachhaltig leistungsfähigen Naturhaushaltes und zur Gestaltung und Pflege des Landschaftsbildes) geschaffenen gemeinschaftlichen Anlagen zu Eigentum und Erhaltung übertragen werden können. Hintergrund dieser Neuregelung ist die gesetzliche Vorschrift, daß sich die Gemeinden zur Verwirklichung der Ziele des Na-

turschutzes und der Landschaftspflege in ihrem Gebiet angemessen an der Pflege der Landschaft beteiligen sollen.

### 3.3 Grenzen der Flurbereinigung bei Ausweisung und Aufbau von Biotopsystemen

#### 3.3.1 Flächenbereitstellung

Wie bereits ausgeführt wurde, setzt die Ausweisung und der Aufbau von Biotopsystemen unabdingbar die dazu erforderlichen Flächen voraus. Der von mir zitierte Rat von Sachverständigen hat hierzu in seinem Gutachten vom März 1985 (BT-Drucksache 10/3613 vom 03.07.1985) bestätigt, daß nach geltendem Flurbereinigungsrecht hierfür nur enge Grenzen gezogen sind. Diese Grenzen sind letztlich durch das Grundgesetz vorgegeben, innerhalb dessen Rahmens auch das Flurbereinigungsgesetz anzuwenden ist. Hiernach ist das Eigentum zu gewährleisten, was durch den Rechtsanspruch der Teilnehmer an Flurbereinigungsverfahren auf wertgleiche Landabfindungen (§ 44 FlurbG) klar zum Ausdruck kommt.

Es ist wiederholt durch höchstrichterliche Entscheidungen bestätigt worden, daß die Flurbereinigung keine Enteignung darstellt. Eine Enteignung darf nur durch Gesetz oder aufgrund eines Gesetzes erfolgen, welches Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Hierzu bietet das Flurbereinigungsgesetz keine Handhabe.

Andererseits ist zu berücksichtigen, daß das Eigentum auch einen verpflichtenden Inhalt hat, indem sein Gebrauch zugleich Dienst am allgemeinen Wohl sein soll. Von dorthier ist eine Enteignung nur zum Wohl der Allgemeinheit zulässig, wobei allerdings enge Grenzen gezogen werden, die indessen außerhalb des geltenden Flurbereinigungsrechts liegen.

In dieser richtigen Einschätzung hat der o.a. Sachverständigenrat einer Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes "größte Bedeutung" beigemessen, die den bisherigen eigentumschützenden Engpaß beseitigen sollte. Zugleich bezweifelt der Sachverständigenrat allerdings, daß die Flurbereinigungsbehörden die betreffenden Landschaftspläne durchzusetzen vermögen, zumal eine Aufstockung ihrer Haushaltsmittel in einem solchen Umfang, daß alle benötigten Flächen aufgekauft und alle Nutzungsbeschränkungen entschädigt werden, nicht zu erwarten sein werde.

Erwähnenswert dazu sind die weiterführenden Darlegungen des Sachverständigenrates, die - wenn auch in diesem Kreis bekannt - wie folgt zusammengefaßt werden:

- Nach § 47 FlurbG haben die Landwirte den für gemeinschaftliche (§ 39 FlurbG) und öffentlichen Anlagen (§ 40 FlurbG) erforderlichen Grund und Boden nach dem Verhältnis des Wertes ihrer alten Grundstücke zu dem Wert aller Grundstücke des Flurbereinigungsgebietes aufzubringen.
- Die Bereitstellung der für ein Biotopsystem benötigten Flächen kann den Landwirten nach geltendem Flurbereinigungsrecht aber nur dann abverlangt werden, wenn diese Flächen als gemeinschaftliche oder öffentlichen Anlagen gelten.
- Gemeinschaftliche Anlagen setzen ein deutliches Eigeninteresse der Landwirte an ihrer Errichtung voraus. Darunter fallen vor allem Erschließungsanlagen, wie Wege und Straßen, aber auch Wasserläufe, Bäche und Gräben; denn derartige Anlagen gehören typischerweise zur Infrastruktur einer Landbewirtschaftung, indem sie den Wert der landwirtschaftlichen Nutzflächen erhöhen, so daß die Wertsteigerung den Flächenabzug wertmäßig weitgehend kompensieren.



- Naturbetonte Biotope und andere Landschaftsbestandteile können demgegenüber nur dann als gemeinschaftliche Anlagen angesehen werden, wenn sie der landwirtschaftlichen Nutzfläche unmittelbar dienen, wie z.B. Wallhecken und Feldraine, die die Bodenerosion mindern.
- Für den Biotopverbund werden unter dem Gesichtspunkt einer weiterreichenden Vorsorge jedoch mit Sicherheit mehr Flächen in Anspruch genommen, als solche, für die sich ein derart enger Bezug zur landwirtschaftlichen Produktion herstellen läßt.
- Öffentliche Anlagen sind zum Beispiel Wege, Straßen, Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Nach § 40 FlurbG fallen darunter auch Anlagen, die dem Naturschutz, der Landschaftspflege und der Erholung dienen. Werden hierfür Flächen entzogen und einem anderen zu Eigentum zugewiesen, brauchen die Landwirte den Flächenabzug aber nur gegen sich gelten zu lassen, soweit die Anlage "zugleich dem wirtschaftlichen Interesse der Teilnehmer dient". Darüber hinaus beschränkt das Flurbereinigungsgesetz den Anteil der öffentlichen Anlagen dadurch, daß lediglich "Land in verhältnismäßig geringem Umfang" im Flurbereinigungsverfahren bereitgestellt zu werden braucht.
- In der Regel darf der Anteil nach § 40 FlurbG etwa 1,5 % des Wertes der Gesamtfläche nicht übersteigen, wobei zu berücksichtigen ist, daß darunter auch andere öffentliche Anlagen (z.B. Gemeindeflächen für Erweiterungen von Sport-, Erholungseinrichtungen, Friedhofs- und Parkplatzanlagen) gehören.

Aus diesen thesenartigen Darlegungen folgert der Sachverständigenrat zutreffend, daß die genannten Einschränkungen nach geltendem Recht die Möglichkeit ausschließen, die für den Biotopverbund benötigten Flächen, die nicht schon als "gemeinschaftliche Anlagen" gelten, als "öffentliche Anlagen" entschädigungslos in Anspruch zu nehmen.

Hinzu kommen nach Auffassung des Sachverständigenrates Auslegungsschwierigkeiten zwischen Flurbereinigungsrecht und Naturschutzrecht. Das beginne schon damit, daß das Flurbereinigungsrecht oft als Sonderrecht betrachtet werde, welches die Anwendung des allgemeinen Naturschutzrechts begrenze. Nach alledem sei daher nicht davon auszugehen, daß der Flächenabzug im Flurbereinigungsverfahren über die Rechtsprechung wesentlich erhöht werden könne. Insbesondere für "öffentliche Anlagen" bleibe die Begrenzung auf "Land in verhältnismäßig geringem Umfang" ohnehin eine unüberwindliche Hürde.

Vor diesem Hintergrund fordert der Sachverständigenrat, in einer Novelle zum FlurbG den nach § 47 FlurbG zulässigen Flächenabzug für gemeinschaftliche und öffentliche Anlagen auf die kleinflächigen linien- und punktförmigen Landschaftsstrukturen auszudehnen, die für einen Biotopverbund erforderlich seien. Dies könne nach Meinung des Rates durch Einfügung eines § 40 a FlurbG geschehen, der den Flächenbedarf für den Biotopverbund beschreibe und zugleich begrenze, mit der Maßgabe, daß als Richtschnur für den durchschnittlichen Flächenbedarf etwa 3 % der Gesamtfläche des Flurbereinigungsgebietes gelten könnte.

Angesichts der bisherigen höchstrichterlichen Rechtsprechung bestehen jedoch erhebliche Zweifel, ob eine derartige entschädigungslose Abzugserhöhung noch von der verfassungsrechtlichen Sozialbindung des Eigentums getragen werden kann.

### 3.3.2 Finanzierung

Grenzen der Flurbereinigung bei der Ausweisung und dem Aufbau von vernetzten Biotopsystemen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren bestehen auch in finanzieller Hinsicht. Es ist auch von anderen 3) begrenzend bestätigt worden, daß beim Vorliegen von

Fremdplanungen für Biotopsysteme (z.B. von Naturschutzbehörden) diese Planungsträger sowohl das erforderliche Land aufbringen müssen als auch für die Finanzierung zuständig sind. In einem solchen Falle ist es nicht Aufgabe der Flurbereinigungsbehörde, für die Finanzierung bei der Ausweisung von Biotopsystemen zu sorgen.

Unabhängig von derartigen Fremdplanungen kommt hinzu, daß bei der Realisierung von Biotopsystemen die Möglichkeiten auch durch die Finanzierungsgrundsätze der Flurbereinigung eingeschränkt sind. Daher wird der Aufbau von Biotopsystemen in größeren Landesteilen nur dann möglich sein, wenn hierbei die verschiedensten Finanzierungsmöglichkeiten gebündelt werden.

In diesem Zusammenhang muß auch auf Nr. 6.1 der Einführung zum Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe hingewiesen werden, da hiernach Maßnahmen, die nicht überwiegend der Verbesserung der Agrarstruktur dienen, grundsätzlich nicht aus Gemeinschaftsaufgabemitteln finanziert werden können. Ich neige zwar der Meinung zu, daß vor dem Hintergrund der EG-Agrarreform, auf die ich einleitend verwiesen habe, an eine großzügigere Auslegung des Begriffs "Verbesserung der Agrarstruktur" gedacht werden sollte, indem beispielsweise in vielen Fällen Biotopsysteme auch als bodenschützende, bodenverbessernde und landschaftsgestaltende Maßnahmen anzusehen sind und insoweit durchaus der Agrarstrukturverbesserung dienen. Aus diesem Grunde sollten die GA-Mittel zumindest für Teilbereiche beim Aufbau von Biotopsystemen eingesetzt werden.

Ob sich jedoch der Bund hierzu bereiterklären wird, muß vorerst als eine "Begrenzung" im Sinne des hier behandelten Themas angesehen werden.

### 3.3.3 Verfahrensarten

Einschränkungen bei der Ausweisung und dem Aufbau von vernetzten Biotopsystemen ergeben sich schließlich bei vereinfachten Flurbereinigungsverfahren (§ 86 FlurbG), der beschleunigten Zusammenlegung (§ 91 ff. FlurbG) und dem freiwilligen Landtausch (§ 103 a ff. FlurbG), obgleich diese Verfahrensarten speziell im Interesse des Naturschutzes und der Landschaftspflege durchgeführt werden können. Hierbei lassen sich zwar punktuelle Einzelmaßnahmen im vorgenannten Sinne verwirklichen, jedoch kaum flächendeckende Biotopsysteme im Sinne einer möglichst umfassenden ökologischen Wirksamkeit. Hierzu bietet die Regelflurbereinigung (§§ 1/37 FlurbG) nicht zuletzt durch die materielle und formelle Konzentrationswirkung des Planfeststellungsverfahrens (§ 41 Abs. 3 FlurbG) größere Möglichkeiten.

## 4. Schlußbemerkung

Bei der Abwägung der Möglichkeiten und Grenzen der Flurbereinigung bei der Ausweisung und dem Aufbau von Biotopsystemen überwiegen erstere; denn die Flurbereinigung bietet von den gesetzlichen Bestimmungen vielfältige Möglichkeiten zur unterstützenden Realisierung flächendeckender Biotopsysteme. Dabei erscheint die vom Sachverständigenrat geforderte Novellierung des Flurbereinigungsgesetzes nicht zwingend, zumal er selbst Zweifel an der politischen Umsetzung i.S. einer entschädigungslosen Landbereitstellung zur Ausweisung von Biotopsystemen hegt.

Die Grenzen bei der Flächenbereitstellung dürften sich angesichts der EG-Agrarreform, auf die einleitend hingewiesen wurde, insofern abbauen lassen, als in größerem Umfang Flächen aus der landwirtschaftlichen Produktion ausscheiden werden und demzufolge wie selten zuvor Biotopsysteme auch im Einklang mit den künftigen landwirtschaftlichen Interessen und Zielsetzungen verwirklicht werden können.

Eine wichtige Voraussetzung ist und bleibt allerdings die Verbesserung der Finanzierung des Flächenbedarfs für die Ausweisung und den Aufbau von Biotopsystemen, der Entschädigungsausgleiche für Landwirte und der künftigen notwendigen Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen innerhalb der Biotoverbundsysteme. Nicht minder wichtig ist die alsbaldige landesweite Kartierung der für den Aufbau von vernetzten Biotopsystemen geeigneten Standorte und die kurzfristige Bereitstellung der Landeshaushaltsmittel für diese Kartierungsmaßnahmen unter der Federführung des Umweltministeriums.

Schließlich sollte durch eine möglichst breite, interdisziplinäre Aufklärungsarbeit über Sinn und Zweck von Biotopsystemen eine zielgerichtete Unterrichtung aller zuständigen Stellen einschließlich der betroffenen Landwirte und Grundstückseigentümer baldmöglich in die Wege geleitet werden.

#### Literaturnachweise

- 1) Deixler, Wolfgang: "Biotopvernetzung - Konzepte und Realisierung" in Natur und Landschaft, Heft 4/1985, S. 131
- 2) Heydemann, B.: "Die Beurteilung von Zielkonflikten zwischen Landwirtschaft, Landschaftspflege und Naturschutz aus der Sicht der Landespflege und des Naturschutzes", Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, 88/1983, S. 51
- 3) Strößner, G.: "Möglichkeiten und Grenzen der Flurbereinigung zum Aufbau eines Biotopverbundsystems", nach einem Vortrag beim 70. Deutschen Geodätentag 1986 in Nürnberg
- 4) Arbeitskreis Flurbereinigung und Landespflege 1974; Flurbereinigung und Landespflege, Sonderheft der Schriftenreihe für Flurbereinigung, Hilstrup, S. 12
- 5) aaO Nr. 3
- 6) BVerwG, RdL 1961, 80; 1968, 164; 1969, 299; 1971, 97; 1975, 69.

## Die Behandlung von Bodenschätzen in der Flurbereinigung

Ein Problem aufgezeigt am Beispiel der Flurbereinigung Bassenheim

von Obervermessungsrat Gerhard Müller und  
Vermessungsamtmann Norbert Löhr, Mayen

### 1. Einleitung

Die Sicherung der natürlichen Ressourcen ist Anliegen eines jeden Staates, so auch der an Bodenschätzen relativ armen Bundesrepublik. Im § 37 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz findet sich deshalb die Forderung wieder, "der Erhaltung und Sicherung mineralischer Rohstoffvorkommen Rechnung zu tragen". Dieser Forderung zu genügen, erweist sich bei näherer Betrachtung im Ablauf der komplexen Neuordnung einer Flurbereinigung schwieriger als zunächst vermutet.

In der Vergangenheit konnte man sich bei der Wahl der Flurbereinigungsgebiete noch auf Gemarkungen beschränken, die möglichst wenig außerlandwirtschaftliche Konfliktbereiche beinhalteten. Im Dienstbezirk des Kulturamtes Mayen verlagert sich die Tätigkeit nunmehr vermehrt in die Gemarkungen, in denen Bodenschätze eine besondere Berücksichtigung bei der Neuordnung der Grundstücke erfordern. Es sind dies gerade die landwirtschaftlich noch interessanten Beeiche des Neuwieder Beckens, des Maifeldes und der Pellenz.

Obwohl aufgrund eines intensiven Strukturwandels die hier ansässige Steine- und Erdenindustrie rückläufig ist, werden in diesen Gebieten auch weiterhin die Rohstoffe Bims, Sand Kies, Lava und Ton abgebaut.

Mit der Flurbereinigung Bassenheim wurde 1974 ein Verfahren eingeleitet mit dem Ziel, die dringend notwendige Agrarstrukturverbesserung in einer Gemarkung vorzunehmen, die auch gekennzeichnet war von nachteiligen Auswirkungen der zu Ende gehenden Ausbeutung verschiedener Bodenschätze. Der Einleitung des Verfahrens lag die Erwartung zugrunde, daß die Ausbeutung bis zum Besitzübergang so weit abgeschlossen ist, daß nur für wenige verbliebene Vorkommen im Flurbereinigungsplan eine eigentumsrechtliche Sicherung vorzunehmen sei.

Nicht voraussehbar war die Tatsache, daß die wirtschaftliche Entwicklung in den folgenden Jahren zu Rezessionen in der Bauwirtschaft führte. Die Folge war eine Stagnation im Absatz von Baustoffen und damit ein Rückgang der Abbautätigkeit und der Nachfrage nach derartigen Rohstoffen.

Ein weiterer nicht vorhergesehener Umstand hat seine Ursache in der wachsenden Knappheit der Bodenschätze. Durch Veränderungen in der Produktionstechnik können heute auch die minderen Rohstoffqualitäten verarbeitet werden. Somit gewannen in den letzten Jahren die Vorkommen wieder an Bedeutung, die bislang weder ihrer Menge noch ihrer Güte wegen als abbauwürdig galten.

Sowohl die bei der Einleitung bekannten als auch die während des Verfahrens aufgetretenen Schwierigkeiten lassen das Verfahren Bassenheim aus der Reihe der üblichen Verfahren hervorstechen.

Die Erfahrungen, die hier mühsam gewonnen wurden, sollen durch diesen Beitrag einem größeren Kollegenkreis nähergebracht werden. Er soll Anregung dafür sein, vor der Einleitung vergleichbarer Verfahren diese Aspekte sorgfältig abzuwägen und genaueste Untersuchungen anzustellen.

## 2. Verfahrensdaten

Die Gemeinde Bassenheim liegt am Rande des Neuwieder Beckens etwa 10 km westlich von Koblenz. Sie hat rd. 2 500 Einwohner mit ca. 20 Haupterwerbslandwirten. Das Verfahrensgebiet mit 1100 Teilnehmern ist rd. 2 250 ha groß. Davon werden rd. 1 600 ha landwirtschaftlich und 400 ha forstwirtschaftlich genutzt. Die Planfeststellung des Wege- und Gewässerplanes erfolgte 1979. Der Flurbereinigungsplan wurde 1984 bekanntgegeben. Rechtsmittel gegen den Flurbereinigungsplan sind nicht mehr anhängig.

## 3. Rechtsgrundlagen

§ 44 Flurbereinigungsgesetz sichert jedem Teilnehmer Abfindung mit Land von gleichem Wert zu. Die Bewertung der Grundstücke richtet sich nach §§ 27 bis 30 Flurbereinigungsgesetz.

Besondere Bedeutung kommt im vorliegenden Falle der Bestimmung des § 8 Abs. 2 FlurbG zu. Danach sind wesentliche Bestandteile eines Grundstückes, die seinen Wert dauernd beeinflussen, sowie Rechte nach § 49 Abs. 3 FlurbG, soweit erforderlich, in ihrem Wert besonders zu ermitteln. Wesentliche Bestandteile eines Grundstückes sind nach § 94 BGB alle mit dem Grund und Boden fest verbundenen Sachen, sowie die Erzeugnisse des Grundstückes, solange sie mit dem Boden zusammenhängen. Somit sind die in Frage stehenden Bodenschätze wesentliche Bestandteile der Grundstücke.

§ 44 Abs. 2 Flurbereinigungsgesetz bestimmt weiter, daß bei der Landabfindung ... alle Umstände zu berücksichtigen sind, die auf die Verwertung der Grundstücke wesentlichen Einfluß haben. Da gerade diese Umstände (im allgemeinen) keine Berücksichtigung in der üblichen landwirtschaftlichen Bewertung finden oder finden können, muß diese Forderung in Anbetracht des Wertverhältnisses zwischen Bodenschatz und landwirtschaftlichem Bodenwert besonders beachtet werden.

Bodenschätze und ihre Verwertung sind häufig durch Rechte im Grundbuch gesichert. Folglich ist § 49 Flurbereinigungsgesetz zu beachten, der - wie noch auszuführen ist - zur Regelung der Rechtsverhältnisse herangezogen werden muß.

Nach § 50 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz ist der bisherige Eigentümer oder der sonstige Berechtigte für wesentliche Bestandteile von Grundstücken, soweit erforderlich, gesondert abzufinden. Abzufinden heißt in diesem Zusammenhang zunächst in gleichartigen Bestandteilen. Aber auch Abfindung durch Mehrzuweisung von Land oder hilfsweise in Geld ist möglich.

Zu beachten ist weiterhin, daß nach § 45 Abs. 1 Ziffer 11 gewerbliche Anlagen zur Gewinnung von Bodenbestandteilen, sofern sie dauernd in Betrieb sind und Lagerstätten von Bodenschätzen, die der Aufsicht der Bergbehörde unterliegen, nur mit Zustimmung der Eigentümer verändert werden können.

Bodenschätze bzw. deren Ausbeutung können zu einem vorübergehenden Unterschied zwischen dem Wert der alten und der neuen Grundstücke führen. § 51 Flurbereinigungsgesetz regelt die Behandlung dieses Sachverhaltes.

Neben den flurbereinigungsrechtlichen Bestimmungen beeinflussen auch andere gesetzliche Vorschriften und Verordnungen die Abfindungsgestaltung. Es sind dies im wesentlichen das Bundesberggesetz, das Bimsgesetz von Rheinland-Pfalz und das Landespflegegesetz.

#### 4. Wertermittlung

Für die landwirtschaftlich genutzten Grundstücke wurde unabhängig davon, ob sie Bodenschätze beinhalten, eine Wertermittlung nach § 28 Abs. 1 Flurbereinigungsgesetz durchgeführt.

Die im Verfahren anzutreffenden Bodenschätze Bims, Sand, Kies, Lava und Ton kommen in unterschiedlicher Mächtigkeit und Güte vor. Sie liegen häufig, wie auch die Grundstücke, sozusagen in Gemengelagen. Als wesentliche Bestandteile sind sie in ihrem Wert besonders zu ermitteln, da sie neben dem Nutzungswert noch einen besonderen Vermögenswert darstellen.

Die Werte sind gesondert, also rechnerisch vom Bodenwert getrennt zu ermitteln. Sie sind jedoch nur "so weit erforderlich" zu ermitteln, also wenn sie beseitigt oder einem anderen Eigentümer gegeben werden oder ein Recht an ihnen begründet werden soll.

Schon bald zeigte sich, daß der Wert der Bodenschätze in den meisten Fällen den Bodenwert der landwirtschaftlichen Grundstücke wesentlich überstieg. Bei der Gestaltung der Landabfindung mußte somit darauf geachtet werden, daß für die eingebrachten Bodenschätze wieder gleichartige Bestandteile zugewiesen wurden. Nur in wenigen Fällen konnte eine Abfindung in Landzulagen oder in Geld erwartet werden. Auf eine flächendeckende Wertermittlung der Bodenschätze wurde deshalb auch wegen des hohen Aufwandes und der Kosten verzichtet.

#### 5. Erfassung der Bodenschätze

Die Berücksichtigung der Bodenschätze bei der Landabfindung erforderte vorab deren örtliche Erfassung. Dabei waren von vorrangigem Interesse z.B. Kenntnisse über Lage und Art des Bodenschatzes, Güte, Mächtigkeit, Überdeckung, Ausbeutemöglichkeit und Rekultivierungsaufwand.

Im Verfahrensgebiet wurden zunächst die Bereiche ermittelt

- die frei von Bodenschätzen waren,
- in denen Bodenschätze nachweislich vorkamen und
- in denen Bodenschätze vermutet wurden.

Die Erfassung erfolgte

- durch Aufschlüsse und andere örtlich sichtbare Umstände, die das Vorhandensein von Bodenschätzen augenscheinlich werden ließen,
- mittels geologischem Kartenmaterial und dazugehörigen Daten,
- durch Ermittlung von Ausbeuterechten aus den Grundbüchern,
- durch Anmeldung von Rechten nach § 14 Flurbereinigungsgesetz,
- durch Befragung der Teilnehmer im Planwuschtermin,
- durch Befragung der ansässigen Abbaubetriebe.

Die Bestimmung der Bereiche mit vermuteten Bodenschätzen stellte das eigentliche Kernproblem dar. Hier wurden häufig von den Teilnehmern Vorkommen benannt, die nach Rückfragen bei der Industrie wieder in Frage gestellt wurden. Es zeichnete sich ab, daß die Eigentümer wesentliches Interesse an dem Verbleib ihrer Grundstücke in diesem Interessengebiet hatten und zum Teil Behauptungen über Bodenschätze vorbrachten, deren Nachweis schwer zu erbringen ist (z.B. tief liegender Ton). Hier zeichneten sich vorzeitig Konflikte im Hinblick auf den Amtsermittlungsgrundsatz ab.

Die Befragung der Teilnehmer im Planwunschtermin war zwar in der Regel ergiebig, jedoch waren sich zahlreiche Befragte zu diesem Zeitpunkt der Tragweite ihrer Erklärungen nicht bewußt. Dies insbesondere dann, wenn Erklärungen dahingehend abgegeben wurden, daß z.B.

- keine Bodenschätze im Altbesitz liegen
- Bodenschätze bis zur Besitzeinweisung ausgebeutet werden
- Grundstücke, die mit Ausbeuterechten Dritter belastet sind, übernommen werden
- die Bodenschätze im Altbesitz wegen (angeblicher) Geringfügigkeit bei der Abfindung nicht berücksichtigt werden sollen.

Diesbezügliche Erklärungen im Planwunschtermin mußten letztendlich als völlig unverbindlich angesehen werden. Zahlreiche Erklärungen wurden bei der Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes widerrufen, da die Teilnehmer die Vermögenswerte aus den Bodenschätzen jetzt anders beurteilen.

Bei der Erfassung der Bodenschätze darf nicht versäumt werden, nach den zeitlichen Vorstellungen der Eigentümer bzw. Ausbeuteberechtigten bezüglich des Abbaues zu fragen. Nachteilig erwies sich, daß zahlreiche zugesagte Ausbeutungen nicht zur Besitzeinweisung vollzogen waren.

Die Flurbereinigungsbehörde bediente sich bei der Ermittlung der Bodenschätze verschiedener Methoden und Institutionen. So wurden das Geologische Landesamt in Mainz, das Bodenforschungsinstitut in Hannover und der Rheinische Bimsverband eingeschaltet. Ortsansässige Abbauunternehmen waren ebenfalls bei den örtlichen Arbeiten behilflich. Im allgemeinen fand die Ermittlung im Beisein der Eigentümer bzw. Ausbeuteberechtigten statt.

Im wesentlichen kamen zur Anwendung:

- Bohrungen

Diese Methode wird im allgemeinen bei der örtlichen Ermittlung von Bimsvorkommen angewendet, da diese Vorkommen in ihrer Lage zur Erdoberfläche sowie in ihrer Mächtigkeit mit relativ einfachen Geräten preisgünstig ermittelt werden können.

- Schürfungen

Sie finden Anwendung bei oberflächennahen Vorkommen. Sie sind aufwendiger, bieten aber einen direkten Einblick in den Boden.

- Geoelektrik

Sie findet Anwendung bei Bodenvorkommen mit relativ hoher Mächtigkeit und hoher Überdeckung. Schürfungen würden hier zu hohe Kosten verursachen.

Bei dieser Methode wird das Bodenvorkommen durch rasterförmiges Messen von Erdwiderständen ermittelt. Ergebnis ist eine unterirdische Tachymeteraufnahme, aus der die vorhandenen Massen ermittelt werden können. Eine gezielte Aussage zur Qualität der Bodenvorkommen kann jedoch nicht erreicht werden. Diese Methode wurde vorwiegend bei Kiesvorkommen angewendet.

- Aufschlüsse

Sie sind die preisgünstigste Methode. Man kann jedoch in der Regel davon ausgehen, daß auf diese Art und Weise keine flächendeckende Ermittlung durchführbar ist.

Die ermittelten Bodenbestandteile wurden in den Karten des alten Bestandes unter Angabe des Eigentümers und/oder des Ausbeuteberechtigten eingetragen.

## 6. Behandlung der Bodenschätze im Flurbereinigungsplan

Der Flurbereinigungsplan faßt die Ergebnisse des Verfahrens zusammen. Unter anderem sind die Beteiligten und ihre Abfindungen nachzuweisen und die sonstigen Rechtsverhältnisse zu regeln. Da die Wertgleichheit der Abfindungen wesentlich von der Behandlung der Bodenschätze als wesentliche Bestandteile abhängig ist, werden im folgenden die Probleme und Lösungsmöglichkeiten aufgezeigt.

### 6.1 Gebot der wertgleichen Abfindung

Bei der Landabfindung sind ... alle Umstände zu berücksichtigen, die auf den Ertrag, die Benutzung und die Verwertung der Grundstücke wesentlichen Einfluß haben.

- Bodenschätze haben Einfluß auf den Ertrag der Grundstücke.  
Durch die Herausnahme der Bodenschätze können Veränderungen des Bodens eintreten, die sowohl zu einer Verbesserung als auch zu einer Verschlechterung der Ertragsfähigkeit führen (z.B. Verschlechterung des Wasserhaushaltes nach einer Kiesausbeute). Eine Änderung der Ertragsfähigkeit ist ggf. durch eine erneute Bewertung nach § 28 Abs. 1 Flurbereinigungsgesetz zu berücksichtigen.
- Bodenschätze haben Einfluß auf die Benutzung der Grundstücke.  
Während der Ausbeute, die zum Teil mehrere Jahre dauert, ist eine zeitweise Einschränkung der Nutzung gegeben. Nach dem Abbau können Bewirtschaftungshindernisse wie z.B. Böschungen oder ungünstige Gefällverhältnisse verbleiben. Unzureichende Rekultivierungen (z.B. Naßstellen) beeinträchtigen die Benutzung wesentlich. Darüber hinaus können Geh- und Fahrrechte für Folgeausbeutungen in Nachbargrundstücken ebenfalls zu Nutzungseinschränkungen führen.
- Bodenschätze haben Einfluß auf die Verwertung der Grundstücke.  
Die Verfügbarkeit Dritter über Bodenschätze kann Einfluß auf die Verwertung eines Grundstückes beim Verkauf haben (fehlende Lastenfreiheit).

Das Gebot der wertgleichen Abfindung erfordert eine Abfindungsgestaltung, die dem Teilnehmer auch nach der Flurbereinigung den Ertrag, die Benutzung und die Verwertung seines Grundstückes sichert. In diesem Zusammenhang sind folgende Problemstellungen zu beachten:

- Wesentliche Bestandteile von Grundstücken unterliegen nicht dem Abzug nach § 47 Flurbereinigungsgesetz.
- Es besteht kein Anspruch auf Abfindung mit gleichwertigen Bestandteilen.
- Für wesentliche Bestandteile nach § 50 Abs. 4 Flurbereinigungsgesetz besteht keine Übernahmepflicht. Größere Geldausgleiche für Bodenschätze in zugewiesenen Grundstücken lassen sich deshalb in der Regel nicht durchsetzen.
- Die Zustimmungspflicht des Eigentümers bei Anlagen nach § 45 Abs. 1 Ziffer 11 Flurbereinigungsgesetz ist zwingend.
- Die Nutzung der Bodenschätze ist durch Rechte gesichert.



Es können dies sein

- Rechte aus dem Eigentum am Grundstück
- Rechte auf Grund von grundbuchlich gesicherten Dienstbarkeiten
- Rechte aus vertraglichen Verpflichtungen

## 6.2 Möglichkeiten zur Herstellung der wertgleichen Abfindung

Für die zuvor aufgezeigten Problemstellungen bieten sich folgende Lösungsmöglichkeiten an.

### 6.2.1 Sicherung der Wertgleichheit

Bei der Sicherung der Wertgleichheit sind folgende Fälle zu unterscheiden:

- a) Altbesitz und Landabfindung sind identisch.  
Mithin sind auch die besonderen Bestandteile identisch.  
Im Grundbuch bereits eingetragene Rechte werden übernommen. Werden Rechte nach § 14 Flurbereinigungsgesetz angemeldet, werden diese, falls erforderlich, in den Flurbereinigungsplan aufgenommen.
- b) Altbesitz und Landabfindung sind nicht identisch.  
Der Wert der besonderen Bestandteile ist im Altbesitz und in der Landabfindung gleichwertig.  
Es erfolgt die gleiche Behandlung wie zu a).  
Sind die besonderen Bestandteile in ihrem Wert nicht identisch, ist der Wertunterschied in Geld oder Land auszugleichen.
- c) Altbesitz und Landabfindung sind nicht identisch. In der Landabfindung sind keine vergleichbaren Bodenschätze zuteilbar.  
Die Bodenschätze im Altbesitz werden durch ein grundbuchlich gesichertes Ausbeuterecht gewahrt.

Die Verfahrensweise zu c) setzt in der Regel die Zustimmung des zukünftigen Eigentümers des zu belastenden neuen Grundstücks voraus. Grundbuchlich gesicherte Rechte werden im allgemeinen von den Teilnehmern als Grundstücksmangel angesehen. Dies besonders dann, wenn mit der Ausübung des Rechtes (Ausbeutung) tatsächlich Veränderungen am Grundstück verbunden sind. Im Verfahren Bassenheim wurden im allgemeinen deshalb nur Ausbeuterechte für Bimsvorkommen akzeptiert (siehe hierzu 6.2.2).

Die Lage des jeweiligen Ausbeuterechtes wurde in der Zuteilungskarte und in einer Karte der Bodenschätze nachgewiesen. Sind Teile von neuen Grundstücken zu Gunsten Dritter belastet, wurden die Teilflächen mit Buchstaben gekennzeichnet. Die Belastung wurde im Grundbuch mit dieser alphabetischen Kennzeichnung eingetragen. Die Abgabe einer Karte mit dem lagemäßigen Nachweis der Rechte an das Grundbuch zur Verwendung in den Grundakten ist deshalb erforderlich.

### 6.2.2 Sicherung des Ertrages

Mitentscheidend für die Ertragsfähigkeit sind Aufbau und Ausbildung des Bodens. Eine Rolle spielen z.B. Bodengefüge, Zusammensetzung des Bodens, Durchlüftung, Bearbeitbarkeit und Wasserhaushalt. Durch die Entnahme von Bodenschätzen können wesentliche Veränderungen des Bodens und damit der Ertragsfähigkeit eintreten. Die Sicherung der Er-

tragsfähigkeit kann bei der Zuteilung nur dann gewährleistet sein, wenn Kenntnisse über das Verhalten bzw. die Veränderungen des Bodens infolge einer Ausbeutung vorliegen. Die Erfahrung im Flurbereinigungsverfahren Bassenheim hat gezeigt, daß lediglich bei der Ausbeutung von Bims in der Regel keine oder nur unwesentliche Änderungen in der Ertragsfähigkeit zu erwarten sind.

Die Ausbeutung anderer Bodenschätze, wie z.B. Kies, führt im allgemeinen dagegen zu Bodenveränderungen (z.B. Wasserhaushalt), die die Ertragsfähigkeit in nicht vorhersehbarer Weise verändern. Demzufolge waren die meisten Teilnehmer lediglich bereit, nur die mit Bimsausbeuterechten belasteten Abfindungsgrundstücke anzunehmen. Die Belastung mit anderen Ausbeuterechten wurde fast ausnahmslos abgelehnt.

Zur Sicherung der Ertragsfähigkeit wurde in den Flurbereinigungsplantext (§ 13) aufgenommen, daß die Grundstücke so instandzusetzen sind, daß sie nach der Rekultivierung uneingeschränkt entsprechend ihrer bisherigen Nutzung bewirtschaftet werden können (siehe auch 6.2.3).

#### 6.2.3 Sicherung der Benutzung

Die Benutzung von Grundstücken mit Bodenschätzen kann beeinträchtigt werden z.B. durch

- Ausfall der Bewirtschaftung während der Ausbeutung (auch über einen längeren Zeitraum)
- ausbeutebedingte, dauerhafte Wirtschaftshindernisse (z.B. Böschungen)

Die Empfänger belasteter Grundstücke wurden gegen mögliche Beeinträchtigungen durch eine Festsetzung im Flurbereinigungsplan (§ 13) gesichert, die in Form einer Grunddienstbarkeit beim Abfindungsgrundstück des Berechtigten berücksichtigt wurde (sogenannte Rückversicherung).

Im Flurbereinigungsplan wurde festgesetzt,

- daß die Bodenbeschaffenheit und die Bewirtschaftungsmöglichkeit durch die Ausbeutung nicht nachteilig verändert werden darf,
- daß die Zeitdauer der Ausbeutung maximal 3 Jahre beträgt,
- daß der Berechtigte zur Überlassung geeigneten Ersatzlandes für die Dauer der Ausbeutung verpflichtet ist,
- daß keine Bewirtschaftungshindernisse zurückbleiben dürfen.

Berechtigte und Grundstückseigentümer können durch Vereinbarungen andere Ausgleichsregelungen treffen.

#### 6.2.4 Sicherung der Verwertbarkeit

Die Verwertbarkeit eines mit einem Ausbeuterecht belasteten Grundstückes kann aus den tlw. dargelegten Gründen beeinträchtigt sein (fehlende Lastenfreiheit, eingeschränkte Belastungsmöglichkeit). Dieser Mangel wurde von den betroffenen Eigentümern bei Bimsausbeuterechten als gering eingeschätzt. Offensichtlich ist die Ausbeutetätigkeit im Verfahrensgebiet auch im Hinblick auf deren grundbuchliche Behandlung den Beteiligten vertraut. Nachteile in der Verwertbarkeit wurden in keinem Falle geltend gemacht.

### 6.3 Problematik der Ausbeuterechte

Im allgemeinen sind die im Grundbuch eingetragenen Rechte als beschränkt persönliche Dienstbarkeiten eingetragen. Rechtsinhaber sind in den meisten Fällen ortsansässige Abbauunternehmen (juristische Personen). Aber auch Privatpersonen und vor allen Dingen die Eigentümer der Grundstücke können sich als Berechtigte eintragen lassen.

Ist der Berechtigte gleichzeitig der Grundstückseigentümer, so erlischt zwar bei seinem Tod die beschränkt persönliche Dienstbarkeit, doch bleibt dem Rechtsnachfolger der Vermögenswert erhalten. Das ist nicht der Fall, wenn in der Flurbereinigung Grund und Boden vom Ausbeuterecht getrennt werden.

Um zu verhindern, daß private Rechtsinhaber durch Todesfall ihr Ausbeuterecht verlieren, wurden anstelle beschränkt persönlicher Dienstbarkeiten im Flurbereinigungsverfahren Grunddienstbarkeiten begründet. Dies geschah in Abstimmung mit den zuständigen Grundbuchämtern, obwohl gemäß § 1019 BGB eine Grunddienstbarkeit nur in einer Belastung bestehen kann, die für die Benutzung des Grundstückes des Berechtigten Vorteile bietet.

Auf eine weitergehende Darstellung der rechtlichen Probleme der Sicherung mittels Grunddienstbarkeit muß hier verzichtet werden, um den Rahmen dieses Beitrages nicht zu sprengen.

### 6.4 Steuerliche Aspekte

Das durch eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit gesicherte Recht zum Abbau von Bodenschätzen kann vom Rechtsinhaber nicht an eine Ausbeutefirma übertragen werden. Hier ist nur die Überlassung der Ausübung des Rechtes zulässig. Mit der Überlassung der Ausübung des Rechtes tritt der Ausübende in den durch die beschränkt persönliche Dienstbarkeit begründeten Pachtvertrag ein. Der Pachtvertrag (§ 581 BGB) bezieht sich dabei auf die Erträge aus dem Recht auf Gewinnung von Bodenbestandteilen (§ 99 BGB).

Aus der Begründung dieses Pachtverhältnisses ergibt sich, daß der Begünstigte der beschränkt persönlichen Dienstbarkeit den aus der Überlassung der Ausübung des Rechtes gezogenen Gewinn nach dem Einkommensteuergesetz als Einkünfte aus Vermietungen und Verpachtungen zu versteuern hat. Hingegen ist nach der Praxis der hiesigen Finanzbehörden der aus der gemeinsamen Veräußerung von Grundstück und Bodenschätzen erzielte Kaufpreis für die Bodenschätze nicht steuerpflichtig. Lediglich die Grunderwerbssteuer fällt an.

Da die Möglichkeit der Gesamtveräußerung nach der Flurbereinigung nicht mehr gegeben ist, entsteht dem Berechtigten der beschränkt persönlichen Dienstbarkeit eine steuerliche Belastung.

Die Absicherung der Bodenschätze für den Alteigentümer durch eine Grunddienstbarkeit hat den Vorteil, daß der Eigentümer des herrschenden Grundstückes dieses zusammen mit dem Abbaurecht veräußern kann, ohne daß hierdurch eine Steuerpflicht für den Ertrag aus dem Verkauf des Rechtes entsteht, da die Grunddienstbarkeit nach § 96 BGB als Bestandteil des Grundstückes gilt. Mit der Sicherung der Ausbeuterechte durch Grunddienstbarkeiten konnte somit gewährleistet werden, daß dem Eigentümer der Bodenschätze im Falle der Verlegung seines Grundstückes keine steuerlichen Nachteile entstehen.

## 7. Die Ausführung des Flurbereinigungsplanes

Bei der Ausführung des Flurbereinigungsplanes und der Herstellung der gemeinschaftlichen Anlagen waren zahlreiche Besonderheiten zu beachten.

### 7.1 Bau der gemeinschaftlichen Anlagen

Die Bodenschätze wurden bei der Gestaltung des neuen Wegenetzes nur insoweit berücksichtigt, als ihre spätere Ausbeutung Auswirkungen auf die Wegeführung und wegen möglicher Bewirtschaftungshindernisse auf die Zuteilungsrichtung erwarten ließ. Bereits bestehende Wirtschaftshindernisse - wie z.B. Bimsinseln -, deren Beseitigung zu erwarten war, wurden bei der Wegenetzplanung nicht berücksichtigt.

Die in die neuen Wegeflächen fallenden Bodenschätze wurden entweder in Geld entschädigt, vorweg ausgebeutet oder ihre Ausbeutung durch Begründung eines Ausbeuterechtes innerhalb der Wegefläche gesichert. Dabei mußte darauf geachtet werden, daß die Ausbeutung die Funktionsfähigkeit der Wege nicht beeinträchtigt bzw. während der Ausbeutung die Erschließung anderweitig sichergestellt war.

Problematisch erwies sich im nachhinein der Vorwegausbau. Zahlreiche Teilnehmer haben den Erlaß der vorläufigen Anordnung nicht beachtet und erst nach Bau der Anlagen bei Bekanntgabe des Flurbereinigungsplanes Rechte bzw. Entschädigungsforderungen geltend gemacht. Obwohl die vorläufige Anordnung die Anmeldung von Rechten und Entschädigungsforderungen befristete, wurden zur Nachsichtgewährung im nachhinein Ausgleichsregelungen getroffen.

Dies hatte z.B. zur Folge, daß eine bereits dreijährige Bodenschutzpflanzung wieder gerodet und nach der Ausbeutung neu gepflanzt wurde.

Ein weiteres Problem zeigte sich in der Benutzung der neuen Wege zum Abtransport der Bodenschätze. Während vor der Flurbereinigung nur wenige und oft schlechte Wege vorhanden waren, die durch den Transportverkehr zum Teil sogar Verbesserungen erfuhren, waren besonders die neuen befestigten Wirtschaftswege durch den Schwerlastverkehr gefährdet. Für die Abbauunternehmen bedeutete die Benutzung der neuen Wege eine zusätzliche Kostenbelastung im Hinblick auf deren Schutz und Erhaltung, besonders auch wegen möglicher Ersatzforderungen durch den Unterhaltungspflichtigen.

### 7.2 Belastungen durch Rechte

Die Wahrung der Ausbeuterechte führte zur Neubegründung zahlreicher Rechte im Flurbereinigungsplan und damit zur Belastung der Grundbücher. Darüber hinaus stellen die Rechte und insbesondere die damit verbundenen Auflagen Belastungen für die Rechtsinhaber und die Grundstückseigentümer dar. Besonders die mit den Rechten verbundenen Verpflichtungen lassen vermehrte Auseinandersetzungen zwischen den Betroffenen erwarten. Dabei dürfte den Grundstückseigentümern zur Sicherung ihrer Ansprüche das höhere Prozeßrisiko zufallen.

## 8. Fazit

Die Durchführung einer Flurbereinigung in Bereichen mit oberflächennahen Bodenschätzen wirft zahlreiche Probleme auf. Art und Umfang der Bodenschätze bestimmen wesentlich die Neugestaltungsmöglichkeiten im Flurbereinigungsgebiet. Bodenschätze, deren Ausbeutung nicht abschätzbare Veränderungen an den Grundstücken erwarten lassen, bewirken bedingte Abfindungen und verhindern damit den Zusammenlegungserfolg.

Die Sicherung von Ausbeuterechten und auch der Schutz der mit Rechten belasteten neuen Grundstücke vor ausbeutebedingten Nachteilen erfordern entsprechende Regelungen im Flurbereinigungsplan mit grundbuchlicher Sicherung. Sie bedingen damit einen erhöhten Verwaltungsaufwand. Die mit der Durchsetzung der Rechte verbundenen Lasten und Kosten

fallen den Rechtsinhabern bzw. Grundstückseigentümern zu. Eine Flurbereinigung in Gemarkungen mit Bodenschätzen sollte deshalb nur dann durchgeführt werden, wenn der Anteil der Grundstücke mit Bodenschätzen gering ist, Art und Umfang der Bodenschätze mit relativ geringem Aufwand feststellbar und die Auswirkungen der Ausbeutung auf die Grundstücke und damit für die neuen Eigentümer absehbar sind.

## **Wasserwirtschaft und Technik in der Flurbereinigung \*)**

von Ministerialdirigent Felix Zillien, Mainz

### **1. Einführung und Begrüßung**

Ich eröffne die Tagung des höheren technischen Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz und begrüße Sie hier in St. Martin.

Es freut mich, daß die Einladung zu dieser Tagung eine so gute Resonanz gefunden hat und viele der Einladung gefolgt sind. Ich darf schon jetzt der 2-tägigen Veranstaltung einen guten Verlauf wünschen.

Mein besonderer Willkommensgruß gilt den Gästen aus unserem Partnerland Thüringen, die wir gerne im Rahmen kollegialer und partnerschaftlicher Hilfe bei ihren neuen Aufgaben der Landentwicklung und Flurneuordnung unterstützen wollen.

Es ist sicherlich eine große Herausforderung, die nicht kurz- oder mittelfristig gemeistert werden kann. Es werden mit Sicherheit mehrere Jahre vergehen, bis die Flurneuordnungsämter sowohl personell als auch finanziell und in bezug auf die technische Ausrüstung in die Lage versetzt sein werden, die bodenordnerischen Probleme rechtlicher und tatsächlicher Art zügig und reibungslos bewältigen zu können.

### **2. Ziele wasserwirtschaftlicher Maßnahmen in der Flurbereinigung**

Der heutige erste Tag steht unter dem Hauptthema "Wasserwirtschaftliche Maßnahmen in der Weinbergsflurbereinigung". Ich will den Themen nicht vorgreifen, sondern mich lediglich auf einige wenige einführende Aussagen beschränken.

Bei der ländlichen Bodenordnung - allerdings nicht nur bei ihr - muß es zunehmend zum wesentlichen Bestandteil der Planungen und Ausführungen heranreifen, daß das von Natur dargebotene Wasser eine elementare Voraussetzung für Leben und Gesundheit sowie für die Erhaltung und Entwicklung vieler Wirtschaftsbereiche darstellt. Es ist daher eine wichtige Aufgabe von Gegenwart und Zukunft, das Wasser in allen Regionen, nicht zuletzt auch im ländlichen Raum, sehr haushälterisch zu bewirtschaften. Da die Gewässer vielfach bereits in ihren Oberläufen durch vielfältige Ansprüche und Einflüsse stark beeinträchtigt wurden, ist es eine wichtige Aufgabe, die Gewässer vor Belastungen zu schützen. Hierzu kann auch die ländliche Bodenordnung einen Beitrag leisten. Der Wasserwirtschaft innerhalb von Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz und der intensiven Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Wasserwirtschaftsverwaltung kommt deshalb eine sehr große Bedeutung zu.

---

\*) gekürzter einführender Vortrag bei der Tagung des höheren technischen Verwaltungsdienstes der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz in St. Martin am 23./24.09.1991

Nicht zuletzt führen in der ländlichen Bodenordnung die gesetzlichen Vorgaben (Wasserhaushaltsgesetz und Landeswassergesetze) zu Gewässergestaltungen, die den Gewässern mehr Raum für die Wahrung und Entwicklung von Biotopfunktionen geben. Nicht Gewässerausbau um jeden Preis heißt die Devise, sondern behutsame und sorgfältige Planung und Ausführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen. Vorhaben der Wasserrückhaltung haben dabei grundsätzlich Vorrang vor Maßnahmen des Gewässerausbaus.

### 3. Gesetzliche Vorgaben des FlurbG

Bei der Durchführung von Flurbereinigungsverfahren ist neben anderen Belangen auch den Erfordernissen der Wasserwirtschaft einschließlich der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Rechnung zu tragen, wie es sich aus § 37 Abs. 2 FlurbG ergibt. Dabei ist es gesetzlicher Auftrag, daß natürliche Gewässer lediglich aus wasserwirtschaftlichen und nicht nur aus vermessungstechnischen Gründen verändert werden dürfen. Im Falle von Veränderungen natürlicher Gewässer aus wasserwirtschaftlichen Gründen hat die rechtzeitige Hinzuziehung von Sachverständigen zu erfolgen (§ 37 Abs. 3 FlurbG). Es ist eine möglichst enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Stellen der Wasserwirtschaftsverwaltung bereits durch den Runderlaß unseres Ministeriums vom 23. Februar 1978 angeordnet worden. Darin ist zwingend vorgeschrieben, daß die notwendige Abstimmung bereits vor der Aufstellung des Wege- und Gewässerplanes mit landschaftspflegerischem Begleitplan zu erfolgen hat.

### 4. Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen

In dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen vom März 1985 "Umweltprobleme der Landwirtschaft" (Bundestagsdrucksache 10/3613 vom 03.07.1985) wird die Schutzbedürftigkeit des Grundwassers nachhaltig betont. Der Sachverständigenrat führt hierzu u.a. aus, daß das Oberflächenwasser am direkten und schnellen Abfluß zu hindern ist, damit es möglichst lange Zeit nutzbar zur Verfügung steht. Neben den ackerbaulichen Maßnahmen zur Verringerung des oberflächlichen Wasserabflusses wird die Zunahme der versiegelten Fläche nach Meinung des Sachverständigenrates auf das notwendigste Maß unbedingt einzuschränken sein. Die Versickerung der Niederschlagswasser soll nach dem Sachverständigenrat durch ausgleichende Maßnahmen gefördert werden. Obwohl die Zusammenhänge zwischen den verschiedenen Maßnahmen und ihren Auswirkungen auf den Wasserhaushalt seit langem bekannt sind, ist nach Meinung des Sachverständigenrates die konsequente Vermeidung nachteiliger Folgen noch keineswegs selbstverständlich. Ohne Rangfolge nach Häufigkeit oder Reichweite faßt der Sachverständigenrat die wesentlichsten landwirtschaftlichen Maßnahmen mit nachteiligen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt wie folgt zusammen (Zitat):

- Durch Umwandlung von Wald und Grünland in Ackerland ergeben sich Beeinträchtigungen für die Grundwasserneubildung, ferner verstärken sich erosionsbedingte Einträge in die Oberflächengewässer.
- Das Befahren der Äcker mit schweren Geräten verdichtet den Boden. Dadurch verringert sich die Einsickerung des Niederschlagswassers, und es kommt zu verstärktem Oberflächenabfluß mit Bodenerosion.
- Feuchtbiotope - auch kleinsten Ausmaßes - werden beseitigt, um den Wirtschaftswert des Bodens zu erhöhen. Gleichzeitig werden stark nährstoffhaltige Dränwässer abgeführt.
- Abflußverbesserung durch Kanalisierung oder Verrohrung kleinerer Gewässer zerstört ihre Funktion als Lebensraum. Sohlen und Ufer der Gewässer werden bevorzugt durch technische Maßnahmen befestigt, statt sie durch Lebendverbau zu sichern.

- Ausbauten kleinerer Wasserläufe im Zuge von Flurbereinigungen erfolgen ohne Berücksichtigung der Dynamik des fließenden Wassers, was auf einer längeren Fließstrecke wechselweise zu Uferabbrüchen, Überschwemmungen oder Sohlenvertiefungen mit Grundwasserabsenkungen führt.
- Umwandlung von Grünland in Ackerland führt in Hochwasserabflußgebieten bei Hochwasser zu verstärkter Erosion und zu einer bedenklichen Verschlechterung der Qualität."

Der Sachverständigenrat fordert daher nachhaltig, soweit es um wasserwirtschaftliche Ausbaumaßnahmen geht, restriktive Anweisungen beim Gewässerausbau.

## 5. Auswirkungen auf die Verwaltungsvorschriften

Wir haben in Rheinland-Pfalz bereits durch die Verwaltungsvorschrift über die Förderung der Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz vom 11.04.1980, insbesondere seit deren Änderung vom 14.10.1988, diesen restriktiven Anweisungen Rechnung getragen. So ist beispielsweise hinsichtlich von Dränungen angeordnet worden, daß diese nur dann vertretbar sind, wenn sie dazu dienen, gemäß § 44 Abs. 3 FlurbG Landabfindungen in möglichst großen Grundstücken zu ermöglichen und soweit dadurch keine negativen Folgen für die Wasserwirtschaft zu befürchten sind. Grundsätzlich sind Dränungen dann zu unterlassen, wenn zwingende Gründe des Naturschutzes und der Landschaftspflege entgegenstehen.

Im übrigen sieht der Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" bei der Durchführung agrarstruktureller Maßnahmen vor, daß die Entwässerung und der Umbruch von Grünland, die Umwandlung von Grünland in Acker und ggf. dessen anschließende Entwässerung grundsätzlich nicht mehr gefördert werden dürfen.

Nach der Verwaltungsvorschrift zur Förderung der Flurbereinigung - wie bereits oben zitiert - sind die Räumung und der Ausbau von Gewässern nur dann als Ausführungskosten im Sinne von § 105 FlurbG zuwendungsfähig, wenn diese Maßnahmen tatsächlich zur Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes notwendig sind und dem wohlverstandenen Interesse der Teilnehmer dienen (§ 37 Abs. 1 i.V. mit § 19 Abs. 1 FlurbG).

Hintergrund für die restriktive Ausführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen bei der Flurbereinigung ist der geänderte Rahmen in den Wassergesetzen. Bereits im Landeswassergesetz i.d.F. vom 04.03.1983 von Rheinland-Pfalz wurde bei Ausbau und Unterhaltung der Gewässer ein möglichst naturnaher Zustand des Gewässers gefordert. Ferner ist die biologische Wirksamkeit der Gewässer zu erhalten und zu fördern. Maßnahmen der Wasserrückhaltung sollen grundsätzlich Priorität gegenüber Maßnahmen des Gewässerausbaus haben. Bereits 1983 wurde im Landeswassergesetz die Wahrung der Belange des Naturhaushaltes bei der Gestaltung und Bewirtschaftung der Gewässer ausdrücklich neu aufgenommen.

## 6. Verringerung der Ausbaumaßnahmen

Entsprechend diesen wasserwirtschaftlichen Zielsetzungen und Grundsätzen haben sich die Ausbaumaßnahmen im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren deutlich verringert, und zwar gleichermaßen beim Gewässerausbau als auch bei Dränungen und der Planierung:

- Während bis etwa 1980 die jährliche Gewässerausbaulänge - bezogen auf 100 ha Verfahrensfläche - bei annähernd 600 lfdm lag, ist diese von 1981 bis 1990 auf jährlich rd. 290 lfdm pro 100 Hektar Verfahrensfläche zurückgegangen. Das entspricht einer Reduzierung um rd. 52 %.

- Die Fläche der Dränungen lag bis 1970 im Durchschnitt bei 6,5 ha bezogen auf 100 ha Verfahrensfläche. Die Dränfläche ging stetig zurück und betrug im Durchschnitt der 80er Jahre (1981 - 1990) nur noch rd. 2,2 ha bezogen auf 100 ha Verfahrensfläche. Das ist ein Rückgang um 66 %.
- Die Planierungsmaßnahmen im Rahmen von Weinbergsflurbereinigungen gingen seit 1975 bis heute (vor 1975 wurden diese statistisch noch nicht erfaßt) von durchschnittlich rd. 55 ha bezogen auf 100 ha Verfahrensfläche auf knapp 28 ha bezogen auf 100 ha Verfahrensfläche zurück, also um rd. 50 %.

#### 7. Rückgang der eingesetzten Finanzierungsmittel

Durch diese wenigen Zahlen wird deutlich, daß vor dem Hintergrund des gestiegenen Natur- und Umweltbewußtseins im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren eine ausgeprägte Wandlung bei den Ausbaumaßnahmen eingetreten ist. Dies kann auch anhand von Entwicklungen bei den Ausführungskosten (§ 105 FlurbG) nachgewiesen werden. Hierzu nur wenige Zahlen:

- Bis 1980 wurden im Jahresdurchschnitt mit einem Kostenaufwand von 8,6 Mio DM Gewässerausbaumaßnahmen in der Flurbereinigung durchgeführt. Seit 1981 bis 1990 ging der durchschnittliche jährliche Kostenaufwand beim Gewässerausbau (trotz gestiegener Baukosten) auf 5,6 Mio DM zurück, was rd. 35 % entspricht.
- Die durchschnittlichen jährlichen Dränungskosten bis 1980 lagen bei 5,4 Mio DM. Im Durchschnitt von 1981 - 1990 ging das Kostenvolumen auf rd. 3,0 Mio DM oder um rd. 43 % zurück.

Mit diesen einleitenden Ausführungen will ich abschließen und Herrn LBD Fischer um sein Referat bitten.

## **Grundsätze der Planung und Ausführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen in Weinbergsflurbereinigungsverfahren in Rheinhessen-Pfalz aus der Sicht der Wasserwirtschaftsverwaltung \*)**

von Leitendem Baudirektor Fischer, Neustadt

### 1. Einleitung

Wasserwirtschaft und Flurbereinigung haben - obwohl sie unterschiedliche Bereiche abdecken - doch zumindest eines gemeinsam: In beiden Fachbereichen wird etwas geordnet.

---

\*) Vortrag bei der Tagung des höheren technischen Verwaltungsdienstes am 23./24. Sept. 1991 in St. Martin



Die Flurbereinigung wird in erster Linie durchgeführt, um Grund und Boden zur Verbesserung der Arbeits- und Produktionsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft sowie zur Förderung der allgemeinen Landeskultur und Landentwicklung nach neuzeitlichen betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu ordnen.

Wasserwirtschaft ist nach DIN 4049 definiert als "zielbewußte Ordnung aller menschlichen Einwirkungen auf das ober- und unterirdische Wasser".

Bis etwa 1960 war der Kulturbau, die allgemeine Wasserwirtschaft, ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Wasserwirtschaftsverwaltung. Gewässerausbau, Meliorationen, Dränungen und Hochwasserschutzmaßnahmen dienten vor allem der Landwirtschaft zur Sicherstellung der Ernährung nach dem 2. Weltkrieg. Nachdem diese politische Zielsetzung erfüllt war, spielten derartige Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft im Bereich der Wasserwirtschaftsverwaltung nur noch eine untergeordnete Rolle. Bei der Mitwirkung der Wasserwirtschaftsverwaltung im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren berühren sich die Interessengebiete wieder.

## **2. Rechtliche Grundlagen der Zusammenarbeit**

Die Grundlage der Zusammenarbeit der Flurbereinigungsbehörden mit der Wasserwirtschaftsverwaltung bildet § 37 Absatz 2 FlurbG, demzufolge bei der Neugestaltung des Flurbereinigungsgebietes u.a. die Erfordernisse der Wasserwirtschaft einschließlich Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung zu wahren sind. Gemäß § 37 Absatz 3 FlurbG darf die Veränderung natürlicher Gewässer nur aus wasserwirtschaftlichen Gründen unter rechtzeitiger Zuziehung von Sachverständigen (StAWA) erfolgen.

Die im Rahmen von Bodenordnungsverfahren geplanten Maßnahmen können die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse beeinflussen und wasserwirtschaftliche Folgemaßnahmen erforderlich machen. Andererseits können die Vorteile der Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz hervorragend für die Durchsetzung wasserwirtschaftlicher Planungen verschiedener Träger genutzt werden. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit zwischen Flurbereinigungs- und Wasserwirtschaftsbehörden. Um dieser Erkenntnis Rechnung zu tragen, wurde die Zusammenarbeit mit Rundschreiben des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Umweltschutz vom 23.02.1978 auf mehrere Stationen des Planungsablaufes bezogen fixiert (Unterrichtung und Anhörung vor der Anordnung, Abdruck des Flurbereinigungsbeschlusses, Vorbereitung des Termines nach § 38 FlurbG, Termin nach § 38 FlurbG, Beteiligung bei der Aufstellung des Planes nach § 41 FlurbG, fachaufsichtliche Prüfungen, Termin nach § 41 FlurbG, Planfeststellung, Plangenehmigung, Übergabe in die Aufsicht der allgemeinen Verwaltung, Berichtigung des Wasserbuches).

## **3. Ausgangslage**

Die Gewässer in der Bundesrepublik befinden sich heute größtenteils in einem naturfernen Zustand. Sowohl ihre "Kultivierung" als auch die Behandlung der Landschaft insgesamt haben primär unter dem Vorzeichen gestanden, menschliche Nutzungen zu ermöglichen. Das hat dazu geführt, daß viele Gewässer als Lebensraum für Tiere und Pflanzen kaum noch geeignet sind. Deshalb ist es nicht ausreichend, zukünftige Gewässerausbauten so durchzuführen, daß durch sie der Naturhaushalt nicht weiter geschädigt wird, sondern es sind gezielte Veränderungen zur Aufwertung von naturfernen Gewässern erforderlich.

## **4. Wandel des Wasserrechts**

Aufgabe des Wasserrechtes ist es, die "haushälterische Bewirtschaftung" des Wassers zu lenken.

Sicher ist zutreffend, daß bei der Entstehung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und auch des Landeswassergesetzes Rheinland-Pfalz ökologische Gesichtspunkte - wenn überhaupt - nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben. Als Begründung der Bewirtschaftungserfordernisse wurde die Bedeutung des Wassers für menschlichen Konsum vorangestellt. Das Wasser wurde also primär als unter den Menschen zu verteilende Ressource und weniger als Lebensraum und Bestandteil des Naturhaushaltes angesehen. Diese Einstellung änderte sich jedoch zunehmend bis zur 5. Novellierung des WHG (1986). So wurde mit ihr das Ziel verfolgt, die Möglichkeiten zu vorsorgendem Gewässerschutz zu verbessern, um "Gefahren für die Umwelt bereits im Ansatz unterbinden" zu können. In § 1a WHG wird daher die Erhaltung bzw. Wiederherstellung eines naturnahen Gewässerzustandes zum Schutze der Natur um ihrer selbst Willen gefordert.

Auch im Bewußtsein der Gesellschaft hat sich die Natur wegen der zunehmenden Industrialisierung, Umweltverschmutzung und Ressourcenverknappung zu einem labilen, schutzwürdigen Gefüge gewandelt. Die Natur wird nicht mehr uneingeschränkt als Ressource zur Vermehrung menschlichen Wohlstandes, sondern auch als Bedingung des Wohlbefindens angesehen. So ist die Bereitschaft gewachsen, Mittel zur Erhaltung der Natur aufzuwenden. Die Natur ist somit ein Konkurrent auf dem Nachfragemarkt für Ressourcen geworden. Dies gilt in besonderem Maße für das Wasser: "Seele des Menschen, wie gleichst du dem Wasser"(Goethe)!

Ziel der Wasserwirtschaft kann es darum nicht sein, ausschließlich dafür zu sorgen, daß Wasser für den menschlichen Ver- und Gebrauch uneingeschränkt zur Verfügung steht. Es ist davon auszugehen, daß auch der "Naturschutz" ein wesentliches Ziel der Wasserwirtschaft ist.

## **5. Flurbereinigung und Wasserwirtschaft**

### **5.1 Beeinträchtigungen der Wasserwirtschaft**

Zahlreiche Maßnahmen der Flurbereinigung bewirken bekanntermaßen eine Änderung im Abfluß des Niederschlagswassers und damit in den Gewässern. Durch Ausbau und Befestigung von Wirtschaftswegen - insbesondere mit undurchlässiger Fahrbahnfläche -, Drehung der Bewirtschaftungs- bzw. Bearbeitungsrichtung in das Hanggefälle, Beseitigung von abflußlosen Geländemulden, Versteilung des Geländes u.a. wird weniger Niederschlagswasser im Gelände gehalten und die Grundwassererneuerung beeinträchtigt. Das Oberflächenwasser fließt schneller und mit größeren Abflußspitzen ab und könnte ohne geeignete Gegenmaßnahmen bei Hochwasser die Unterlieger durch Überschwemmungen und Erosionsschäden beeinträchtigen.

### **5.2 Wasserwirtschaftliche Ziele in der Flurbereinigung**

Wasserwirtschaftliche Ziele in der Flurbereinigung können stichwortartig wie folgt festgehalten werden:

- Hochwasserschutz im Bereich bedeutender Schutzgüter,
- naturnaher Ausbau "kultivierter" Gewässer ("Renaturierung") und zu schaffender Gewässer,
- Förderung der Grundwassererneuerung
- Verminderung des Stoffeintrages (Nährstoffe, Pestizide, Boden) und der Erosion,
- Förderung der Wasserrückhalte- und Speicherfähigkeit in der Landschaft,
- Schutz temporärer Gewässer (welche oftmals der schädlichen Bodennässe zugeordnet werden),
- Schaffung, Erhaltung und Sicherung von Lebensräumen in und an Gewässern,

- Verbesserung des Selbstreinigungsvermögens (Beschattung, Sauerstoffeintrag, natürliche Gewässersohle),
- Schaffung eines Mosaiks von Klein(st)gewässern,
- Flächenbereitstellung für Vorhaben der Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Abfallentsorgung,
- Planfeststellung der wasserwirtschaftlichen Planungen Dritter, sofern deren Auswirkungen auf das Flurbereinigungsgebiet beschränkt bleiben.

Zudem ist zu beachten, daß das Niederschlagswasser z.T. großer Außeneinzugsgebiete manchmal noch örtlichen Kanalisationssystemen älteren Herstelldatums zugeführt wird. Nach den Regeln der Technik ist dieses Außengebietswasser - auch Fremdwasser genannt - bei Mischkanalisation nicht in die Ortskanalisation einzuleiten, wodurch Kanalisation und Kläranlage entlastet werden. Große, hängige Außengebiete tragen oft auch wesentlich zur Hochwassergefährdung in der Ortslage bei, da die Abwasserkanäle in der Regel nur für ein jährliches Niederschlagsereignis bemessen sind. Meist kann dieses Problem in der Zuständigkeit der jeweiligen Gebietskörperschaft nur im Rahmen von Flurbereinigungsverfahren befriedigend gelöst werden. Sofern die Teilnehmergeinschaft durch Eingriffe oberhalb der Ortslage die Hochwassergefährdung erhöht hat, sind mit ihrer Beteiligung oder in ihrer Trägerschaft geeignete Abhilfemaßnahmen zu planen.

Das mit Rundschreiben des MLWF vom 18.05.1990 verbindlich eingeführte "Handbuch zur Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen in der Flurbereinigung -HPF -" enthält auch wasserwirtschaftliche Aspekte und Regelungen, die zu beachten sind!

## **6. Besonderheiten der Weinbergsregionen in Rheinhessen-Pfalz**

### **6.1 Klima und Boden**

Sowohl die Vorderpfalz als auch Rheinhessen zählen zu den wärmsten und trockensten Regionen Deutschlands (insbes. der alten Bundesländer). Die Jahresniederschlagshöhe, die im Mittel in Deutschland ca. 660 mm/a beträgt (Eifel z.T. über 1000 mm/a), sinkt hier vielfach auf Werte um 500 - 550 mm/a. Jedoch ist dieses Gebiet häufig von Starkniederschlägen betroffen, welche in kurzer Zeit gewaltige Wassermengen talwärts fließen lassen. Nach REINHOLD beträgt die Spende des jährlich einmal auftretenden, 15 Minuten anhaltenden Berechnungsregens  $r(15)195$  bis  $105 \text{ l/s*ha}$ . Nach jüngeren Auswertungen können lokal jedoch Regenspenden von ca.  $130 \text{ l/s*ha}$  auftreten. Niederschlagsereignisse mit 40 mm Niederschlag in 15 Minuten sind nicht selten. Dieser Sachverhalt wird in seiner Wirkung durch die wenig abflußhemmenden Weinberge erheblich gesteigert. Glücklicherweise setzt sich die zumindest teilweise Begrünung der Weinbergszeilen seit einigen Jahren zunehmend durch, wobei gleichzeitig auch die Erosionsgefährdung gemindert wird. Besonders groß ist diese in Bereichen mit fruchtbaren Lößauflagen wie im Raum Guntersblum, wo hohe, steile Lößböschungen und tiefe Hohlwege das Bild der Landschaft prägen.

Die Begrünung von Weinbergszeilen verhindert Erosionsschäden, erhöht die Befahrbarkeit des Bodens, verringert die Bodenverdichtung, bindet einen Teil der durch mineralische Düngung eingebrachten Nährstoffe und baut Pflanzenschutzmittel ab. Dies ist vor allem bei Weinbergsflurbereinigungen in Wasserschutzgebieten von erheblicher Bedeutung. Das Problemfeld "Nitrat und Pestizide im Grund- und Trinkwasser" wird künftig noch mehr Aufmerksamkeit erfordern. Das Erfassen dieser Zusammenhänge durch die Winzer bereitet - wohl auch bedingt durch deren wirtschaftliche Situation - noch zu häufig Schwierigkeiten. Neben den landwirtschaftlichen Beratungsstellen können auch die Mitarbeiter der Flurbereinigungsbehörden vor Ort auf diese Problematik hinweisen und dadurch Überzeugungsarbeit zur Begrünung der Rebzeilen leisten. Auch dies kann ein aktiver Beitrag des Einzelnen zum Umweltschutz bzw. zur Daseinsvorsorge sein.

## 6.2 Rutschungen

Eine weitere Besonderheit mit auch wasserwirtschaftlicher Tragweite sind die vor allem in Rheinhessen in nassen Jahren häufig vorkommenden Hangrutschungen. Ein beträchtlicher Teil der Hanglagen wurde vom Geologischen Landesamt als eindeutig oder potentiell rutschgefährdet ausgewiesen.

Die Beobachtungen an Rutschhängen ergaben, daß Massenbewegungen dort stattfinden, wo eine oder mehrere der folgenden Bedingungen auftreten:

1. Tone und Schluffe (Oligozäne Pelite) werden durch einen Grundwasserleiter (Aquifer) überlagert,
2. sie sind verwittert,
3. sie weisen Feinsandlagen auf (im Volksmund "Schleich"),
4. die Schichten fallen talwärts ein.

Besonders instabil sind Hänge, die von pleistozänen Fließerden und/oder Rutschmassen mit vorgegebenen Gleitflächen bedeckt sind.

In Rutschgebieten sollen Massenumlagerungen durch Planierungen und Wegebau weitgehend unterbleiben. Bei der Planung der Maßnahmen zur Oberflächenentwässerung ist besonders umsichtig vorzugehen, die Anlage von Sickeranlagen ist zu unterlassen. Gegebenenfalls können Tiefdrainagen mit Steinfüllung parallel zum Hanggefälle geplant werden, wenn die potentielle Gleitschicht zur Entwässerung mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand durchstoßen werden kann. Von oberflächennahen Drainagen zur Minderung der Rutschgefährdung ist abzusehen, da diese bei Zerstörung durch Kriechverformungen des Untergrundes die Gefahr von Rutschungen verstärken können.

## 6.3 Räumung der Weinberge

Bei der Weinbergsflurbereinigung wird mit Beschluß der eigenständigen Aufbaugemeinschaft i.d.R. das gesamte Flurbereinigungsgebiet von Reben geräumt, was für die Planung der gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen und für die Gestaltung der Abfindung äußerst vorteilhaft ist. Nachteilig wirkt sich dies jedoch aus, weil für einen Zeitraum von ca. 3 Jahren das Gelände weitgehend unbedeckt und somit sehr labil, d.h. auch wasserwirtschaftlich instabil ist. Insbesondere in diesem Zeitraum wirken sich die genannten Starkniederschläge sowohl im Hinblick auf die Abflußmenge als auch auf die Höhe des erosiven Bodenabtrages sehr nachteilig und oftmals folgenschwer für Unterlieger aus.

## 6.4 Abschnittsweise Bearbeitung

Um die wirtschaftlichen Nachteile, die den Teilnehmern durch Räumung, Wiederbestockung und Ertragsausfall (i.A. 3 Jahre) entstehen, auf ein hinnehmbares Maß zu reduzieren, werden die Weinbergsflurbereinigungsverfahren in einzelnen Projekten, d.h. Abschnitten bearbeitet. Hieraus ergibt sich aber die Notwendigkeit, zuvor einen Gesamtplan zu erstellen, um die Zusammenhänge eines größeren Gebietes zu berücksichtigen und Fehlplanungen zu vermeiden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß der Gesamtplan bei Änderungen in den einzelnen Projekten überarbeitet wird, da ansonsten in den anschließenden Abschnitten Probleme auftreten können, die u.U. nur schwer lösbar sind.

Bei der großräumigen Betrachtung durch den Gesamtplan ist aufgrund der Funktion einer "Weichenstellung" besonders sorgfältig vorzugehen. Er bietet die Chance, Problemstellungen frühzeitig zu erkennen und Gestaltungsmöglichkeiten zu realisieren (z.B. "Renaturierung" in der Trägerschaft Dritter), die oftmals eine längere Planungsphase beanspruchen. Aus wasser-

wirtschaftlicher Sicht ist auf die Planung der Linienführung der Fließgewässer (einschl. Überlegungen über wünschenswerte Renaturierungen) und die Standorte für Regenrückhaltebecken besonders zu achten. Hierbei kommt auch der Reihenfolge der einzelnen Aufbauabschnitte eine besondere Bedeutung zu. Es ist z.B. nicht vertretbar, deutliche Beeinträchtigungen der Wasserführung erst in einem nach mehreren Jahren folgenden Projekt auszugleichen. Auch sollte ein Gewässer im Oberlauf nicht ausgebaut werden, welches im Unterlauf keine hydraulisch befriedigende Fortführung aufweist.

## 7 Ausbaumaßnahmen

### 7.1 Ausbau von Fließgewässern

Gebräuchlich ist die Bezeichnung "Vorfluter". Der Begriff "Vorflut" bezeichnet gemäß DIN 4049 die Möglichkeit des Wassers mit natürlichem Gefälle oder durch künstliche Hebung abzufließen. "Vorfluter" ist also eine rein funktionale Begriffsbildung, die eigentlich nur zutreffend ist, wenn ausschließlich diese Funktion angesprochen werden soll (z.B. der X-Bach dient der Dränung oder Kläranlage als Vorflut). Es sollte daher die Legaldefinition des Wasserrechts "Gewässer" bevorzugt werden. Je nach Einzelfall können auch Bezeichnungen wie "Graben" oder "Bach" benutzt werden.

Fachlich zu unterscheiden sind ständig und zeitweilig (vor allem unmittelbar nach Niederschlägen) wasserführende Gewässer. Diese Differenzierung ist hinsichtlich der Gestaltung bei Ausbaumaßnahmen von Bedeutung.

#### 7.1.1 Ständig wasserführende Gewässer

Fließgewässer sind komplexe Ökosysteme mit unterschiedlichen Lebensräumen und Lebensgemeinschaften.

- Wasserkörper und Gewässerbett (aquatischer Bereich),
- Wasserwechselzone (amphibischer Bereich) und
- vom Gewässer beeinflusstes Umland (terrestrischer Bereich)

werden jeweils durch spezifische Faktoren geprägt und weisen dementsprechend unterschiedliche charakteristische Biozöosen auf.

Besonders kennzeichnend für den aquatischen Bereich sind

- Fließgeschwindigkeit und Strömungsmuster,
- Strukturelemente (Kolke, Felsblöcke u.ä.) und Sohlmaterial,
- Licht- und Temperaturverhältnisse,
- Sauerstoffhaushalt,
- Wasserchemismus (z.B. Kalk- und Nährstoffhaushalt, Gewässerbelastung) und Bioproduktion.

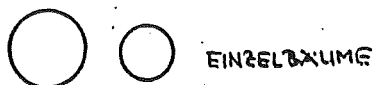
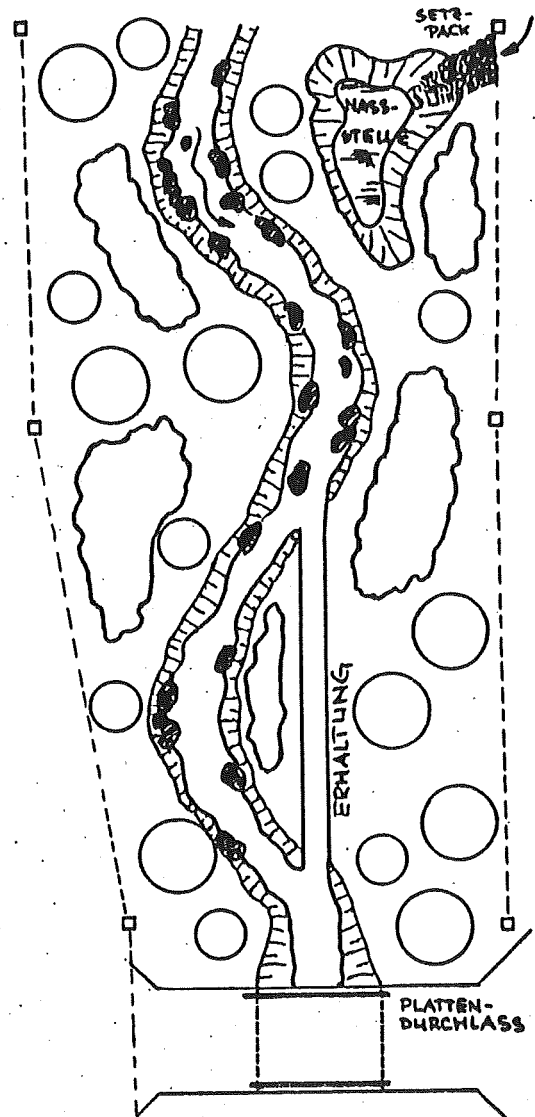
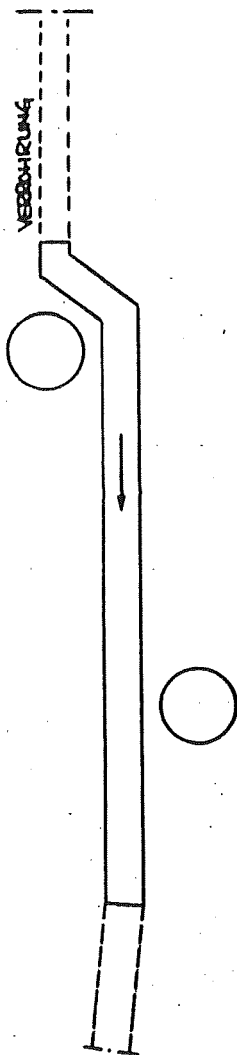
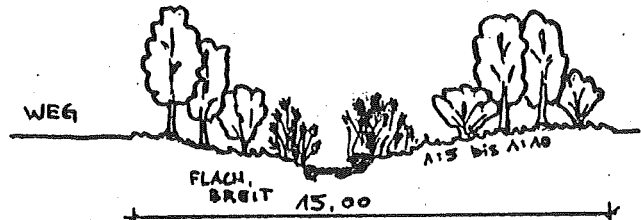
In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft sollte möglichst frühzeitig untersucht werden, ob der Bedarf einer naturnahen Umgestaltung ("Renaturierung") besteht, um ggf. rechtzeitig Möglichkeiten zur Realisierung untersuchen zu können (Interesse der TG, Ausgleich bzw. Ersatz nach 5 LPflG oder 61,62 LWG, Trägerschaft Dritter). Sofern dies nicht der Fall ist, sollte das Gewässer großzügig abgemarkt und ggf. durch Überführung in das öffentliche Eigentum gesichert werden. Weitergehende Ausbaumaßnahmen sollen unterbleiben (vgl. 37 Absatz 3 FlurbG).

NATurnaHER AUSSAU (RENATURIERUNG)

BESTAND



PLANUNG (ENTWICKLUNG)



Die im novellierten Landeswassergesetz ab 01.01.1991 vorgesehene Aufstellung von Gewässerpflegeplänen durch die Gebietskörperschaften kann zukünftig die Durchführung von Gewässerrenaturierungen erleichtern, da dann Notwendigkeit, Standortgegebenheiten, Umfang und Ziele dort schon festgehalten sind.

Sofern eine naturnahe Umgestaltung nach Aufnahme und Bewertung des Zustandes für wünschenswert gehalten wird, bedarf es eines genügend großen Raumes, durch den das Gewässer in naturnaher Bauweise geführt werden kann. Die Breite dieser Parzelle ist abhängig vom Gewässertyp, von der Oberflächengestalt, der Stabilität der Ufer und der angrenzenden Nutzung. Die Breite sollte auf jeder Seite jedoch nicht weniger als 5,00 m betragen. Bei der Gestaltung und Auswahl der Baustoffe ist darauf zu achten, daß die natürliche Weiterentwicklung gewährleistet wird und das Gewässer in Längs- und Querrichtung biologisch durchgängig und mit seiner Umgebung verbunden ist. Der Ausbau sollte die Möglichkeit schaffen, daß sich nach einer (u.U. längeren) Entwicklungsphase eine morphologische Stabilität entwickelt.

Darüberhinaus sind folgende Punkte zu beachten:

- Das Gewässer ist im Längsverlauf und im Querprofil dem natürlichen Zustand des jeweiligen Gewässertyps nachzubilden bzw. sofern eine eigendynamische Entwicklung angestrebt wird, ist eine entsprechende Fläche bereitzustellen.
- Das Gewässer soll nicht mit toten Baustoffen (s. DIN 19657) dauerhaft festgelegt werden. Stattdessen soll die Profilsicherung mit lebenden Baustoffen erfolgen, z.B. Roterlen, Baumweiden und Eschen (ggf. Sohlschwellen). Die natürliche Rauigkeit der Sohle darf nicht verändert werden. Der Charakter des Gewässers soll durch die verwendeten Materialien nicht verfälscht werden.
- Gewässerrandstreifen mit Ufergehölzen, Röhrichten und Staudenfluren sollen vorgesehen werden. Eine Gewässererwärmung durch Sonneneinstrahlung ist zu vermeiden.
- Enge Rohrdurchlässe sind zu vermeiden, da sie u.a. für meisten Tiere als Sperre wirken. Kurze Kreuzungsbauwerke mit offener bzw. vertiefter Sohle sind zu bevorzugen. Vorhandene Verrohrungen sollten beseitigt werden.
- Verzweigte Gewässerabschnitte sind zu erhalten (Wenn Fische oder Amphibien darin überwintern, muß das Wasser zumindest stellenweise über 1,00 m tief sein).
- Die Fließstrecke soll nicht verkürzt werden; bei früherem Ausbau vorgenommene Verkürzungen sind wieder rückgängig zu machen.
- Große Abstürze sind zu vermeiden; rauhe Sohlgleiten mit Störsteinen und ev. seitlich versetzten "Ruhezonen" sind in der Regel günstiger.
- Die Vielfalt an Kleinbiotopen im Wasser und am Ufer muß erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden.
- Der Einbau von Flächenfiltern ist möglichst einzuschränken.
- Das ökologisch günstig wirkende Fließverhalten mit wechselnden Strömungsgeschwindigkeiten ist z.B. durch große Störsteine, wechselndes Gefälle und unterschiedliche Querschnittsgestaltung zu erreichen.
- Nacharbeiten müssen akzeptiert werden, da z.B. die Erle mehrere Jahre benötigt, um ein widerstandsfähiges Wurzel-Grund-System zu bilden (Um Demotivation zu vermeiden, sollte dem Sachbearbeiter bei kleineren "Schadensfällen" nicht persönliches Versagen vorgeworfen werden).

Es gilt, daß Bäche heute grundsätzlich möglichst nicht mehr ausgebaut werden sollen! Hochwassersicherungen in Ortslagen (sofern keine Rückhaltemaßnahmen möglich sind) und Ausbaumaßnahmen zur Renaturierung von Gewässern stellen hierbei Ausnahmen dar.

### 7.1.2 Zeitweilig wasserführende Gewässer

Auch bei dem Ausbau nur zeitweilig wasserführender Gewässer, welche im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz die Mehrzahl bilden, dürfen ökologisch-wasserwirtschaftliche Belange nicht außer acht gelassen werden. Zum Beispiel sollte eine etwaige Befestigung nicht durch Trapezschnitten erfolgen, da dies eine völlig naturferne und damit ungeeignete Ausbaumaße darstellt. Sofern eine Befestigung erforderlich ist, sind weniger naturferne Sicherungsarten zu bevorzugen, z.B. Fertigrasen, Steinschüttung, Setzpack, Sohlschweller u.a.).

Hinsichtlich Linienführung, Material- und Querschnittswahl sind auch landschaftsästhetische Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Der Profillöffel des Baggers sollte der Vergangenheit angehören. Zur Strukturierung der Landschaft und zur Beschattung der Gewässer müssen auch an den nur zeitweilig wasserführenden Gewässern Randstreifen mit Bepflanzung vorgesehen werden.

## 7.2 Regenrückhaltebecken

### 7.2.1 Ausgleich der Wasserführung

Vielfach wird der nach §§ 61,62 LWG erforderliche Ausgleich der Wasserführung ausschließlich auf die Reduzierung der Abflussspitzen bezogen. Tatsächlich ist jedoch auch die Abflusssumme, d.h. das Wasservolumen einer Ganglinie zu berücksichtigen. Durch die Anlage von Regenrückhaltebecken mit Ablauf wird eine Reduzierung der Abflussspitze bewirkt und das gespeicherte Oberflächenwasser dem Gewässer verzögert zugeführt. Letztendlich kommt während des gesamten Abflußgeschehens jedoch mehr Wasser zum Abfluß, als vor Durchführung der beeinträchtigenden Maßnahmen, was u.a. Auswirkungen auf die Grundwasserneubildung und auf Hochwasserereignisse im Unterlauf haben kann.

Für die Planung der gemeinschaftlichen Anlagen bedeutet dies, daß auf die Vermeidung beeinträchtigender Maßnahmen sowie die Planung abflußhemmender oder -verzögernder Maßnahmen in stärkerem Maße zu achten ist. Dies kann u.a. geschehen durch:

- Möglichst Verzicht auf Ausbau von Wegen mit vollflächig undurchlässiger Fahrbahndecke,
- Verzicht auf undurchlässige Gewässerbefestigungen,
- Minimierung von Wasserführungen an Wegen,
- Planung der Bearbeitungsrichtung quer zum Hanggefälle,
- Neuanlage bzw. Verzicht auf Beseitigung quer zum Hang verlaufender Gehölz- und Sukzessionsstreifen u.ä.,
- Vermeidung einer Verteilung des Geländes, z.B. bedingt durch Beseitigung von Böschungen und Mauern sowie Erhaltung kurzer Hangtafeln
- Belassen abflußloser Senken (ggf. Ankauf von Flächen im überwiegend öffentlichen Interesse zur Gestaltung von Feuchtgebieten und Rückhalteflächen),
- Anlage stehender Klein(st)gewässer bzw. Versickerungs- und Verdunstungsbecken,
- Verzicht auf Dränungen und Förderung der Untergrundlockerung zur Bodenmelioration,
- Renaturierung von Gewässern,
- Anlage von unbefestigten Wegen mit geringem Längsgefälle (insbes. i.V.m. Gehölzstreifen u.ä.).

Bei der Planung von Regenrückhaltebecken zum Ausgleich der Wasserführung kommt der Standortwahl eine besondere Bedeutung zu:



1. Es ist anzustreben, daß die Güter mit der größten Bedeutung geschützt werden.
2. An keinem Punkt des Verfahrens dürfen im Zusammenhang mit Maßnahmen der Teilnehmergeinschaft Abflüsse auftreten, die geeignet sind, gravierende Schäden zu verursachen. Dies bedeutet unter anderem, daß bei weitreichenden Änderungen des Entwässerungssystems gegebenenfalls eine Rückhaltemaßnahme zu planen ist, die faktisch auch dem allgemeinen Hochwasserschutz dient.
3. Bei Abfluß des Oberflächenwassers zu räumlich getrennten Gewässern sind u.U. mehrere Regenrückhaltungen zu planen.
4. Die Planung darf nicht ohne Berücksichtigung der Gegebenheiten des Einzugsgebietes erfolgen, d.h. wenn ein zum Ausgleich erforderlicher Stauraum von z.B. 1400 m<sup>3</sup> ermittelt wurde, soll dieser nicht an einem Standort verwirklicht werden, an welchem tatsächlich z.B. 2500 m<sup>3</sup> erforderlich sind. In solch einem Fall ist - sofern keine Beteiligung Dritter erfolgt - entweder ein anderer Standort zu wählen oder in der Trägerschaft der Teilnehmergeinschaft ein größeres Regenrückhaltebecken zu planen.

#### 7.2.2 Allgemeiner Hochwasserschutz

Sofern gravierende Probleme beim Abfluß von Hochwässern bereits vor der Flurbereinigung bestehen, sollte eine Maßnahme unter Beteiligung Dritter (Gemeinde, Verbands-gemeinde) angestrebt werden, wobei sich die Trägerschaft nach dem Anteilsverhältnis richten kann.

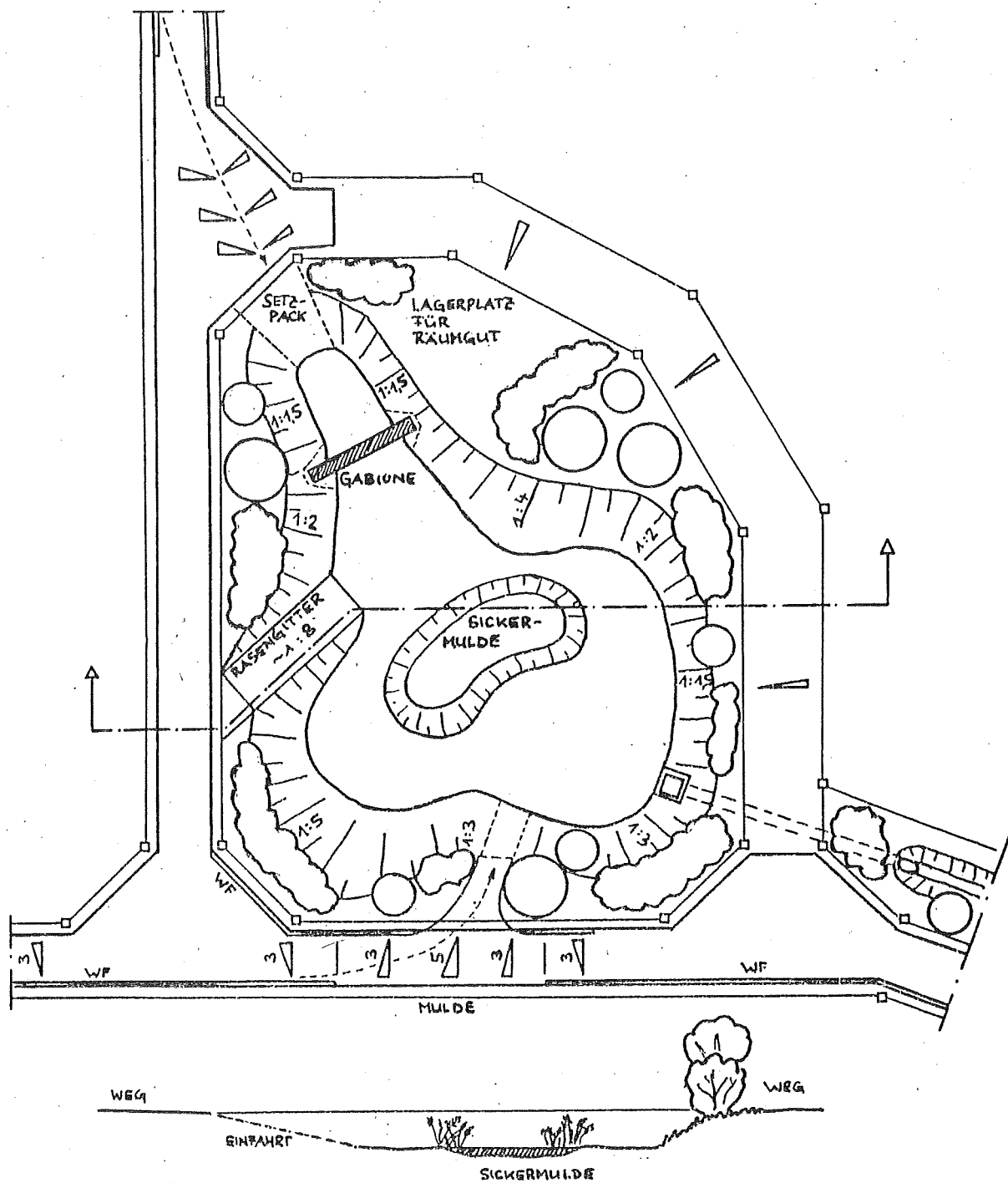
Die Verteilung der Kosten erfolgt analog zu dem im Schreiben des MLWF vom 19.01.1980 beschriebenen Verfahren zur Ermittlung nicht förderungsfähiger Kosten nach den Förder-richtlinien der Wasserwirtschaftsverwaltung, wobei der Anteil der Teilnehmergeinschaft ermittelt wird mittels

- fiktiver Investitionskosten des besonderen Wassernutzers (TG)
- fiktiver Investitionskosten der Gebietskörperschaft und
- tatsächlicher Kosten der gemeinsamen Anlage.

Nach den Förderrichtlinien der Wasserwirtschaftsverwaltung ist eine Förderung von Ausgleichsmaßnahmen durch Zuschüsse je nach Bedeutung bis zu 50 % oder bis zu 80 % (bei überörtlichen Maßnahmen) der zuwendungsfähigen Kosten möglich. Die Anträge der Gebietskörperschaft sind bei dem Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft zu stellen und über die Bezirksregierung an das Ministerium für Umwelt zu richten.

Die geplante Maßnahme ist spätestens ein Jahr vor Beginn des Jahres, in welchem mit den Maßnahmen begonnen werden soll, beim Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft für das Förderprogramm anzumelden. Der Antrag auf Gewährung einer Zuwendung ist spätestens 6 Monate vor Beginn des Ausbaujahres beim Staatlichen Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft einzureichen. Zu diesem Zeitpunkt müssen die wasserrechtlichen und sonstigen rechtlichen Voraussetzungen für den Bau und Betrieb der Anlage des Gewässers erfüllt sein.

Diese Vorschriften machen deutlich, daß zur Vermeidung von Verzögerungen im Verfahrensablauf der Flurbereinigung eine enge Zusammenarbeit von Kulturamt und Gebietskörperschaft nötig ist.



### 7.2.3 Bemessung und Gestaltung

Die Bemessung der Regenrückhaltebecken erfolgt für kleine Einzugsgebiete z.Zt. mittels vereinfachter, rationeller Verfahren. In Kürze soll ein modernes und komfortables Verfahren des Landesamtes für Wasserwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich hierbei um ein Niederschlags-Abfluß-Modell auf EDV-Basis.

Die Wahl der Jährlichkeit, d.h. die Wiederholungszeitspanne zur Bemessung des Stauraumes erfolgt in Abhängigkeit von den bedrohten Schutzgütern nach DIN 19700 Teil 12, z.B. für

- hochwertig bebaute Gebiete  $T_n = 100$  Jahre,
- übrige bebaute Gebiete und überörtliche Verkehrsanlagen  $T_n = 50-100$  Jahre,
- Einzelbauten und Verkehrsanlagen  $T_n = 25-50$  Jahre.

Die Häufigkeit des Ereignisses für die Bemessung der Hochwasserentlastungsanlage wird nach dem Schreiben des MLWF vom 05.01.1981 festgelegt. Auf eine Hochwasserentlastungsanlage kann grundsätzlich nicht verzichtet werden, weil ein Überströmen des Absperrdammes zu dessen Zerstörung führen kann. Die Hochwasserentlastungsanlage ist bei kleinen Becken für ein 100-jährliches Ereignis auszulegen, wenn menschliche Ansiedlungen gefährdet sind.

Der Freibord zwischen höchstem Stauziel und Dammkrone soll mindestens 0,50 m betragen.

Die Regenrückhaltebecken sind weitgehend dem Landschaftsbild anzupassen, d.h. sie sind möglichst nicht tief einzuschneiden und technische Bauwerke möglichst zu vermeiden bzw. deren negativer landschaftsästhetischer Eindruck zu vermindern. Die Form sollte unregelmäßig und die Böschungen mit abwechselnden, jedoch weitgehend flachen Neigungen geplant werden (ggf. Bermen). Sofern kein Dauerstau vorgesehen wird, sollte eine Sickermulde als Kleinstgewässer angelegt werden. In der Regel ist vor dem Regenrückhaltebecken ein Sand- und Geröllfang vorzusehen, um die Unterhaltungsarbeiten diesbezüglich räumlich zu begrenzen.

Die Anlegung von flachen Rückhalteeinrichtungen, z.B. Flachpolder oder Schilfzonen mit Aufstaumöglichkeit sind heute eher durchzusetzen als Rückhaltebecken mit hohen Dämmen.

### 7.3 Sandfänge

Um die Unterhaltung der wasserwirtschaftlichen Anlagen zu erleichtern und zur Vermeidung von Abflußhindernissen durch Ablagerungen werden im hängigen Weinbergsgelände regelmäßig Sandfänge hergestellt. Die Bemessung erfolgt in Anlehnung an die Regeln der Klärtechnik. Es wird hierbei angestrebt, das Korn bis 0,2 mm zurückzuhalten. Die Sandfänge werden als Einzelbauwerke oder im Zusammenhang mit den Regenrückhaltebecken in Erdbauweise, aus Natursteinmauerwerk oder Beton geplant.

### 7.4 Wasserführende Wege

Im Hangbereich werden die meisten befestigten Wege mit Wasserführung geplant, welche das abfließende Oberflächenwasser den Gewässern oder Regenrückhaltebecken zuführen. Bei der Gestaltung der Einlaufbereiche ist mit besonderer Umsicht vorzugehen, da hier

oftmals vermeidbare Ausbaufehler geschehen, welche den Nutzen einer Maßnahme stark herabsetzen können. Bei der Ausführung muß sichergestellt werden, daß das Wasser auch in die Rückhalteanlage bzw. das Gewässer gelangen kann. Ein Nachweis wasserführender Weg nach den Regeln der Gewässerbemessung ist erforderlich, wenn dem Weg als Wasserführung eine besondere Bedeutung zukommt, ein großes Einzugsgebiet oder ein geringes Längsgefälle gegeben ist. Wasserführende Wege mit nahezu ständiger Wasserführung sind auszuschließen; in diesen Fällen ist ein parallel verlaufendes Gewässer anzulegen.

### 7.5 Sicker- und Verdunstungsanlagen

Sicker- und Verdunstungsanlagen sind - außer in Rutschgebieten - als Kleinstgewässer zur Förderung der Grundwassererneuerung und zur Reduzierung der Abflußfülle mehr denn je wünschenswert. Die Planung wird jedoch nur in Ausnahmefällen ohne weiterführende Entwässerungseinrichtung vorgenommen. Befestigte Bereiche sind zu vermeiden bzw. naturnah auszubilden (z.B. Einlaufbereiche durch Setzpack auf Filterschicht sichern).

Im Interesse eines ausgeglichenen Wasserhaushaltes im Flurbereinigungsgebiet sind noch häufiger als bisher abflußlose Sicker- und Verdunstungsmulden oder -becken anzuordnen. Sie haben auch den weiteren großen Vorteil, daß sie unabhängig von Gewässern fast überall im Gelände angelegt werden können, sofern der Boden und die örtlichen Gegebenheiten eine Versickerung zulassen. Der Trend läuft von den großen, zentralen Anlagen zu dezentralen, kleinen und abflußlosen Rückhalteanlagen! Nur dann wird der durch die Flurbereinigungsmaßnahmen in der Regel veränderte oder gestörte Wasserhaushalt zufriedenstellend ausgeglichen und das ansonsten vermehrt abfließende Niederschlagswasser in der Fläche gehalten.

### 8. Beispiele

Die nachfolgenden Beispiele sollen das Thema vertiefen und veranschaulichen:

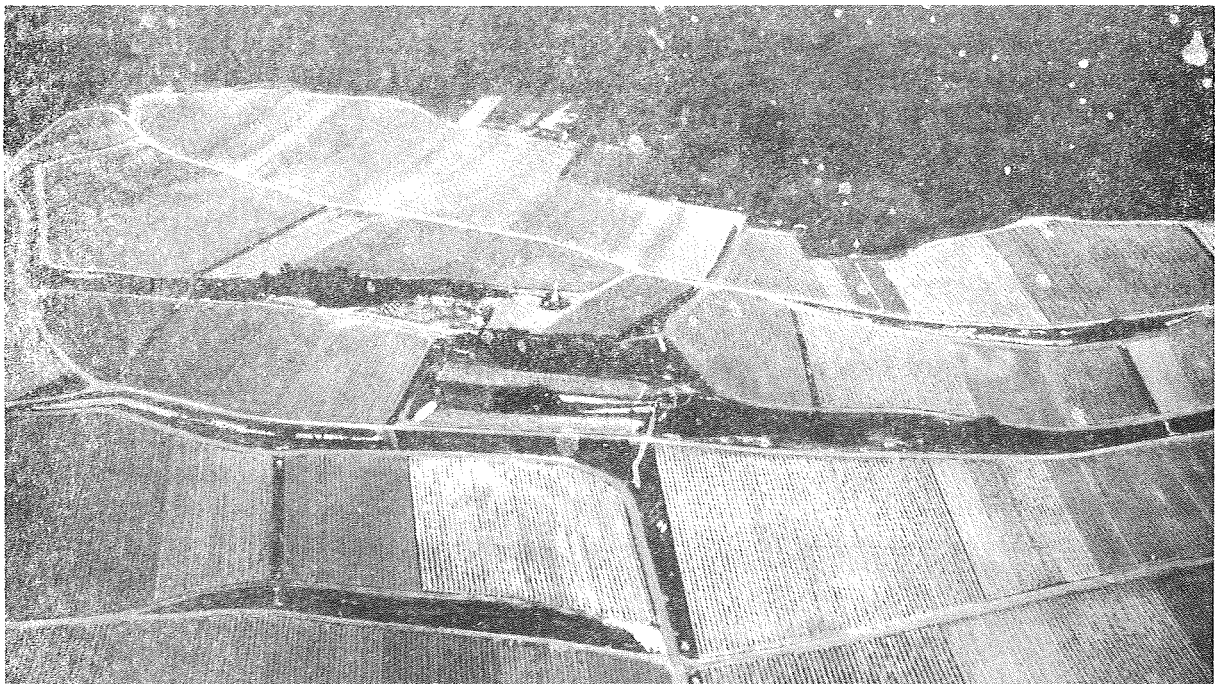


Abb. 1: Weinbergsabschnitt am Haardtrand; abgeräumte Lage; vorhandene Grünzüge quer zum Hang sind auch wasserwirtschaftlich wichtig als "Bremse" für den Oberflächenabfluß.



Abb. 2: Biotopgestaltung mit Wasserflächen und Wasserläufen sowie Hochwasserrückhaltefunktion; gelungene naturnahe Gestaltung.





Abb. 3: Geschwungene Linienführung, Erhaltung des bestehenden Bestandes, wechselnde Böschungsneigungen, keine unangemessene Sicherung des Gewässerbettes.



Abb. 4: Im Entwicklungsstadium; unregelmäßig gestaltete Böschungen, kleine Schwellen im Sohlbereich, wechselnde Querschnitte und leicht geschwungene Linienführung. Gelungene Ausführung!



Abb. 5: Ausbau. Kurz nach der Fertigstellung. Unregelmäßiger Querschnitt bei erhöhter Wasserführung; steilere und flache Böschungen wechseln ab, Querschnittsaufweitung mit Ablagerungen, einzelne große Natursteine am Böschungsfuß. Möglichkeit gewisser Hochwasserrückhaltung. Sehr gelungene Gestaltung.



Abb. 6: Gute Anordnung aus wasserwirtschaftlicher Sicht, in flacherem Bereich des Geländes, gute Gestaltung. Ausgleich für Beeinträchtigungen der Wasserführung durch Maßnahmen der Teilnehmergeinschaft.





Abb. 7: Schlamm- und Sandfang. Dauerstau verdeckt Ablagerungen, die nur in größeren Abständen ausgeräumt werden müssen. Im Hintergrund Überlauf mit niedrigem Rechen zum Hauptbecken.



Abb. 8: Bach wird bei Hochwasser über eine Schwelle zum Vorbecken entlastet. Der Bach führt - wie erwartet - erhebliche Mengen Schlamm und Sand mit.



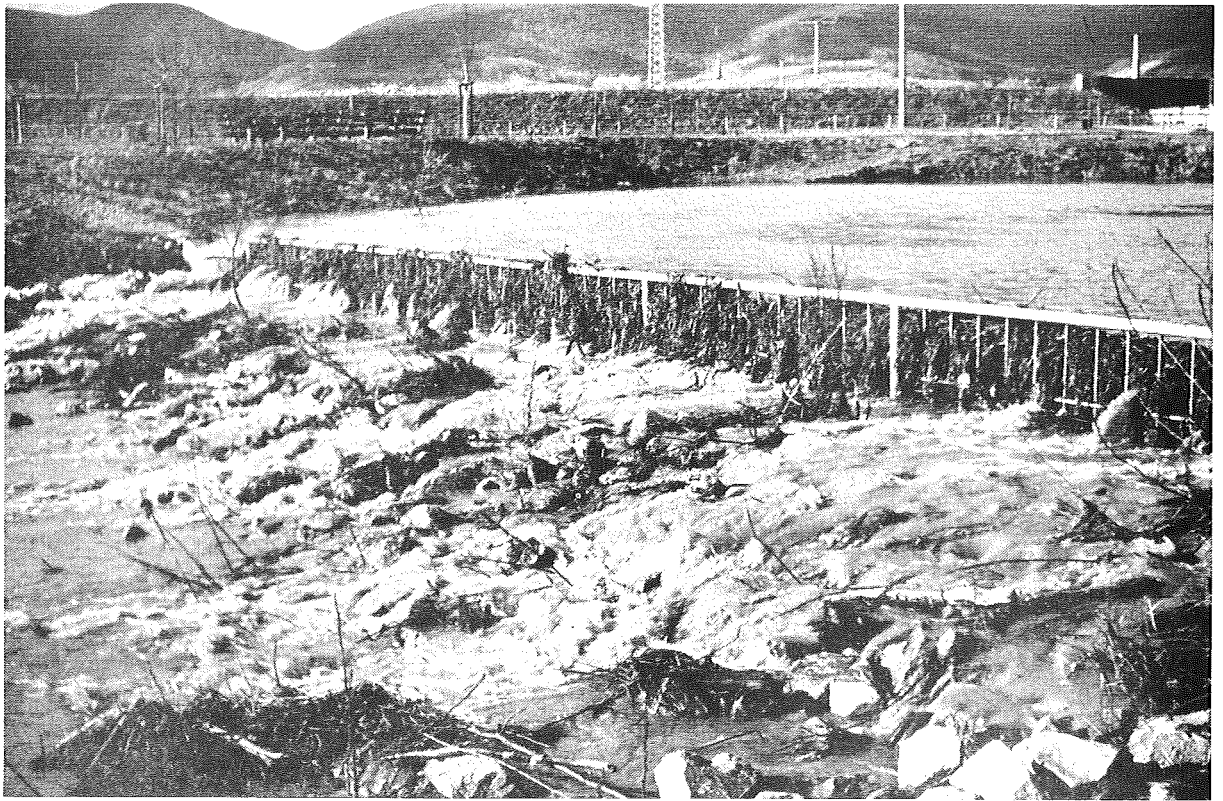


Abb. 9: Rückhaltebecken mit Vorrechen

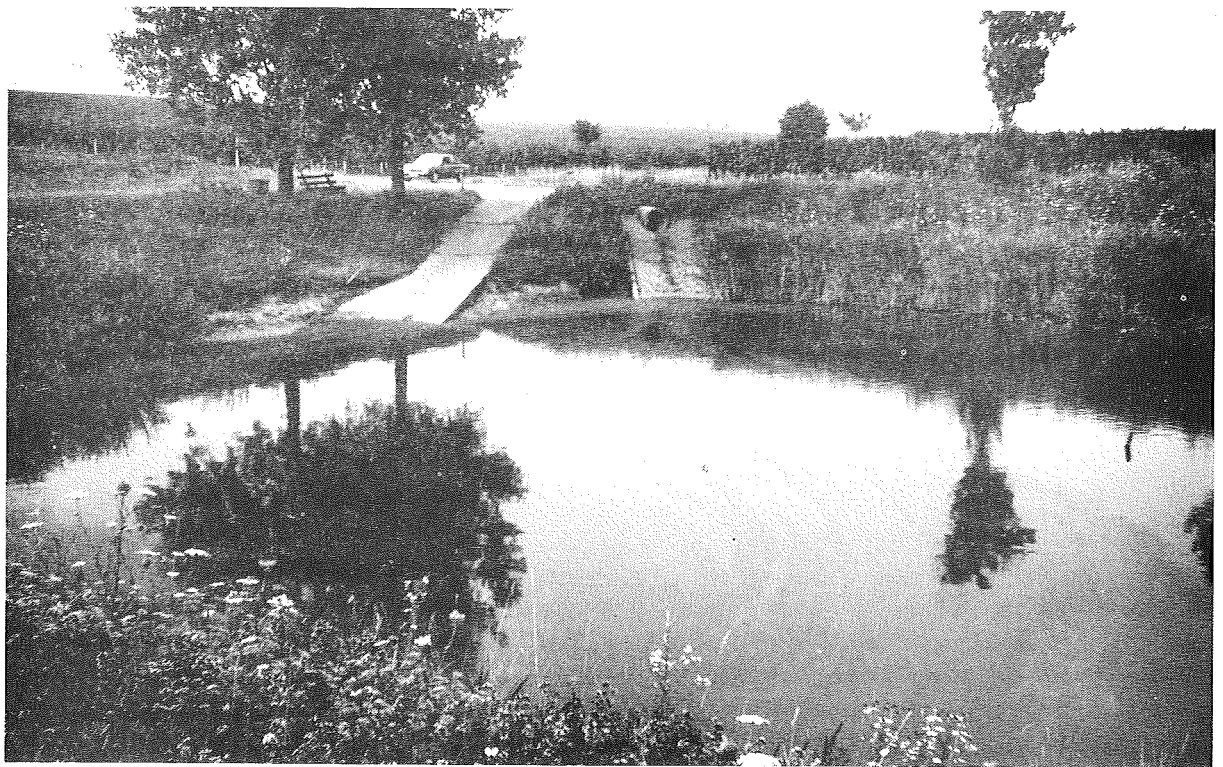


Abb. 10: Gute Einbindung des Regenrückhaltebeckens in die Landschaft.

## 8. Schlußwort

Leonardo da Vinci verglich die Gewässer mit den Adern des menschlichen Körpers, in denen das Wasser gleich dem Blute die Erde durchzieht. Heute können und wollen wir nicht in die Zeiten zurückkehren, in denen Bäche und Flüsse frei mäandrierend die Talauen durchzogen und nach jedem Hochwasser ein neues Bett gruben. Die Flußauen sind oft zu dicht besiedelten und intensiv genutzten Lebensadern unserer Gesellschaft geworden. Dennoch können bei den kleineren Gewässern, den Zuflüssen der großen Bäche und Flüsse, Flurbereinigung und Wasserwirtschaft durch Wiederherstellung oder Schaffung naturnaher Gewässer ihren Beitrag zu einem zufriedenstellenden Landschaftsbild leisten.

Gute Ansätze und Beispiele sind bereits seit Jahren vorhanden. Es gilt, noch zielgerichteter auf diesem Wege fortzufahren.

# Planung und Ausführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen in der Weinbergsflurbereinigung aus der Sicht des Flurbereinigungsplaners \*)

von Obervermessungsrat Gottfried Neumann, Neustadt

## 1. Einführung

Die Ausführungen sollen sich an den Maßnahmen im direkten Umland des Tagungsortes St. Martin bzw. der Verbandsgemeinde Maikammer orientieren und einen Einblick in den Maßnahmenkatalog der Weinbergsflurbereinigung in der Pfalz gewähren.

Zum Verständnis der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen in unserem Gebiet bedarf es folgender Vorbemerkungen:

1.1 Die Weinbergsflächen der Pfalz werden mit ganz wenigen Ausnahmen im Direktzug bewirtschaftet, wobei die Hangneigung von der Rheinebene im Osten von 3-5% auf etwa 15-25% im Westen am Haardtrand ansteigt. Flächen über diesen Gefälleverhältnissen sind, wie auch die nicht maschinell anfahr- und bewirtschaftbaren Terrassen, meist bereits brachgefallen und gehörten seither nicht zu den Flurbereinigungsgebieten.

1.2 Die Flurbereinigungsgebiete werden über Beschlußfassung der Aufbaugemeinschaften in Teilgebiete von ca. 30-80 ha unterteilt, welche in zeitlich festgelegten Abständen von ca. 3-5 Jahren komplett abgeräumt werden. Die Durchführungszeitpunkte der Weinbergsabschnitte werden zwar über den Reblauskommissar mit dem Kulturamt abgestimmt, jedoch lassen sich Vorweg-Maßnahmen oder Provisorien im Übergang zur neuen Feldeinteilung nicht vermeiden. Aus wasserwirtschaftlichen Gründen wäre es z.B. unbedingt erforderlich, im Unterlauf der Gewässer mit den Teilbereinigungen zu beginnen und sich zum Oberlauf hin vorzuarbeiten. Wegen des vorhandenen Aufwuchses oder auch wegen der in den traditionellen Weinbergsflächen am Haardtrand schlechteren Erschließung soll aber oft im Westen, also im Oberlauf der Gewässer, begonnen werden.

-----  
\*) Vortrag bei der Tagung des höheren technischen Verwaltungsdienstes in St. Martin am 23./24.09.1991.



Abb. 1: Kropsbach in St. Martin, neuer Bestand nach Besitzeinweisung



Andererseits ist es auch schon vorgekommen, daß entsprechend den Berechnungsmethoden früherer Jahre im Unterlauf Anlagen geschaffen wurden, die in späteren Jahren den neugestellten Anforderungsprofilen nicht mehr gerecht wurden. Es ist immerhin zu berücksichtigen, daß hier in der Pfalz meist einige Jahrzehnte vergehen, bis auch der letzte Abschnitt bereinigt wird, wenn keine Einwirkung von außen die Durchführung hemmt (z.B. Straßenplanung und -bau)!

1.3 Die Bewirtschaftung erfolgt in der Regel mit Schmalspurschleppern in der Fallrichtung. Dies hat zur Folge, daß an beiden Grundstücksenden gewendet werden muß, also die Wege etwa der Höhenlinie folgen und somit den Abfluß aus den Grundstücken abzuleiten haben. Aus Gründen sparsamen Umganges mit dem Gelände werden die Wege meist wasserführend angelegt, so daß die eigentliche wasserwirtschaftliche Maßnahme erst beginnt, wenn die Leistungsgrenze der Wasserführung in diesen Wegen erreicht ist.

1.4 Der Haardtrand ist im Lee des Haardtgebirges naturbedingt sehr trocken. Mit weitgehend unter 800 - 1000 mm Niederschlag pro Jahr in dem Weinbergsgürtel bilden sich selten dauernd wasserführende Gewässer aus. Diese wenigen Gewässer (meist II. und III. Ordnung LWG) entspringen zum Teil weit im Hinterland des Pfälzer Waldes und durchqueren die Haardtrandgemeinden von Westen nach Osten in mehr oder minder ausgeprägten Taleinschnitten (z.B. Speyerbach in Neustadt, Kropsbach in St. Martin oder die Queich in Landau)

Ansonsten sind die Gewässer periodisch wasserführend und je nach Lage und Entstehung als natürliche oder künstliche Gewässer überwiegend in die III. Ordnung einzustufen.

Nachteilig wirkt sich grundsätzlich aus, daß gerade in der Wachstumsperiode (bes. August) die Niederschläge meist als Gewitter niedergehen und somit zu unangenehmen Abflußspitzen führen, was nicht selten zu verheerenden Abschwemmungen - auch in die Ortschaften hinein - führt.

## 2. Planung

### 2.1 Allgemeines

Die Planung wasserwirtschaftlicher Anlagen erstreckt sich vom Kleinen ins Große auf folgende Bauwerke und Maßnahmen und zwar unabhängig von ihrer rechtlichen Klassifizierung:

- Grundstücksentwässerung, auch Dränagen
- Wege- und Straßenentwässerungen
- Gewässerausbau und Gewässergestaltung (einschl. RHB)

Innerhalb dieser Gruppen ist je nach Trägerschaft nach gemeinschaftlichen, öffentlichen oder gemischten Maßnahmen zu unterscheiden, was jedoch auf die technische oder landschaftsgerechte Ausgestaltung keine nennenswerten Auswirkungen haben dürfte.

Gerade hier ist jedoch zu beobachten, daß Maßnahmen außerhalb der Flurbereinigungsverfahren offensichtlich weniger kritisch an den Ausgleichsforderungen des Landespflegegesetzes gemessen werden, so daß wir Schwierigkeiten haben, einerseits die Vorstände von der Notwendigkeit naturnaher und flächenintensiver Gewässerbauten zu überzeugen, weil ganz andere Beispiele auch jüngster Zeit bekannt sind, andererseits die Gemeinden den Vorwurf erheben, daß bei unserer Flurbereinigungsplanfeststellung alles zu teuer und aufwendig sei.



Abb. 2: St. Martin - alter Bestand

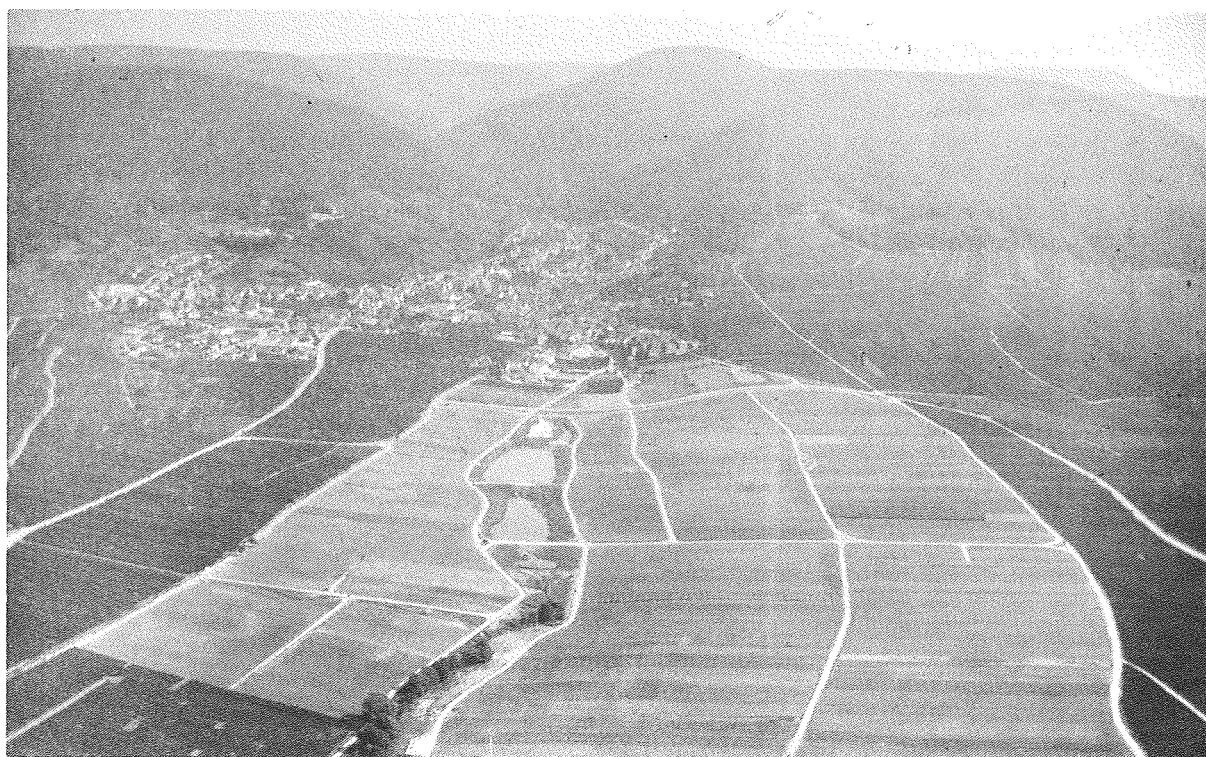


Abb. 3: St. Martin - neuer Bestand -

## 2.2 Grundstücksentwässerung einschl. Dränage

Auch wenn alle Möglichkeiten der Planung zur Abflußentschärfung (siehe dazu Ortseifer in Heft 15 NLKV 1991) ausgenutzt werden, verbleiben Überschußmengen beim Oberflächen- und Grundwasser, die abgeleitet werden müssen.

Während überschüssiges Grundwasser mittels Bedarfs- oder auch Systemdränagen direkt in Gewässer abgeleitet werden, wozu ich hier auch Rohrleitungen zählen möchte, wird das Oberflächenwasser zunächst über die Wege abgeleitet.

Dazu dienen bei geringerem Wasseranfall bergseitig zwischen 3 und 5 % geneigte Erd- oder Schotterwege, bei längeren Strecken, größerem Gefälle oder größerem Wasseranfall wasserführende, schwer befestigte Wege mit etwa gleicher Querneigung. Heute wird für die Wasserführung fast ausschließlich der Bitumenkeil eingesetzt, da sich alle anderen Arten (Rinnbordsteine, Hakensteine oder Betonwege mit Keil) als zu teuer erwiesen haben. Außerdem müssen die Wasserführungen jederzeit problemlos überfahrbar sein, da auch alle Wendemanöver auf der Wegefläche abgewickelt werden.

Wege mit Wegeseitengräben sind bei der Falllinienbewirtschaftung nur bei einseitiger Grundstückerschließung denkbar (z.B. am Waldrand des Pfälzer Waldes), da ansonsten neben jedem Graben zwei Wege notwendig würden. In Verbindung mit der Notwendigkeit von Wegebefestigungen zur Geländeerschließung und Ortsverbindung lassen sich flächensparend sinnvolle Wasserableitungen planen. Selbst unter Berücksichtigung der Ausgleichsfläche für Befestigungen ist der Flächenverbrauch geringer als bei der Lösung "Weg - Graben Weg".

Zur Reduzierung der Abflußgeschwindigkeit werden die Wege mit möglichst geringem Gefälle angelegt, wobei aus Gründen der Bautechnik (Fertigungstoleranzen der Einbaugeräte) und der Selbstreinigung der Wasserführung 1,5 % Längsgefälle nicht unterschritten werden sollten. Ebenso müssen bei der Trassierung Gefälleknick zum geringeren Gefälle hin vermieden werden, damit keine Ablagerungen des immer anfallenden Schwemmgutes eintreten, welche die Wasserführung zuschlämmen.

Wenn das rechnerische Fassungsvermögen entlang der Ableitungsstrecke erreicht ist, erfolgt der Abschlag in das künstliche oder natürliche Gewässer. In gewissem Umfange werden aus topographischen Gründen immer wieder Kompromisse, wie Erhöhung der Längsgefälle, Überhöhung des Bankettes, V-förmiges Ausbauprofil oder beidseitige Wasserführung notwendig werden, um Zwangspunkten Rechnung zu tragen. Solche Hilfskonstruktionen werden wegen der negativen Erfahrungen und der z.T. höheren Kosten möglichst vermieden.

## 2.3 Wegeentwässerungen, Straßenentwässerungen

Soweit möglich werden die Wege oberflächlich in die neu zu planenden oder vorhandenen Gräben entwässert. Dabei planen wir Einläufe in Form von Pflastermulden (direkt in Gräben) oder Schachtbauwerken, wenn gleichzeitig die Dränungen angeschlossen werden sollen. Wegen der meist notwendigen bergseitigen Wegeseitendränung sind Schächte eine weit verbreitete Variante. Wenn möglich werden zur Verminderung der Abflußgeschwindigkeit und zur Reduzierung der Schlammfracht Sickertümpel vorgeschaltet, die je nach Ausdehnung oft zu interessanten Landschaftselementen ausgebaut werden können. Rechnerisch wird dieses "Rückhaltevolumen" jedoch nicht angesetzt, zumal dies schon theoretisch problematisch ist. Allenfalls werden sie bei Zwischenlösungen für Rückhaltebecken wegen der o.g. Aufbauplanung argumentativ verwendet.

Diese Tümpel können auch über Sickerpackungen und Dränleitungen ausreichend entwässert werden, wenn keine Vorflut in der Nähe ist. Die weitere Ableitung wird oft in Verbindung mit anderweitigen Dränsammlern geplant. Auch kürzere Wegebefestigungen können so einfach entwässert werden.

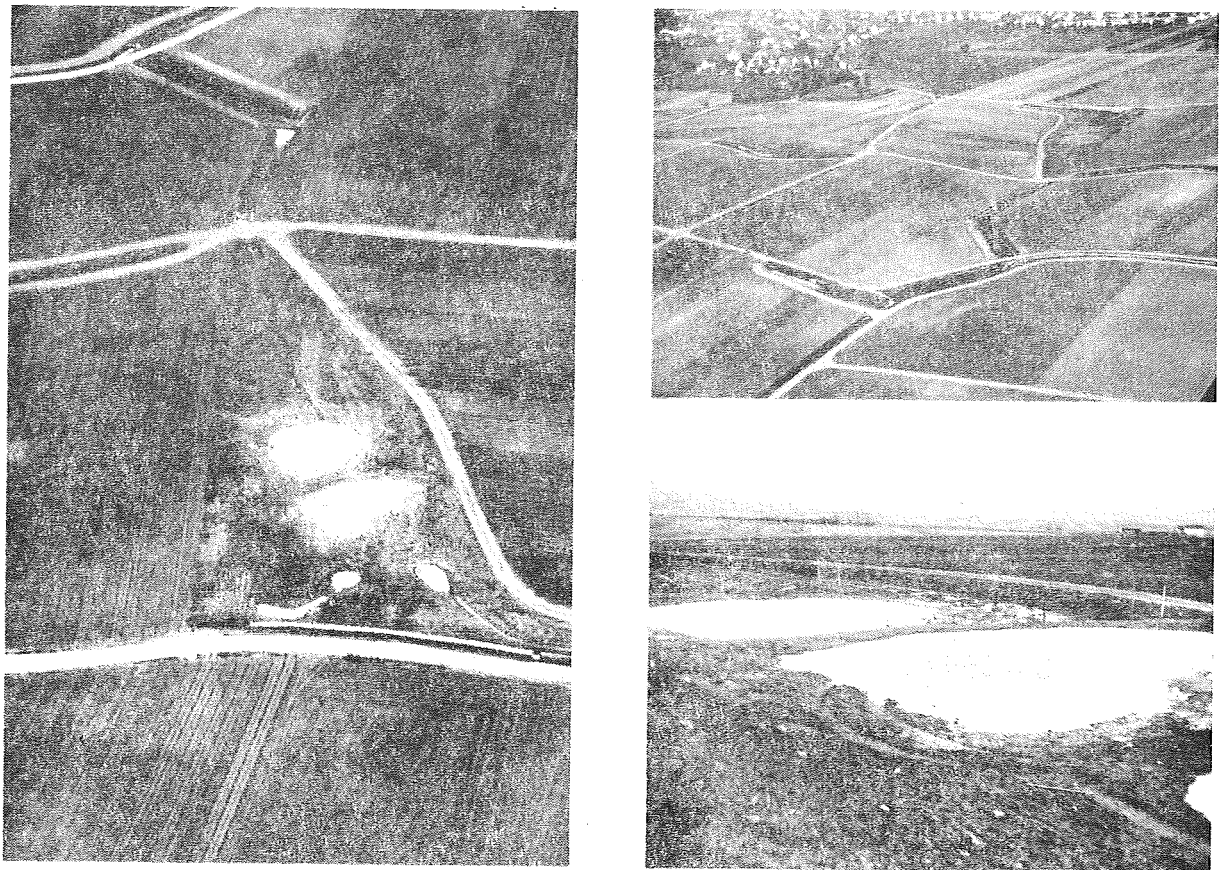


Abb. 4 - 6: Sickerbecken in Königsbach - Wegeentwässerung in Feuchtbiotop

Straßenentwässerungen werden im allg. so angelegt, daß sie kein Oberflächenwasser aus dem Umland aufnehmen müssen. Die Planungen sehen daher heute durchgängig Parallelgräben oder Sickermulden (mit oder ohne Dränung) bzw. Randsteine mit Kanalvorflut über Einläufe vor. Diese Entwässerungseinrichtungen werden in die bestehenden künstlichen oder natürlichen Gewässer abgeschlagen.

#### 2.4 Gewässerausbau und Gewässergestaltung

Es ist mit Sicherheit nichts Neues, wenn der Grundsatz von sohloffener Bauweise praktisch aller Gräben hier nochmal vorweg postuliert wird. Das gleiche gilt für Rohrleitungen, die allenfalls in Ortslagen oder bei topographischen Zwangspunkten notwendig werden können. Allerdings werden jedoch im Rahmen von Auseinandersetzungen mit dem Vorstand der TG wegen des Flächenbedarfes naturnah auszubauender Gewässer gerade von der Planfeststellungsbehörde Zugeständnisse gemacht, die zur Minderung der Ausbaubreite führen. Dies um so eher, wenn der landespflegerische Ausgleichsbedarf an anderer Stelle (meist in den Tal-lagen / Frostlagen) erbracht werden kann oder soll.

Nachdem in der Vorderpfalz eigentlich alle Unterhaltungsträger ihre Bedenken gegen unbefestigte oder naturnah gestaltete Gräben aufgegeben haben, werden die Gewässer als Erdgräben geplant. Um Dränungen anschließen zu können, ist zumindest streckenweise eine Tiefe von mehr als 1 Meter erforderlich. Je nach Berechnungsmenge und Schleppspannung werden Befestigungen vorgesehen, die soweit möglich mit anstehendem Material oder auch Lesesteinen, Schotter verschiedener Körnungen und Findlingen erfolgt. Dabei wird ein



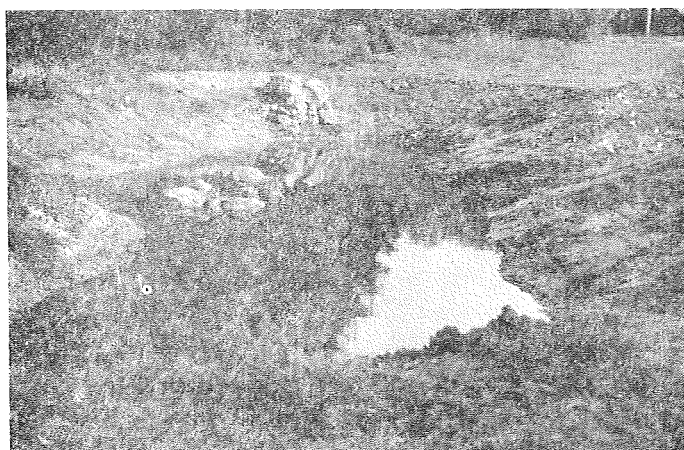


Abb. 7 - 9: Tümpel in Grabentrasse in Ungstein

möglichst ausgedehnter Gehölzstreifen im direkten Anschluß angestrebt, evtl. auch unter Ausnutzung unwirtschaftlicher Spitzen. Gleichzeitig wird auf einen geschwungenen Gewässerverlauf hingearbeitet.

Gerade in relativ flachen Bereichen bietet es sich oft an, Versickerungsmulden und Tümpel innerhalb der Gräben anzulegen, welche auch noch einige Zeit nach den Niederschlagsereignissen Wasserstand haben. Zumindest aber wird versucht eine Hochstammbeplantzung vorzusehen.

Im Spannungsverhältnis Kosten und Funktionsnachweis verbleibt nach meiner Meinung leider ein noch zu großer Rest von Sollprofil, auf welchem die Berechnungen zum Nachweis der Leistungsfähigkeit aufbauen.

Das geflügelte Wort von "naturschonenden und kostengünstigen Methoden" stößt nämlich hier an eine Grenze. Die flexible Antwort auf die während des Gesamtausbaues sich auftuenden oder auch nicht auftuenden Möglichkeiten lassen sich weder ausschreiben noch in Verträge mit Firmen einarbeiten.

Leider ist der schematische Regelausbau immer noch die billigste Methode und im Schadensfalle über die Berechnungsgrundlagen am einfachsten nachzuvollziehen.

Bei aller Euphorie für den naturnahen Ausbau wird im Einzelfall immer wieder an der Kostenschraube nach unten und den Sicherheitsanforderungen nach oben geschraubt. Zumindest aber wird hinsichtlich der Kostenhöhe nur das Argument, welches **Notwendigkeiten** begründet, anerkannt. Und notwendig ist es nun einmal nicht, mit aufgefundenen Findlingen zusätzliche Gestaltungsmaßnahmen im oder am Gewässer vorzunehmen.



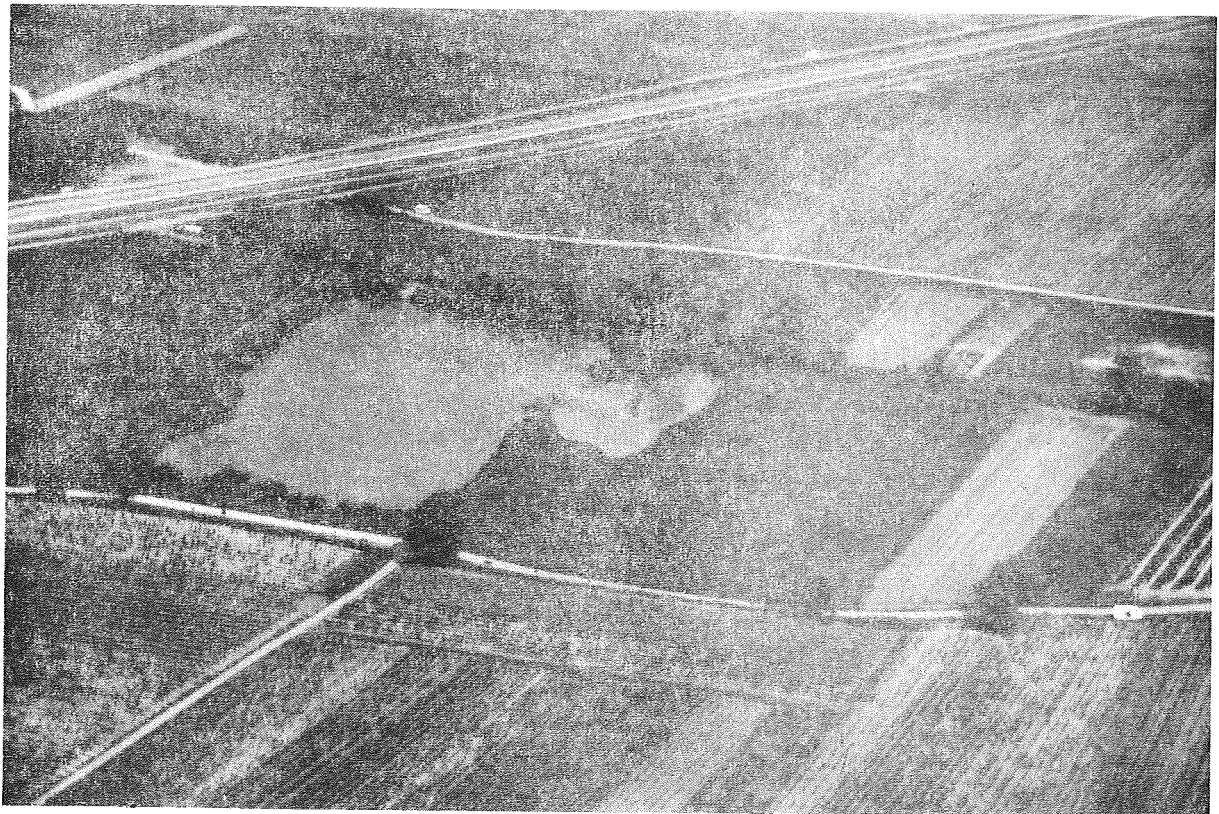
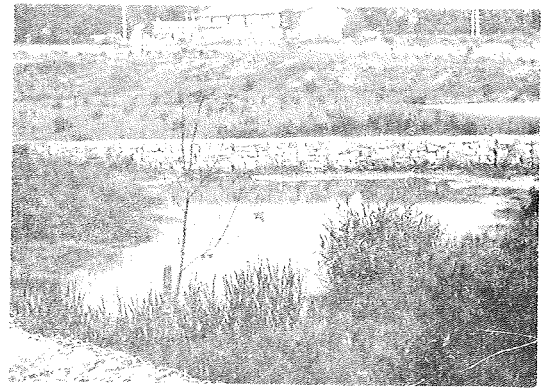
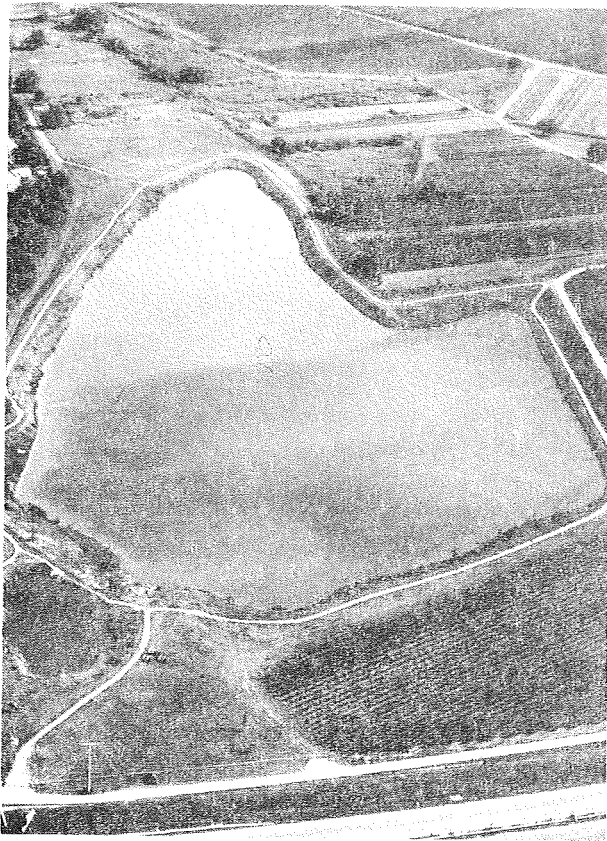


Abb. 10 - 13: Kirrweiler - Rückhaltebecken und Feuchtbiotop

Etwas günstiger ist das Bild bei Rückhaltebecken, da deren Notwendigkeit hinsichtlich der baulichen Dimensionen einseits leichter begründbar ist, andererseits gestaltungstechnische Abweichungen sich oft nur im relativ billigen Erdbau abspielen. Selbst wenn nur in den seltenen Fällen von dauernd fließenden Gewässern Dauerstau vorgesehen werden kann, werden bei der Planung zumindest teilweise Vertiefungen ohne Abfluß angelegt, um die ökologische Ausgleichsfunktionen und die Grundwässeranreicherung zu verbessern. Wenn nicht ausnahmsweise in Wasserschutzgebieten oder wegen der Schmutzfracht der Gewässer notwendig, werden die Rückhaltebecken ohne Sohlbefestigung oder Sohlabdichtung geplant. Zur Unterhaltung wird eine mit dem Unterhaltungsträger abzustimmende Zufahrt angelegt, welche die Räumung sicherstellt. Dies ist vor allem bei wechselfeuchten Becken ohne vorgeschaltete Sandfänge wichtig, wie sie bei uns heute die Regel sind. Die Sandfracht wird durch Übertiefe im Becken zurückgehalten, so daß bei ordnungsgemäßer Unterhaltung keine Volumenreduzierung hinsichtlich des Hochwasserschutzes zu befürchten ist. Erfahrungsgemäß erfordert die Sandfangräumung Spezialgerät und kann nicht an ortsansässige Kleinfirmer vergeben werden, so daß die Unterhaltung meist ganz unterbleibt und die Wirkung entfällt.

Von Ausbaumaßnahmen an Fließgewässern wird fast immer abgesehen, zumal aus gemeinschaftlichen Gründen in den kleinen Einzugsgebieten solche Maßnahmen selten oder gar nicht erforderlich werden. Im allgemeinen ist die Verbreiterung der Bachfläche mit der Ausweisung potentieller Überflutungstreifen preiswerter als eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit über Baumaßnahmen. Meist beschränken sich unsere Maßnahmen dort auf Beseitigung legaler oder illegaler Verrohrungen und Durchlässe sowie den Neubau von Kreuzungsbauwerken.

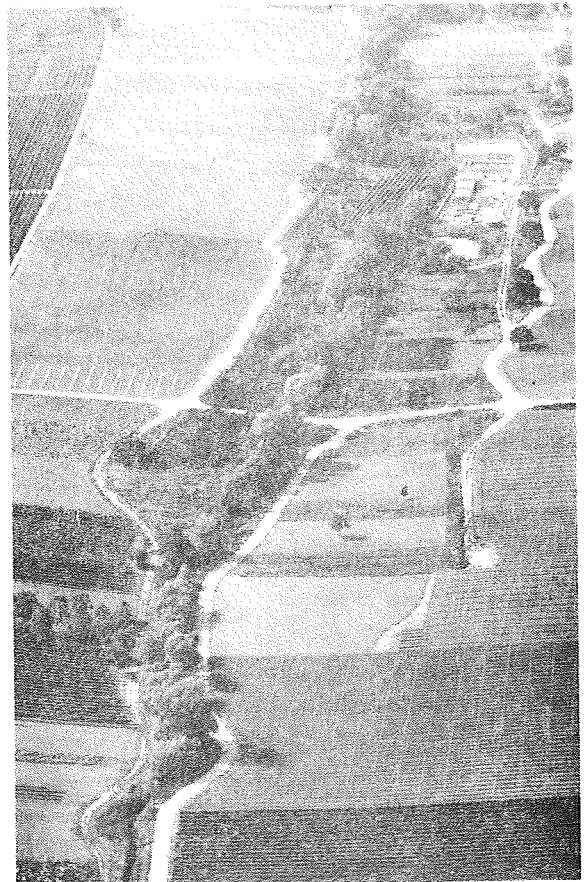
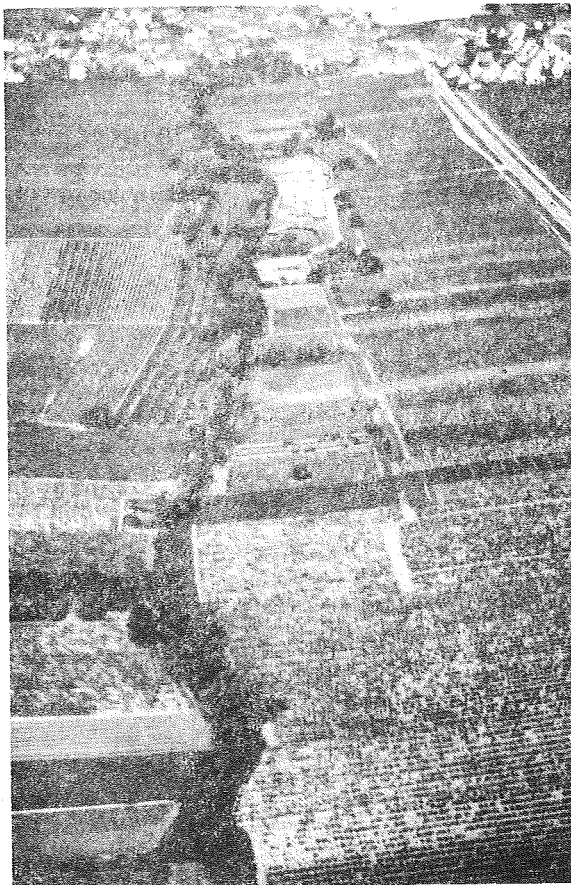


Abb. 14 u. 15: Böchingen, Hainbachtal - alter und neuer Bestand -

Verstärkt rückt zwar auch der Rückbau von früher begradigten Gewässern ins Interesse. Diese Aufgabe wird aus Kostengründen und aus rechtlichen Überlegungen meist jedoch dem Unterhaltungsträger zugeschrieben.

### 3. Planfeststellung

Bezüglich der Trägerschaft hat man sich bei der Planfeststellungsbehörde auf die Modalität festgelegt, daß die Planungs-, Bau und Kostenträgerschaft von dem Träger zu übernehmen ist, der mehr als 50 % des zu erwartenden Vorteils für sich verbuchen kann. Die jeweils anderen Träger werden zu Kostenbeteiligungen verpflichtet.

Die Planfeststellung erfolgt, soweit die Maßnahme im Flurbereinigungsgebiet liegt, und evtl. zu befürchtende Einsprüche mit Mitteln des Flurbereinigungsgesetzes erledigt werden können, nach § 41 FlurbG. Somit müssen Maßnahmen anderer Träger gegebenenfalls nach deren Planfeststellungsregelungen festgestellt werden. Im Flurbereinigungsverfahren werden dann nur entsprechende Flächenausweisungen vorgenommen.

Hier liegen die Schwierigkeiten oft weniger in der Technik begründet. Es zeigen sich formale und haushaltsrechtliche Grenzen: Durch die zeitliche Festlegung der Aufbauabschnitte kann von uns auf Veränderungen von außen nur bedingt reagiert werden, die anderen Träger haben in der vorgesehenen Zeitspanne ihre Planungen nicht rechtskräftig oder es fehlt noch an den notwendigen Finanzierungsmitteln.

Mit Schreiben vom 31.07.1991 hat die Planfeststellungsbehörde (Bez.Reg. Rheinhessen-Pfalz) hinsichtlich RHB's eine Wendung vollzogen. Danach soll der Standort eines RHB soweit in den Oberlauf verschoben werden, daß unter Berücksichtigung der mehr oder minder empirisch festgelegten Abflußverschärfung und des vorhandenen Basisabflusses der erforderliche Stauraum in der Größenordnung des Stauraumes bleibt, der mit der Abflußverschärfung durch Flurbereinigung alleine zu begründen wäre. Dies erscheint unpraktikabel und geht an den Aufgaben der Verwaltung vorbei, die in angemessener Weise die Unterhaltungsträger zu Kostenanteilen verpflichten müßte. Die Teilnehmergemeinschaft zu größeren Maßnahmen heranzuziehen, als es der Ausgleich der Wasserführung erfordert, ist ohne anderweitige Bezuschussung nicht zulässig. Der Vorschlag mehrerer Rückhaltungen ist absolut teurer, sowohl im Bau- als auch im Unterhaltungsaufwand, somit volkswirtschaftlich unverträglich. Die Standortwahl hat sich nur an wasserwirtschaftlichen Optimierungsgrundsätzen zu orientieren.

Planfeststellungsrechtlich zeigen sich außerdem Probleme beim Neubau von Gräben in seit-her nicht systematisch entwässerten Senken. Diese Senken wurden meist durchgehend bewirtschaftet mit allen negativen Konsequenzen der Erosion. Ähnliches gilt auch für den Ersatz von Rohrleitungen durch offene Gräben. Nicht weil die Rohrleitungen beibehalten werden sollten, vielmehr weil der Grabenausbau als Eingriff in die Landschaft gewertet wird und deshalb zum ausgleichspflichtigen Tatbestand wird. Dadurch geht der TG trotz der Verbesserung des Landschaftsbildes, Verringerung der intensiv genutzten Weinbergsfläche und nicht unerheblicher Kostenbelastung die notwendige Grabenfläche als Ausgleichsfläche für andere Maßnahmen verloren. Dabei wird beim Flächenansatz selbstverständlich der naturnahe Ausbau vorausgesetzt. Allenfalls zusätzliche Grünstreifen entlang der neuen Gräben werden auf den Ausgleich angerechnet. Daher lehnen die meisten Teilnehmergemeinschaften die Kosten für den Umbau ab, so daß zumindest bei ausreichend dimensionierten Leitungen die Gefahr besteht, daß sie beibehalten werden. Ohne dann an anderer Stelle Kompromisse machen zu müssen, sollten hier die Neubau- oder Umbaukosten als "ökologische Rekultivierungskosten" zum Ausgleich für den Grabenneubau herangezogen werden. Schließlich verbietet sich in diesem Zusammenhang ein Vergleich zwischen dem Flächenbedarf bei "Normalprofil" und dem "Naturnah-Profil"!





Abb. 16: Maikammer - Rückhaltebecken im Klausental -

In anderen Fällen werden z.B. bei Industrieansiedlungen Abstandszahlungen bei Dauerver-siegelungen akzeptiert.

#### 4. Bauausführung

Im Kulturamtsbezirk Neustadt werden bei gemeinschaftlichen Anlagen sowohl der Wasser- und Bodenverband als auch Privatfirmen eingesetzt. Bei gemischt finanzierten Maßnahmen kommen nur Firmen zum Zuge.

Dränungen werden in den meisten Fällen heute mit Kunststoffrohr ausgeführt, wobei im allg. Dränmaschinen zum Einsatz kommen. Da jedoch die Styromull-Verfüllung sehr unbe-liebt ist, wurde in neuerer Zeit meist Schotter als Filtermaterial eingesetzt. Sowohl von der Kostenseite als auch von den Ergebnissen her wurden gute Erfahrungen gemacht. Lediglich bei Nachdränagen im bereits bestockten Weinberg, z.B. bei Beschwerdeerledigungen, wird noch Styromull verwendet, um die Handarbeit zu erleichtern.

Für den Grabenbau werden innerhalb der abgemarkten oder zumindest verpflockten Flä-chen z.B. mit Kreide die Linienführungen kenntlich gemacht. An Hand der Detailpläne werden in den angezeigten Flächen die Anlagen gebaut.

Für alle Pflasterungen z.B. bei Wegeentwässerungen oder Dränausläufen werden nach Mög-lichkeit Materialien aus dem Verfahrensgebiet verwendet. Die Ausgestaltung von Durch-lässen erfolgt in meinen Verfahren fast ausschließlich mit Böschungsstücken am Ein- und Auslauf, wobei wenn notwendig eine Pflasterung mit Sandsteinen um die Rohre vorgenom-men wird. Die gerade in Wegekreuzungen notwendige Länge war schon öfter Diskussions-stoff. Ich bin jedoch der Auffassung, daß der Durchlaß lieber ein wenig zu lang werden sollte, damit ausreichend Sicherheitsstreifen entstehen, bevor Brüstungen, Geländer oder Leitplanken erforderlich werden. Außerdem kann der Übergang der Wegesaumbegrünung zur Grabenfläche großzügiger gestaltet werden.

Neuerdings wird die sohloffene Bauweise von Brücken und sonstigen Kreuzungsbauwerken gefordert. Dies nicht nur bei dauernd fließenden sondern auch bei periodisch wasserfüh-renden Gewässern. Wenn selbstverständlich der Wasseraustausch und der Bestand von Kleinlebewesen gefördert werden sollen, so ist doch zu fragen, ob der technische und auch kostenmäßige Aufwand für eine zusätzliche Versickerungsstrecke von 10 - 12 m gerech-tfertigt ist. Zum andern kann durch systematisches Anlegen von Tümpeln in der Gewässer-strecke vielleicht sogar mehr erreicht werden. Auch möchte ich behaupten, daß sich in ei-nem überdimensionierten und tiefergelegten Durchlaß eine durchgehend belebte Schlamm-schicht bildet und keine ökologischen Barrieren entstehen. Den erhöhten Kostenaufwand sollte man auch nicht durch Verzicht auf Kreuzungsbauwerke verringern wollen, zumal dann wieder Mehrflächen für Wege erforderlich werden, was nur in anderer Weise eben-falls zu Lasten der TG geht.

Die Rückhaltebecken werden grundsätzlich in Erdbauweise erstellt, wobei ich bei der Pla-nung auch Wert darauf lege, daß die technisch notwendigen Betonbauwerke möglichst nicht sichtbar sein sollten. Oft sprechen topographische oder unterhaltungstechnische Grün-de dagegen, jedoch wirkt es zumindest störend, wenn in einem naturnah gestalteten RHB mit intensiver Böschungsbepflanzung und Sohlgestaltung massive Geländer oder Sichtbeton-flächen in Erscheinung treten.

Bei Dauerstau hat sich die Notwendigkeit eines Grundablasses als unabdingbar herausge-stellt, nicht nur zur Räumung der Beckensohle sondern auch zur Regulierung des Fischbe-satzes, der schon oft nach der Urlaubszeit eigenartigen Goldfisch-Einschlag genommen hat-te!

## **Neue Richtlinien für die Dezentrale Datenverarbeitung in der Landeskulturverwaltung**

von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz

### **1. Einleitung**

Über den Stand und die Ziele der Datenverarbeitung in der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz wurde zuletzt bei einer Tagung im Jahre 1988 berichtet. Damals waren umfangreiche Umstellungen und Neuentwicklungen von Datenverarbeitungsprogrammen, Gerätebeschaffungen und eine völlig neue Richtlinie RiDezDV angekündigt worden.

Es ist festzustellen, daß diese Arbeiten inzwischen vollständig erledigt werden konnten: Die Geräte sind in dem vorgesehenen Rahmen beschafft und an die Ämter ausgeliefert worden. Die Programmumstellungen und Neuentwicklungen sind abgeschlossen und bei den Kulturämtern eingeführt. Die Richtlinie ist fertiggestellt und wird an die Kulturämter im Dezember 1991 ausgeliefert.

Die Teile I und II der Richtlinien wurden bereits mit Rundschreiben vom 29.04.1991 eingeführt; Schwierigkeiten bei der Anwendung der Richtlinie sind uns bisher nicht mitgeteilt worden.

Die Richtlinie umfaßt insgesamt ca. 620 Seiten und mußte daher in 2 Handbücher aufgeteilt werden. Die Auflage ist in Zukunft auf 900 Exemplare ausgerichtet, damit alle Mitarbeiter der Landeskulturverwaltung über ein eigenes Exemplar verfügen können.

### **2. Programmierentwicklungen**

Wichtigste Grundlage für die Datenverarbeitung innerhalb der Landeskulturverwaltung sind die in den vergangenen Jahrzehnten durch die Luftbild- und Rechenstelle entwickelten Programme. Insgesamt handelt es sich um rd. 400 Programmkomplexe, die inzwischen ausgereift und weitgehend fehlerfrei für die zentrale und dezentrale Datenverarbeitung eingesetzt werden. Auf den großen Teil der für die zentrale Datenverarbeitung eingesetzten Programme soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

Bei den Programmentwicklungen für die dezentrale Datenverarbeitung sind 3 Bereiche zu unterscheiden:

#### **2.1 Vorläufig abgeschlossene Programmierbereiche**

In den vergangenen Jahren wurden die "vermessungstechnischen Programme" völlig neu bearbeitet. Sie wurden teilweise auf eine neue Programmiersprache umgestellt, durch die Einführung von Meßwertdateien, insbesondere im Bereich der Dateneingabe neu konzipiert sowie durch aufwendige Graphikkomponenten benutzerfreundlicher gestaltet. Da das Grundkonzept erhalten blieb, war es nicht erforderlich, die Richtlinien auch in den Grundzügen zu ändern. Die Veränderungen sind im neuen Text des Richtlinienwerkes eingearbeitet.

Die "Datenerfassung" mußte auf neue Rechner und die veränderte Logik der Verarbeitungsprogramme angepaßt werden. Auch die Datenerfassungsprogramme wurden schrittweise durch graphische Komponenten benutzerfreundlicher gestaltet.

Der Komplex "Register und Listen" wurde in den vergangenen Jahren auf der Vorgabe einer hierzu eingerichteten Arbeitsgruppe neu programmiert (vgl. Nummer 5).

Der Komplex "Finanzierung" wurde ebenfalls auf der Grundlage der Vorgaben einer hierzu eingerichteten Arbeitsgruppe neu programmiert (vgl. hierzu Nummer 6).

In dem Bereich "Textverarbeitung" wurden die detaillierten Regelungen der Richtlinien für die dezentrale Datenverarbeitung aufgehoben und durch einfachere Rahmenregelungen ersetzt.

Der Bereich "Bautechnik und Vergabewesen" wurde, bis auf geringfügige Änderungen in den Beispielen, unverändert übernommen.

## **2.2 Derzeit laufende Programmentwicklungen**

Im Komplex "Digitalisierung und Zuteilungsberechnung" stehen die Arbeiten für die Neuprogrammierung kurz vor dem Abschluß. Aufbauend auf einer anderen Programmiersprache unterstützt durch Graphik werden die Programme bedienungsfreundlicher. Darüber hinaus werden die Programme zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten eröffnen.

Der Komplex "Waldflurbereinigung" wird erstmals einer programmtechnischen Lösung zugeführt. Kernteil dieses Programmkomplexes ist die Bewertung der Holzbestände auf der Grundlage eines von der Landesforstverwaltung übernommenen Programms. Die Dateneingabe und Datenausgabe sowie die Datenverwaltung sind völlig neu zu organisieren. Hierin wird auch die Digitalisierung der Bewertungsabschnitte einbezogen.

In dem Komplex "Landwirtschaft" wurde die Übernahme bestimmter Programme für die Abwicklung der Agrarförderung gestoppt, nachdem die Übertragung dieser Aufgaben von der Bezirksregierung auf die Kulturämter nicht mehr als sehr wahrscheinlich angesehen werden konnte. Die Arbeiten für die Automation des Betriebsverbesserungsplanes stehen kurz vor dem Abschluß. Das Programm wird im Frühjahr für die Praxis freigegeben werden.

In dem Bereich "Statistik" ist zunächst mit der Datenerfassung der Jahresstatistik der zurückliegenden Jahre begonnen worden. Hierauf aufbauend wird ein Auswerteprogramm erstellt.

## **2.3 Geplante Entwicklungen**

Die geplanten Entwicklungen sind in das Projekt WEDAL eingebunden. (vgl. hierzu Nummer 7)

## **3. Geräteausstattung**

Die Geräteausstattung der Kulturämter konnte in den vergangenen Jahren wesentlich erweitert werden. Für die vermessungstechnischen Aufgaben stehen allen Kulturämtern je 3 Rechner Compaq desk pro 386 S zur Verfügung; für Verwaltungs- und Finanzierungsaufgaben haben die Ämter jeweils einen Rechner VICTOR V 286 S und Compaq desk pro 386 S. Für die Landwirtschaftsaufgaben wird ebenfalls kurzfristig ein Rechner zur Verfügung gestellt. Im bautechnischen/ landespflegerischen Bereich, insbesondere im Bereich des Verdingungs- und Vergabewesens sind die Kulturämter mit den (veralteten) Rechnern VICTOR 9000 ausgestattet. Das Ministerium ist sehr bemüht, auf der Grundlage der Haushaltsberatungen des Doppelhaushalts 1992/93 die Ausstattungssituation zu verbessern. Weitere Fortentwicklungen sind im Vollzug des Projektes WEDAL vorgesehen.

#### 4. Datenschutz

Bei der Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten auf Datenträgern gilt uneingeschränkt, auch im Rahmen der Flurbereinigung, das Landesdatenschutzgesetz Rheinland-Pfalz.

Bei Überlegungen zum Datenschutz sind folgende Gefahren zu untersuchen:

- schnelle Verfügbarkeit der Daten
- Erstellung von Persönlichkeitsprofilen
- Gefahr der Entpersönlichung

Mit einer Gesetzesänderung für personenbezogene Daten vom 12.10.1990 ist allen Stellen, die personenbezogene Daten verarbeiten, aufgetragen, insgesamt 10 verschiedene Kontrollen sicherzustellen. Hierzu war es erforderlich, eine Dienstanweisung zu erlassen, die im Teil I der RiDezDV eingearbeitet ist. Diese Dienstanweisung stellt die technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes sicher. Sie trägt der Erforderlichkeit und Angemessenheit der Datenspeicherung und -verarbeitung Rechnung. Wichtige Datensicherungsmaßnahmen werden konkret festgelegt. Die Kulturämter haben sicherzustellen, daß alle Mitarbeiter auf das Datengeheimnis verpflichtet werden und die Datenschutzbestimmungen einhalten.

#### 5. Projekt "Register und Listen"

Einer Forderung des Landesrechnungshof folgend wurde bereits vor mehr als 5 Jahren mit der Programmierung des Komplexes "Register und Listen" begonnen. Zur Betreuung des Projektes war eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die notwendige Vorgaben aus der Praxis der Verwaltung erarbeitete. Es stellte sich als schwierig heraus, einen geeigneten Programmierer mit Verwaltungserfahrung in der Landeskulturverwaltung für die Erledigung dieser Aufgabe zu gewinnen. Bei der Realisierung des Projektes wurde zunächst eine Konzentrierung auf den Listenbereich vorgenommen. Die Erledigung dieses Arbeitsabschnittes setzte die Automation des Teilnehmernachweises auf dezentraler Ebene voraus.

Im nachhinein ist zu bedauern, daß lediglich ein Teilprojekt im Gesamtkomplex "Automation der Register" dezentralisiert werden konnte; insgesamt wäre es sicherlich wirtschaftlicher, mit einem Einsatz mehrerer Programmierer den Gesamtkomplex "Register" in die dezentrale Datenverarbeitung zu übernehmen, insbesondere, weil inzwischen leistungsfähige Drucker für die dezentrale Datenverarbeitung verfügbar sind.

Besser als ein vorsichtiges Herantasten an diesen Komplex auf der Grundlage neu hinzukommender Verfahren wäre ggf. auch die Gesamtumstellung aller Teilnehmernachweise gewesen mit der Folge, daß die Automation einen schnelleren Eingang in das Verwaltungsbüro der Kulturämter gefunden hätte. Das vorliegende Programm "Register und Listen" ist inzwischen bereits 2 Jahre in der Praxis pilotweise eingesetzt und hat sich im wesentlichen bewährt. Die von außen vorgetragenen Anregungen zur Fortentwicklung können aufgrund fehlender Programmierkapazität derzeit leider nicht realisiert werden.

#### 6. Finanzierungsprogramme

Einer Forderung des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz folgend wurde im Jahre 1985 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die in 11 Tagungen die Vorgaben für die Programmierung des Komplexes "Finanzierung" erarbeitete. Da dieser Komplex bis zum Zeitpunkt der Programmierung vollständig manuell abgewickelt wurde, empfahl sich eine lange Vorlaufphase und ein ganzheitlicher Ansatz. Als Ergebnis ist ein in sich geschlossener Programmkomplex entstanden, der den Finanzierungsplan ebenso umfaßt wie die Führung der Kassengegenbücher



und die Mittelbewirtschaftung. In Zukunft ist der Finanzierungsplan in der genehmigten Form als Soll-Stellung Basis für die Kassengegenbuchführung. Die Mittelbewirtschaftung wird automatisiert vom Finanzierungsplan und Kassengegenbuch abgeleitet. Für die Einzelverfahren können automatisiert Zwischennachweise, Verwendungsnachweise, Bewilligungsanträge, Zahlungsanordnungen und Soll-Ist-Vergleiche bearbeitet werden. Nach Zusammenfassung aller Verfahren auf einem Rechner können jeweils der Rahmenplan, die Pendelliste, der Gesamtwischennachweis sowie alle Kassenabschlüsse erstellt werden. Durch die Umstellung der Kassenführung aller Verfahren mit Kassenabschluß zum Jahresanfang 1992 wird eine einheitliche Handhabung in der Landeskulturverwaltung und damit auch eine wirtschaftliche Arbeitserledigung gewährleistet.

Die Einführung dieses Projektes trägt wesentlich zur Steigerung der Effizienz der Kulturämter bei.

## 7. Weiterentwicklung der Automation

### 7.1 Gründe für das Projekt "WEDAL"

Im Jahre 1990 hat das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten eine Arbeitsgruppe WEDAL eingesetzt. Die Bearbeitung dieses Projektes "Weiterentwicklung der Automation in der Landeskulturverwaltung" hat folgende Gründe:

- Die "traditionellen" Lösungen im Bereich der dezentralen Datenverarbeitung sind in den vergangenen Jahren immer komplexer geworden. Beispiele hierfür sind die Einbeziehung graphischer Anwendungen und die Erfassung und Verarbeitung von Daten im Feld.
- Ständig werden neue Komplexe als Einzelprojekte der Automation zugeführt.
- Bei vielen Veranstaltungen innerhalb der Landeskulturverwaltung wurden weitere Automationslösungen gefordert (z. B. Agrarautomation, Statistik, Organisation, Landespflege).
- Neue Entwicklungen, z. B. zeitgerechte Textverarbeitung, Kommunikationstechniken, Einsatz graphischer Software, Datenbanken, Abfragesprachen, DPT sind in die Automationslösungen der Landeskulturverwaltung zu integrieren.
- Umfassender Datenschutz nach den Bestimmungen des Landesdatenschutzgesetzes ist zu gewährleisten.
- Die Datensicherung ist weiter zu optimieren.
- Die Arbeitsplätze und Arbeitskapazitäten sind zu optimieren, indem moderne Rechner, Terminals, Peripheriegeräte und Vernetzungsstrukturen eingesetzt werden.
- Mehrfacherfassungen, -bearbeitungen und -ausgaben sind nach Möglichkeit abzuschaffen.
- Die Zeitabhängigkeiten und Zeitabläufe innerhalb des Verfahrens sind zu optimieren.
- Bisher zentral wahrgenommene Bearbeitungen durch die Luftbild- und Rechenstelle sind unter dem Gesichtspunkt effektiver Aufgabenwahrnehmung und Wirtschaftlichkeit im Einzelfall zu untersuchen und bei Bedarf zu dezentralisieren.
- Eigenüberlegungen der Kulturämter und Bezirksregierungen sind gezielt zu erfassen, zu analysieren und sachgerecht in die Langfristlösung zu integrieren.

- Eigenprogrammierungen in den Kulturämtern sind abzufangen, landeseinheitlichen Lösungen zuzuführen und mit erfahrenen Programmierern zu bearbeiten.
- Der Gerätepark (Rechner, Drucker u. a.) ist auf einen zukunftsgerechten Stand zu bringen.
- Die vorhandenen Computer sind sachgerecht in eine Gesamtlösung zu integrieren.
- Vor Neuentwicklungen ist jeweils zu prüfen, ob Standardprogramme erworben werden können, oder ob Eigenentwicklungen notwendig sind.
- Für Eigenentwicklungen, die Übernahme und Betreuung von Standardprogrammen (Installations- und Integrationskapazitäten) sind Prioritäten zu setzen. Dies wirkt sich insbesondere auf die Ressourcenplanung der Luftbild- und Rechenstelle aus.
- Komplexe Aufgabenbereiche (z. B. Statistik) sind Gesamtlösungen zuzuführen.

## 7.2 Ziele des Projektes "WEDAL"

Oberziel des Projektes WEDAL ist die Arbeits- und Leistungsverbesserung innerhalb der Landeskulturverwaltung. Dabei sind 4 Ziele zu unterscheiden:

Die Effizienzsteigerung der Verwaltung zielt auf den Informationsgewinn bei automatisierter Bearbeitung und Verknüpfung, eine schnelle Änderungsmöglichkeit und Fortschreibbarkeit aller Listen, Register und Karten, die Verkürzung der Flurbereinigungsverfahrensdauer und Vermeidung bzw. Minimierung von Fehlern bei der Dateneingabe und -bearbeitung. Oft ist es auch wichtig, gesicherte und aktuelle Informationen zu erhalten und Daten schnell und direkt austauschen zu können. Die Beschleunigung der Kommunikation zwischen verschiedenen Organisationseinheiten im Kulturamt kann die Arbeitsabläufe transparenter und schneller gestalten.

Die Rationalisierung von Arbeitsabläufen soll insbesondere einen Wegfall von Doppelarbeiten bewirken. Aufwendige und regelmäßig wiederkehrende Arbeitsabläufe sollen standardisiert und die Bediensteten der Landeskulturverwaltung von automatisierbaren Tätigkeiten entlastet werden. In die gleiche Richtung geht das Ziel, bestimmte Arbeitsweisen zu vereinheitlichen und die Arbeitsleistung insgesamt zu verbessern. Letztendlich können zwar hierdurch heute oft nur noch geringe Arbeitseinsparungen erzielt werden, jedoch ist es sehr wichtig, die Sicherheit der Arbeitsergebnisse zu garantieren und umfassendere Informationsgrundlagen durch Zusammenspiel verschiedener Datenbestände zu erhalten.

Auch unter dem Gesichtspunkt des Bürger-Service können wichtige Arbeits- und Leistungsverbesserungen erreicht werden. Durch gezielten Einsatz der Automation können die Transparenz des Verwaltungshandelns erhöht, bestimmte Dienstleistungen (z. B. im Sektor UVP) durch umfangreiche Datenauswertung erbracht und für den Bürger aufbereitet werden.

Schließlich ist es auch ein wichtiges Ziel, die Arbeitsplätze der Mitarbeiter in der Landeskulturverwaltung zu verbessern. Der Einsatz moderner Hard- und Software erhöht die Leistungsfähigkeit und Arbeitsmotivation der Mitarbeiter. Die Bereitstellung von zeitgemäßen Arbeitsmitteln (z. B. Bürokommunikation) verbessert deutlich die für die Entscheidungsfindung erforderliche Information. Durch Anbindung an übergeordnete Informationssysteme können Daten schneller erhalten und auch für die Flurbereinigung nutzbar gemacht werden.

Entscheidend ist aber in allen Fällen, daß am Arbeitsplatz eine Entlastung von Routineaufgaben einfacher Art stattfindet. Hierdurch wird Freiraum für höherwertige Aufgaben geschaffen. Durch den Zugriff auf Daten in Datenbanken, die auf einem zentralen Rechner vorgehalten werden, können die notwendigen Informationen für die Arbeitserledigung jederzeit abgerufen werden.

### **7.3 Stand und weiterer Fortgang der Bearbeitung des Projektes "WEDAL"**

Die Arbeitsgruppe WEDAL hat eine erste Bestandsaufnahme erstellt und den Rahmen für das Projekt festgelegt. Insgesamt sind 26 Projektbereiche zu bearbeiten. Einzelne Bereiche wurden bereits stärker verdichtet. Es zeichnet sich bereits heute ab, daß im kommenden Doppelhaushalt für alle Kulturämter ein Behördenrechner beschafft werden muß, zu dem ein Großteil der Bediensteten über eine Datenstation Anschluß erhält. Dabei wird es sich teilweise um Terminalsanschlüsse und teilweise um Arbeitsplatzrechner handeln, die an den Zentralrechner angeschlossen sind. Die Integration des Kulturamtes wird über mehrere Stufen erzielt. Herauszustellen sind die Integration der Anwendungen über einheitliche Datenbanken, Sachbearbeitungen und Textverarbeitung. Die Integration der Anwender soll dazu führen, arbeitsplatzübergreifend Aufgaben zu erledigen, Doppelerfassungen zu vermeiden und optimale Zugriffszeiten zu gewährleisten. Generalziel des Projektes muß es daher sein, nicht den einzelnen Arbeitsplatz zu optimieren und zu untersuchen, sondern die gesamte Behördenstruktur. Aus Wirtschaftlichkeitserwägungen ist es dabei anzustreben, die Arbeitsplatzsysteme den jeweiligen Spezialaufgaben anzupassen und neben einfachen Terminals für Textverarbeitung, Kommunikation und zentral ausgerichtete Sachbearbeitung an anderen Stellen im Netzverbund integrierte interaktiv graphische Datenverarbeitungsstationen vorzuhalten. Eine Zwischenlösung zwischen diesen Extremen sind leistungsfähige, netzintegrierte Arbeitsplatzrechner, insbesondere für graphische und vermessungstechnische Arbeiten.

Ein wichtiges Ziel wird es sein, netzintegrierte Druckerleistungen (Schnelldrucker für Großformulardrucke, Laserdrucker für Präsentationsdruck, arbeitsplatzbezogene Drucker für Kontrollausdrucke und Schreibleistungen) in sachgerechter Form bereitzustellen.

Vor allem ist aber auch den Datenschutzerfordernissen in dem gebotenen Umfang Rechnung zu tragen und auch sicherzustellen, daß die umfangreichen Datenmengen sachgerecht gesichert werden. In der Erwartung allgemein ansteigender Nutzung der Datenkommunikation ist auch rechtzeitig eine Integration der Postdienste über ISDN sicherzustellen.

## **Erfolg eines Flurbereinigungsverfahrens aus der Sicht der Landwirte**

- Ergebnisse einer Befragung im Flurbereinigungsverfahren Bassenheim -

von Vermessungsamtmannt Norbert Löhr, Mayen

### **1. Aufgabenstellung und Zielsetzung**

Im 7. Jahr nach der Planvorlage wurde im Flurbereinigungsverfahren Bassenheim (Nahbereich Koblenz) der Erfolg der Flurbereinigung untersucht. Aus diesem Grunde wurden an 62 Landwirte Fragebögen verschickt, die anonym zugesandt werden konnten. Die

angeschriebenen Teilnehmer decken insgesamt eine Fläche von ca. 62 % des 2 240 ha großen Verfahrensgebietes ab. Die Befragung selbst sollte einerseits aussagekräftig, andererseits aber auch so kurz wie möglich gehalten werden.

Der Inhalt und das Ergebnis der Befragung sind unten ersichtlich. Von den 62 verschickten Fragebögen wurden 29 an das Kulturamt zurückgesandt. Ein repräsentatives Ergebnis kann aus der Befragung sicher nicht hergeleitet werden.

Das Verfahrensgebiet ist geprägt durch Anbau von Weizen, Kartoffeln und in Teilbereichen Zuckerrüben. An Tierhaltungen kommen mehrere Schweinemästereien bzw. -züchtereien in Frage. In Teilbereichen wird Obst (Süßkirschen, Sauerkirschen, Zwetschgen und Äpfel) angebaut.

Neben der agrarstrukturellen Zielsetzung des § 1 des FlurbG galt es zusätzlich:

- Flächen für die Ortsumgehung Bassenheim bereitzustellen,
- erhebliche Verbesserungen der Linienführung von Landes- und Kreisstraßen zu erzielen
- landespflegerische Maßnahmen in relativ großem Umfang (ca. 14 ha) zu realisieren,
- die gesamte Ortslage zu regulieren und zahlreiche Bauleitplanungen zu berücksichtigen.

Neben den allgemein bekannten bodenordnerischen Problemstellungen waren in großem Umfange oberflächennahe Bodenschätze zu berücksichtigen. Hierbei handelte es sich um Bims, Kies, Lava und Ton.

## 2. Fragebogen und Auswertung

Nachfolgende Fragen wurden den Teilnehmern gestellt. Die prozentualen Ergebnisse sind auf die zurückgesandten Fragebogen bezogen.

	ja	nein	z. Teil
1. Fühlten Sie sich über den allgemeinen Verfahrensablauf ausreichend und rechtzeitig informiert?	72 %	7 %	21 %
2. Waren unsere schriftlichen Mitteilungen an Sie verständlich verfaßt?	79 %	---	21 %
3. Sind Sie mit der Zusammenlegung der Flurstücke zufrieden?	69 %	10 %	21 %
4. Würden Sie ihre Flurstücke heute noch stärker zusammenlegen lassen, auch unter dem Aspekt, eventuell andere Nachteile wie z.B. Hängigkeit, Entfernung in Kauf zu nehmen?	17 %	62 %	21 %
5. Sind Sie mit der Qualität des Ausbaues der gemeinschaftlichen Anlagen zufrieden?	55 %	21 %	24 %
6. Sind Sie weitgehend mit dem örtlichen Verlauf der neuen Wege einverstanden?	73 %	10 %	17 %
7. Wurden die Belange der Landespflege genügend berücksichtigt?	79 %	3 %	18 %
a) durch Hecken und Gehölze			
b) durch Einzelbäume			
8. Waren die Kosten des Verfahrens für Sie tragbar?	86 %	7 %	7 %

	ja	nein	z.Teil
9. Konnten Sie in den vergangenen Jahren bereits Einsparungen durch die Flurbereinigung feststellen?	78 %	18 %	4 %
- bei der Arbeitszeit?			*
- beim Maschineneinsatz?			*
- beim Saatgut und bei den Düngemitteln?			*
- bei der Unkraut- und Schädlingsbekämpfung?			*
* Wenn möglich geben Sie bitte die Einsparungen in Prozent an.			
10. Konnten Sie Vertrauen zu unseren Mitarbeitern gewinnen?	76 %	7 %	17 %
11. Fühlten Sie sich durch unsere Mitarbeiter gut beraten?	79 %	7 %	14 %
12. Würden Sie die Durchführung einer Flurbereinigung auch heute befürworten?	79 %	14 %	7 %

### 3. Auswertung selbst

Überrascht hat das Ergebnis zu den Fragen Nrn. 3 und 4 hinsichtlich der Zusammenlegung der Flurstücke.

Über den Grund können wir nur mutmaßen.

In einem Teil des Flurbereinigungsgebietes wird sehr umfangreich Kartoffelanbau wie auch Obstanbau betrieben.

Auf Grund der starken Witterungsabhängigkeit dieser Anbauarten (Frostgefahr, Wasserhaushalt) ist es durchaus möglich, daß die Landwirte lieber "auf Nummer sicher gehen" und mehrere Felder unterschiedlicher klimatischer Verhältnisse und Bodenarten bewirtschaften möchten.

Auf Grund der relativ großen neuen Flurstücke und den hohen Bodenpreisen (6 - 12 DM m<sup>2</sup>) treten mitunter auch Probleme beim Verkauf der Grundstücke wegen des hohen Gesamtpreises auf. Diese Probleme wurden uns auch bereits anläßlich des Planwunschtermines häufiger vorgetragen.

#### Zu Frage Nr. 5: Qualität des Ausbaues der gemeinschaftlichen Anlagen

Im Flurbereinigungsgebiet wurden die Hauptwirtschaftswege in der Regel gem. 7.10.3.3 alte RLW befestigt. Bedingt durch den Einsatz schwerer Maschinen in der Landwirtschaft als auch im Bereich des Abbaues von Bodenvorkommen, mußten diese Wege einer hohen Beanspruchung standhalten. Ein Teil der Wege wurde bereits vor der Vorlage des Flurbereinigungsplanes, etwa ab 1981, angelegt. In der Zwischenzeit sind nun 10 Jahre vergangen und es machen sich die ersten Schäden bemerkbar.

#### Zu Frage Nr. 7: Belange der Landespflege

Bemerkenswert ist die hohe Akzeptanz für die ausgewiesenen Landespflegeeinrichtungen, nehmen diese doch eine Fläche von ca. 14 ha bei einem Bodenwert von ca. 10,- DM/m<sup>2</sup> ein.

Zu Frage Nr. 9: Einsparung von Arbeitszeiten etc.

Auf die Auflistung der Einsparungen bei Arbeitszeit, Maschineneinsatz, Saatgut, Düngemitteln, Unkraut- und Schädlingsbekämpfung wird hier verzichtet, da nur einzelne Teilnehmer hier Angaben machten. Diese Einsparungen wurden mit 5 % bis 50 % angegeben.

Zu Frage Nr. 12: nochmalige Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens

Trotz verschiedener Kritikpunkte würden 79 % der Befragten die erneute Durchführung eines Flurbereinigungsverfahrens befürworten.

#### 4. Fazit

Wie bereits zu Beginn gesagt, kann das Ergebnis nicht repräsentativ sein. Die Auswertung kann jedoch dazu beitragen, uns auf Mängelpunkte eines Bodenordnungsverfahrens hinzuweisen und somit in Zukunft noch bessere Ergebnisse bei der Durchführung von Bodenordnungsverfahren zu erreichen.

## Erfahrungen beim Einsatz der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure in Flurbereinigungsverfahren im Kulturamtsbezirk Kaiserslautern

von Vermessungsamtsrat Wilhelm Junk, Kaiserslautern

### 1. Allgemeines

Beim Kulturamt Kaiserslautern werden seit dem Jahre 1989 verschiedene Arbeiten im Rahmen der Mittelzuweisungen des MLWF an Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure (ÖbVI) vergeben.

Es handelt sich dabei überwiegend um Verfahrensgenzen, die in nicht einwandfreiem Kataster liegen und nach Nr. 3.7 VVZusKatFlurb durch die Katasterverwaltung oder ÖbVI hergestellt werden sollen, sowie um einen Auftrag zur Fertigstellung von Rahmenrissen und einer Absteckung und Vermarkung der neuen Flurstücke (Planabsteckung).

Das Gesamtauftragsvolumen der Arbeiten bewegte sich dabei wie folgt:

#### 1.1 Verfahrenskosten

im Jahre 1989	62.910,-- DM
1990	141.131,-- DM
1991	39.704,-- DM

insgesamt	243.745,-- DM
-----------	---------------

## 1.2 Ausführungskosten

im Jahre 1989	96.581,-- DM
1990	191.254,-- DM
1991	73.814,-- DM
insgesamt	<u>361.649,-- DM</u>

Das geringere Volumen der Verfahrens- und Ausführungskosten im Jahre 1991 resultiert hauptsächlich daraus, daß durch Kürzung der Haushaltsmittel dem Kulturamt Kaiserslautern nicht mehr Geld zur Verfügung stand.

## 2. Grenzfeststellung

Zwischen dem Kulturamt und dem ÖbVI wird ein Werkvertrag geschlossen, dessen Gegenstand die Herstellung einer genau definierten Grenze ist. In diesem Vertrag ist die Vergütung für den ÖbVI (Verfahrenskostenanteil) sowie der Umfang der Leistungen bestimmt, die mit der Beschaffung der Unterlagen beim Katasteramt beginnt, die häusliche Vorbereitung, die örtliche Feststellung der Grenzpunkte sowie die Durchführung des Abmarkungstermines beinhaltet und mit der Abgabe der erforderlichen Unterlagen zur Fortführung des Liegenschaftskatasters beim zuständigen Katasteramt endet. Dieses übernimmt auch die sachliche und rechnerische Feststellung der Rechnungen.

Zwischen der Teilnehmergeinschaft - vertreten durch den Vorsitzenden - des jeweiligen Verfahrens, in dem die Grenzfeststellungsarbeiten durchgeführt werden sollen und dem ÖbVI wird zeitgleich mit dem Vertrag über die Herstellung der Verfahrensgrenze ein weiterer Vertrag über die Gestellung von Meßgehilfen (Ausführungskostenanteil) geschlossen. In der Regel stellt der ÖbVI die zur Durchführung erforderlichen Meßgehilfen. Bei Bedarf können zusätzliche Hilfskräfte von der Teilnehmergeinschaft gestellt werden.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über Art und Umfang der vom Kulturamt Kaiserslautern vergebenen Arbeiten:

Eine Auswertung der Daten ergibt, daß eine Verfahrensgrenzherstellung von ca. 120 - 130 Punkten vom ÖbVI unter Einsatz eines Meßtrupps in der Regel ohne größere Schwierigkeiten zeitgemäß abgewickelt werden kann. Wesentlich umfangreichere Aufträge konnten nur mit hoher zeitlicher Verzögerung ausgeführt werden, obwohl dem ÖbVI bei Vertragsabschluß Auftragsumfang und Zeitvorgaben bewußt waren.

Die vergebenen Grenzfeststellungen lagen fast ausschließlich in Gebieten mit Bodenwerten unter 8,-- DM/m<sup>2</sup>, so daß ein Vergleich der Arbeitsleistungen zulässig erscheint.

Die Zahl der festgestellten Punkte je Außendiensttag bewegt sich von 2,71 bis 6,77 Punkte und liegt im Gesamtdurchschnitt bei 4,4 Punkten. Dementsprechend bewegen sich auch die Kosten je hergestellten Knickpunkt. Sie liegen zwischen 90,-- DM/Punkt und 345,-- DM/Punkt im Durchschnitt bei 188,-- DM/Punkt nur für den Ausführungskostenanteil (Meßgehilfenlöhne und Reisekosten) und zwischen 218,-- DM/Punkt und 469,-- DM/Punkt im Durchschnitt bei 301,-- DM/Punkt für die Gesamtkosten (Ausführungs- und Verfahrenskosten).

Die Extremwerte nach oben können als Ausreißer betrachtet werden, da in einem Fall ein hervorragender Katasternachweis und Abmarkungszustand vorgefunden wurde und im anderen Fall schwierigste Gelände und eine uneffektive Arbeitsweise die Gründe für die geringere Punktleistung und daraus resultierend die hohen Kosten waren.



Die Landesverordnung über die Vergütung der ÖbVI enthält feste Sätze für jeden festgestellten Knickpunkt in Abhängigkeit des Bodenwertes, so daß der Verfahrenskostenanteil eine fest zu kalkulierende Größe ist, die nur unwesentlich durch die Reisekosten nach Nr. 7.7 der Landesverordnung beeinflusst wird.

Der Ausführungskostenanteil hingegen ist abhängig von der Anzahl der geleisteten Stunden und dementsprechend eine schwer zu schätzende Größe, was auch aus der Tabelle ersichtlich ist.

Die Ausführungskosten für einen Meßtrupp (2 Personen) betragen bei einem Achtstundentag nach geltender Gebührenordnung 930,- DM incl. 14 % Mehrwertsteuer.

Zwangsläufig stellt sich die Frage nach einem Vergleich bei Arbeitsabwicklung durch das Kulturamt.

Beim Kulturamt Kaiserslautern besteht die Möglichkeit, Meßgehilfen vom Wasser- und Bodenverband einzusetzen. Dabei werden der Teilnehmergemeinschaft für den gleichen Meßtrupp 558,- DM ohne Mehrwertsteuer pro Tag in Rechnung gestellt.

Unterstellt man einem Meßtrupp unter Leitung eines Bediensteten des Kulturamtes eine ähnliche Effizienz wie dem unter Leitung eines ÖbVI, so muß doch eine erhebliche Ersparnis im Ausführungskostenbereich festgestellt werden.

Von Vorteil für das Kulturamt ist allerdings die Tatsache, daß bei Vergabe an ÖbVI kein Mitarbeiter einer ptB-Gruppe für die Zeit der Arbeiten gebunden ist, wenngleich der Zeitaufwand für die Betreuung des ÖbVI (Vorbereitung der Vergabe, Kontrolle und Übernahme sowie Nacharbeiten), der in der Größenordnung von 10 - 15 Tagen liegt, nicht außer acht gelassen werden kann. Die Arbeiten sind beim Kulturamt Kaiserslautern beim Bürovorsteher des Vermessungsbüros II zugeordnet.

### 3. Planabsteckung

Im Jahre 1989 wurde die Absteckung der neuen Flurstücke in einem Verfahren von ca. 200 ha durch einen ÖbVI ausgeführt. Dabei waren die Ausgangspunkte des Wegenetzes vor Absteckung der neuen Grenzpunkte zu überprüfen und die neuen Grenzpunkte an den Wegeseiten in der Geraden abzustecken und zu vermarken. Die Vermarkung erfolgte durch Hilfskräfte der Teilnehmergemeinschaft. Es wurden 486 Punkte in 14 Arbeitstagen abgesteckt. Die zeitlichen Vorgaben wurden damit exakt eingehalten.

Die Planaufmessung, die durch das Kulturamt vorgenommen wurde, ergab, daß sich nur eine geringe Fehlerquote bei der Absteckung einschlich; der Autor ist jedoch der Auffassung, daß Planabsteckung, Abmarkung und Planaufmessung, um einen rationellen Arbeitsablauf zu gewährleisten, in einer Hand, und zwar im Arbeitsbereich des Kulturamtes, bleiben sollen. Bei der Absteckung erkennen die Mitarbeiter des Kulturamtes wie die Zuteilung auf dem Papier (der Zuteilungskarte) mit der Örtlichkeit zusammenpaßt.

Eine fehlerhafte Zuteilung, die eine Änderung oder Verbesserung im Nachtrag I zum Flurbereinigungsplan erfordert, wird somit frühzeitig registriert, so daß bei der Offenlegung des Flurbereinigungsplanes oder späteren Widerspruchsverhandlungen bereits darauf hingewirkt werden kann.

### 4. Rahmenrißbearbeitung

Die Ausarbeitung der Rahmenrisse, die nach Abschluß eines Bodenordnungsverfahrens gefertigt und an die Katasterverwaltung abgegeben werden, wurde im Jahre 1989 für ein Verfahren an einen ÖbVI übertragen.

Vergabe von Arbeiten an ÖbVi

Kulturamt Kaiserslautern

Jahr	Art d. Arbeit	Arbeitsumfang		Bodenwert	Zeitraum		Kosten		Pkte pro AD. Tag	DM / Pkt		DM /km	Bemerkungen
		Anzahl d. Pkte	Grenzlänge		ger. nach Vertrag Wochen	Auflendienst Tage	Verfahrens- kosten	incl. Mwst. Ausführungs- kosten		AK	AK + Vk		
1989	Verf. Grenze	86	2,9 km	< 8 DM = 28% < 50 DM = 52% < 100 DM = 20%	12 W	23 T	10 998,-	7 722,-	3,74	90	218	6455	
	Verf. Grenze	150	8,0 km	< 8 DM = 51% < 20 DM = 49%	14 W	38 T	15 508,-	25 140,-	3,95	168	271	5081	
	Verf. Grenze	365	17,5 km	< 8 DM	38 W	81 T	36 404,-	63 719,-	4,51	175	274	5721	Zuwendung Kat.-Verw. Vertragsverlängerung
Σ 1989							62 910,-	96 581,-	Ø 4,07	Ø 144	Ø 254	Ø 5752	
1990	Rahmenrisse	150 RR		—	28 W		49 590,-						
	Planabsteckung	486 Pkte	200 ha	—	3 W	14 T	11 635,-	33 155,-					
	Verf. Grenze	124	2,7 km	< 8 DM	19 W	23 T	12 230,-	17 917,-	5,39	144	243	11166	
	Verf. Grenze	122	2,9 km	< 8 DM	17 W	30 T	12 643,-	24 074,-	4,07	197	301	12 661	Zuwendung Kat.-Verw.
	Verf. Grenze	155	5,0 km	< 8 DM	12 W + 12 W	46 T	16 113,-	36 556,-	3,37	236	340	10 534	Vertragsverlängerung
Σ 1990	Verf. Grenze	299	14,5 km	< 8 DM	21 W + 12 W	100 T	38 920,-	79 552,-	2,99	266	396	8170	Vertragsverlängerung
							141 131,-	191 254,-	Ø 3,96	Ø 211	Ø 320	Ø 10 638	
Gebühren- erhöhung 1991	Verf. Grenze	110	4,7 km	< 8 DM	12 W	18 T	12 800,-	15 999,-	6,11	145	262		Zuwendung Kat.-Verw.
	Verf. Grenze	133	4,2 km	< 8 DM	12 W	49 T	16 503,-	45 867,-	2,71	345	469		
	Verf. Grenze	88	2,6 km	< 8 DM	9 W	13 T	10 401,-	11 948,-	6,77	136	254		Zuwendung Kat.-Verw.
Σ 1991							39 704,-	73 814,-	Ø 5,20	Ø 209	Ø 328	Ø 9858	
Σ gesamt							243 745,-	361 649,-	Ø 4,41	Ø 188	Ø 301	Ø 12 584	

Dabei wurden dem Büro die von der Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung auf transparentem Zeichenträger maschinell gezeichneten Rahmenrisse, die bereits die Eintragungen der Schriftleiste, Grenz- und Vermessungspunkte mit Punktnummern, die Grenzlinien, die Flurstücksnummern (teilweise) sowie die Gebäudebegrenzungslinien enthalten, zur Verfügung gestellt.

Aufgabe des Büros war die Ergänzung der zeichnerischen Darstellung nach Rißerlaß und Zeichenvorschrift, Eintragen des Meßzahlenwerkes sowie Überprüfung der Angaben anhand der vom Kulturamt überlassenen Berechnungsprotokolle.

Der Auftrag wurde fristgerecht abgewickelt, doch es wurde deutlich, daß die Bearbeiter mit der Problematik und Systematik der EDV (elektronische Datenverarbeitung), die durch einzelne Flächen-, Punkt- und Gebäudedateien die digitalisierten Daten für die maschinelle Zeichnung der Rahmenrisse und Rahmenkarten enthält, nur schwer zurechtkamen. Das gleiche gilt auch für die Umnummerierung der neuen Grenzpunkte in den Numerierungsbezirk Kilometerquadrat. Es mußte einige Zeit zur Berichtigung von Mitarbeitern des Kulturamtes aufgewendet werden. Weiterhin war zu erkennen, daß die Vorgaben des Rißerlasses und der Zeichenvorschrift nicht beachtet wurden oder bekannt waren.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Ziel der Verträge im Endergebnis erreicht wurde, wobei nicht übersehen werden kann, daß auch ein nicht unbedeutender Aufwand des Kulturamtes bei der Vertragsabwicklung mit den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren erforderlich war.

## AUS DER RECHTSPRECHUNG

### 1. Zu § 36 FlurbG

**Ansprüche auf Entschädigungen für Ertragsausfall infolge des Vorwegausbaus sind unmittelbar im Zusammenhang mit dem Erlaß der vorläufigen Anordnung nach § 36 FlurbG geltend zu machen.**

**Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 21.08.1991 - 9 C 10247/90 -**

Unzulässig ist auch die Forderung der Kläger auf Schadensersatz für Ernteausschlag während des Vorwegausbaues des neuen Wegenetzes in den Jahren 1981 und 1982. Denn unabhängig von der Landabfindung waren die Forderungen der Kläger auf Ersatz des nach ihrer Darstellung in den Jahren 1981 bis 1982 ihnen durch den Vorwegausbau des Wegenetzes entstandenen Schadens gegen die den Vorwegausbau nach § 36 FlurbG anordnende vorläufige Anordnung zu richten. Das aber ist ohne Zweifel nicht geschehen, so daß diese vorläufige Anordnung für die Kläger mit der Folge unanfechtbar geworden ist, daß ihre erst im Klageverfahren vorgebrachte Forderung jedenfalls verfristet ist.

G. Schaub

**2. Zu § 44 FlurbG:**

**Ebensowenig wie andere Flurbereinigungsteilnehmer haben auch Inhaber von Aussiedlungsbetrieben keinen Rechtsanspruch auf eine bestimmte Gestaltung ihrer Landabfindung**

**Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 17.04.1991 - 9 C 10339/89 -**

Der Kläger kann auch aus dem Umstand, daß er unter Einsatz öffentlicher Mittel mit seinem landwirtschaftlichen Betrieb angesiedelt worden ist, keinen Anspruch auf die Zuweisung bestimmter Flächen herleiten. Denn, wie bereits dargelegt, besteht - auch für Aussiedler - kein Anspruch auf Zuweisung einer bestimmten Abfindung auch nicht im Hofanschluß, da dies der Zielsetzung des Flurbereinigungsgesetzes und dem der Flurbereinigungsbehörde übertragenen Gestaltungsauftrag entgegenwirken würde.

G. Emig

**3. Zu § 51 Abs. 1 FlurbG:**

**Einem Flurbereinigungsteilnehmer steht für die von ihm in seinen Abfindungsstücken durchgeführten "Feinarbeiten" ein Ausgleichsanspruch nach § 51 FlurbG nicht zu.**

**Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 13.06.1991 - 9 C 11677/90 -**

Die Kläger machen schließlich zu Unrecht weitergehende Entschädigungsforderungen geltend, die sie aus der Beseitigung vorübergehender Nachteile herleiten. Nach § 51 FlurbG besteht jedoch ein Ausgleichsanspruch wegen vorübergehender Nachteile nur dann, wenn diese das Maß der den übrigen Teilnehmern entstehenden gleichartigen Nachteile erheblich übersteigen. Bei den Instandsetzungsarbeiten in den neuen Abfindungsgrundstücken, wie sie die Kläger anführen, handelt es sich um Lasten, die allen Flurbereinigungsteilnehmern entstanden sind und die das Maß dieser Arbeiten nicht erheblich übersteigen. Im allgemeinen führt die Teilnehmergeinschaft als Ausbauträgerin der gemeinschaftlichen Anlagen und Maßnahmen nur diejenigen Arbeiten aus, welche im Wege- und Gewässerplan verbindlich festgelegt sind. Dazu gehören nicht die "Feinarbeiten", die nach der Herstellung gemeinschaftlicher Anlagen oder durchgeführter Meliorationen erforderlich sind. Solche Restarbeiten sind von den einzelnen Flurbereinigungsteilnehmern selbst auszuführen. Dies ist ihnen auch zumutbar und liegt in ihrem eigenen Interesse, da dadurch die ohnehin hohen Flurbereinigungskosten in erträglichen Grenzen gehalten werden. Im vorliegenden Fall oblag es daher den Klägern, die ihnen zugeteilten Weinberggrundstücke nach den Flurbereinigungsmaßnahmen möglichst rasch pflanzfertig herzurichten, um die durch die Bodenneuordnung ohnehin entstehenden Ertragsausfälle zu begrenzen.

G. Emig

**4. Zu § 59 Abs. 2 FlurbG:**

**Wird in der Niederschrift über den Anhörungstermin nach § 59 Abs. 2 FlurbG ein "Antrag" gestellt, so ist er als Widerspruch zu werten, wenn er die Wertgleichheit der Abfindung oder den Erschließungsanspruch betrifft.**

**Flurbereinigungsgericht Koblenz, Urteil vom 17.04.1991 - 9 C 10338/89 -**

Es ist auch im Grunde nicht fraglich, daß die Kläger wegen ihres neben ihrem Widerspruch gegen die Landabfindung zur Niederschrift erklärten Antrages auf Anordnung der geforderten Wegeausbaumaßnahme den Rechtsweg beschreiten können, obwohl sie gleichzeitig zur selben Niederschrift erklärt haben, daß ihnen der Unterschied zwischen Widerspruch und Antrag, wie ihn die Flurbereinigungsbehörde verstanden wissen will, bekannt

# BUCHBESPRECHUNGEN

## Bauernhaus und Landschaft

**Verfasser:** Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz Ellenberg  
**Umfang:** 585 Seiten mit 224 Farbphotos, 357 Zeichnungen und Karten  
**Preis:** DM 98,-  
**Verlag:** Eugen Ulmer, Stuttgart

Die Schönheit und Vielfalt alter Bauernhäuser und Höfe in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland und seinen Nachbarländern, ist aus einer Vielzahl von Bildbänden und Beschreibungen bekannt. Erfreulich groß ist die Anzahl der Freizeitmuseen, in den charakteristischen Bauformen bewahrt und zugänglich gemacht werden. Weitgehend unbekannt geblieben sind die in vielen Jahrhunderten entstandenen Beziehungen zwischen Bauernhaus und Landschaft. Diesen anhand von Kartierungen sowie vergleichender und historischer Darstellungen nachzugehen, ist das Anliegen dieses umfassenden, sorgfältig recherchierten Buches.

Anschaulich werden die Abhängigkeiten zwischen unterschiedlichen Landschaftstypen und Bauweisen beschrieben und mit einer Fülle von charakteristischen Bildern belegt. Dabei macht der Autor nicht an den Grenzen Deutschlands Halt, die Niederlande, Dänemark, die Schweiz, Österreich, die Tschechoslowakei und Polen werden in die Untersuchungen einbezogen.

Umfangreiche Hinweise zur künftigen Entwicklung ländlichen Bauens machen das Buch nicht nur für Landeskundler, Agrarhistoriker und -soziologen interessant. Auch Denkmalschützer, Landschaftsplaner und Dorferneuerungsplaner finden zahlreiche Anregungen und Hinweise, die Fehlplanungen bei Dorferneuerung und Dorfentwicklung vermeiden helfen.

Dr. Claus-Rainer Hess

sei. Zuvor hatte zwar die Behörde zu diesem Unterschied ausweislich der Niederschrift über den Termin über die Anhörung der Beteiligten über den Inhalt des bekanntgegebenen Flurbereinigungsplanes darauf hingewiesen, daß aus einem abschlägig beschiedenen Antrag, der eine andere rechtliche Bewertung als ein Widerspruch habe, ein Widerspruch nicht hergeleitet werden könne. Mit dieser Verfahrensweise bezweckt die Flurbereinigungsbehörde eine Vereinfachung und Abkürzung des Massenverfahrens Flurbereinigung, für die praktische Erwägungen sprechen mögen. Aus Rechtsgründen kommen aber hierfür nur solche Fälle in Betracht, in denen es um die Durchführung von tatsächlichen Maßnahmen geht, die beispielsweise der Verbesserung der Nutzbarkeit landwirtschaftlicher Flächen der Teilnehmer dienen, nicht aber die Wertgleichheit der Abfindung oder den nach § 44 Abs. 3 Satz 3 FlurbG gewährleisteten Erschließungsanspruch betreffen. Die Unterscheidung zwischen Widerspruch und Antrag, die von der Flurbereinigungsbehörde anläßlich der Vorlage des Flurbereinigungsplanes gemacht worden ist, entspricht einer seit langem geübten Praxis, ist aber nur insoweit rechtlich unbedenklich, als es sich um Anträge auf Vornahme tatsächlicher Handlungen in dem oben genannten Sinne handelt, weil andernfalls die Vorschrift des § 142 Abs. 2 FlurbG insoweit praktisch ins Leere tiefe, als dort von einem Antrag auf Vornahme eines Verwaltungsaktes die Rede ist.

G. Emig

## **Mensch - Dorf - Landschaft**

### **Heimat - ein Ort irgendwo?**

- Verfasser:** Erika Haindl, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturanthropologie, Universität Frankfurt
- Wilhelm Landzettel, o. Professor für das Ländliche Bau- und Siedlungswesen, Universität Hannover
- Vertrieb:** Flurbereinigungsdirektion München, Infanteriestraße 1, D - 8000 München 40
- Umfang:** 183 Seiten mit 240 Abbildungen, 57 Plandarstellungen und 59 Freihandzeichnungen
- Preis:** 15,- DM, incl. Versandkosten

Im Vorwort des Buches heißt es einleitend: "Dörfer und Landschaft sind Lebensräume der Menschen. Alles Planen, alles Bauen bewirkt Veränderungen dieses Lebensraumes. Darin liegt eine große Verantwortung all jener, die in irgendeiner Weise an der Neuordnung des ländlichen Raumes beteiligt sind."

Den damit verbundenen Fragen gehen die Kulturanthropologin Dr. Erika Haindl und Universitätsprofessor Wilhelm Landzettel nach. Erstere beschäftigt sich dabei mit der Kultur des Dorfes und fordert, daß in erster Linie die im Dorf lebenden Menschen selbst ihren eigenen Lebensraum lebenswert machen müssen. Wilhelm Landzettel, der sich seit vielen Jahren mit der Gestalt von Landschaft und Siedlung sowie deren Wirkung auf die Menschen beschäftigt, führt den Leser in einer Schulung "des Sehens und Empfindens" zu den Kern- und Wesensinhalten von Orten. Am Beispiel von sechs Dörfern werden die Möglichkeiten aufgezeigt, wie im ganzheitlichen Ansatz der Mensch, das Dorf und die Landschaft zusammenfinden können und wie im Rahmen jeder Planung hinterfragt und bedacht werden muß, was für das Wesen des Dorfes und seine erkennbare und benennbare Gestaltung wichtig ist. Es wird die Notwendigkeit herausgestellt, daß bei umfassenden Veränderungen dörflicher Strukturen das interdisziplinäre Zusammenwirken von Kommunalpolitikern, Planern und Bürgern aufeinander abgestimmt werden muß.

Das Buch ist nicht zuletzt für alle diejenigen von Bedeutung, die sich im Rahmen der ländlichen Neuordnung durch Flurbereinigung und Dorferneuerung mit "Mensch - Dorf - Landschaft" zu befassen haben und sich gegenüber diesen verpflichtet fühlen.

Felix Zillien

# LITERATURÜBERSICHT

von Axel Lorig und Rudolf Dielmann, Mainz

## Recht der Landwirtschaft

- Zillien, F.: Vernetzte Biotopsysteme und ländliche Bodenordnung (I), Heft Nov. 1991, S. 281
- Zillien, F.: Konkrete Möglichkeiten zur Vernetzung von Biotopsystemen (II), Heft Dez. 1991, S. 309
- Dippold, R.: Flurbereinigung und städtebauliche Planung, Heft Dez. 1991, S. 311

## Zeitschrift für Kulturtechnik und Landentwicklung

- Schmidt, R.: Landentwicklung durch Flurbereinigung - Realisierung von bodenbeanspruchenden Maßnahmen, gezeigt am Beispiel der Flurbereinigung Ubstadt - Weiher, Heft 4, 1991, S. 217
- Quast, J.: Kulturtechnik und Landentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern, Heft 5, 1991, S. 273
- Reschke, K.: Ökologischer Wiederaufbau geschädigter Agrarlandschaft, Heft 5, 1991, S. 291
- Hoisl, R.: Ländliche Wege - und bautechnische Strukturen in der Landschaft, Heft 6, 1991, S. 375

## Zeitschrift für Vermessungswesen

- Magel, H.: Europäische Aufgabe Dorf- und Landschaftsentwicklung - Aktuelle Anmerkungen zum Stellenwert und Weg der Ländlichen Neuordnung in Bayern, Heft 8/9, 1991, S. 325
- Läpple, E.C.: Hat die Flurbereinigung noch eine Zukunft?, Heft 10, 1991, S. 395
- Thöne, K.-F.: Zur Entwicklung der Flurbereinigung in den neuen Bundesländern, Heft 10, 1991, S. 399
- Müller, W.: Ein geographisches Informationssystem für die Ländliche Neuordnung, Heft 10, 1991, S. 405
- Kiefer, L.: Punktfestlegung im photogrammetrischen Stereomodell in Flurbereinigungsverfahren, Heft 10, 1991, S. 414



- Weiß, E.: Möglichkeiten der Unternehmensflurbereinigung zur Förderung von Fachplanungen, Heft 10, 1991, S. 420
- Burgmeier, K.: Betriebswirtschaftliche Wirkung der Flurneuordnung, Heft 10, 1991, S. 442
- Attenberger, J.: Landentwicklung in Nan Zhang Lou - Zwischenbericht zu einem Flurbereinigungs- und Dorferneuerungsprojekt in China, Heft 10, 1991, S. 455

### **BDVI - FORUM**

- Jäger, U. u. Rath, C.: Modernes Aufnahmepunktfeld als Grundlage des Koordinatenkatasters, Heft 2, 1991
- Akyol, N.: Zur Entwicklung der Flurbereinigungsarbeiten in der Türkei, Heft 2, 1991

### **Österreichische Zeitschrift für Vermessungswesen**

- Magel, H.: Europäische Aufgabe Dorf- und Landschaftsentwicklung, Heft 3, 1991
- Kraus, K.: Welche Umweltparameter kann man mit Photogrammetrie und Fernerkundung erfassen?, Heft 3, 1991

### **Vermessungstechnik**

- Dorrer, E.: Aufgaben und Ziele der Deutschen Gesellschaft für Photogrammetrie und Fernerkundung, Heft 4, 1991
- Kirchhoff, W.: Aufgaben und Bedeutung der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Flurbereinigung im gesamtdeutschen Raum, Heft 4, 1991

### **Allgemeine Vermessungsnachrichten**

- Mauksch, W.: Flächenstillegung pro oder contra Naturschutz?, Heft 8/9, 1991
- Kast, G.: Der Geodät in der Flurbereinigungsverwaltung, Heft 11/12, 1991, S. 386

### **Mitteilungsblatt DVW - Baden-Württemberg -**

- Illner, M. u. Klees, R.: NAVSTAR - GPS: Systembeschreibung und Einsatzmöglichkeiten, Sonderheft 1991
- Klees, R. u. Illner, M.: Aspekte bei der Planung von GPS - Projekten, Sonderheft 1991

- Illner, M. u. Klees, R.: Auswertung von GPS - Beobachtungen und Ergebnisanalyse, Sonderheft 1991
- Heck, B.: Referenzsysteme, Sonderheft 1991
- Schmidt, G.: Transformationsprobleme, Sonderheft 1991
- Jäger, R. u. van Mierlo, J.: Mathematische Modellbildungen bei der Integration von GPS - Konfigurationen in bestehende Netze, Sonderheft 1991
- Jäger, R. u. van Mierlo, J.: Genauigkeit, Zuverlässigkeit und Ergebnisinterpretation bei der Planung und Ausgleichung von GPS - Konfigurationen und der GPS - Integration in bestehende Netze, Sonderheft 1991

### **Vermessung - Photogrammetrie - Kulturtechnik**

- Grewe, K.: Vermessungsgeräte der Römer, Heft 11, 1991
- Minow, H.: Vermessungsinstrumente im Mittelalter, Heft 11, 1991
- Kröger, K.: Eine technikgeschichtliche Betrachtung zur Entwicklung geodätischer Instrumente, Heft 11, 1991

### **Mitteilungsblatt des DVW - Bayern -**

- Aulig, G. u. Brösamle, E.: Umweltverträglichkeitsprüfung in der Ländlichen Neuordnung, Heft 2, 1991
- Bischoff, H.: Ländliche Neuordnung durch Flurbereinigung und Dorferneuerung im Fränkischen Seenland, Heft 3, 1991
- Perzl, W.: Leuchtenberger Dorfkultur auf dem Pflaster einer pragmatischen Dorferneuerung, Heft 3, 1991

### **Nachrichten der Vermessungsverwaltung Rhld.-Pf.**

- Schuld, W.: Freie Stationierung und Koordinatenübertragung, Heft 3, 1991
- Grosse, C.: Nachweis der Vermessungsergebnisse und Fortführungsriß, Heft 3, 1991
- Schoppmann, H.: Grenzermittlung und Grenzfeststellungsverfahren, Heft 3, 1991
- Mehlem, J.: Behandlung der Gewässer im Liegenschaftskataster, Heft 3, 1991

### **Die Asphaltstrasse**

- Paulmann, G.: Wiederverwendung von Asphalt, Heft 1, 1992, S. 16

- Dübner, R.: Asphaltstraßenbau im letzten Vierteljahrhundert, Jubiläumsausgabe, 1991, S. 23

### **Bitumen**

- Tappert, A.: Erneuerung von Betonfahrbahnen mit Asphalt, Heft 3, 1991, S. 114
- Schäfer, V.: Oberflächenbehandlung - Stand der Bautechnik, Heft 3, 1991, S. 120
- Lauger, W.: Tragschichten aus Aufbruchasphalt, Heft 3, 1991, S. 126
- Heide, W.: Aufbereitung und Wiederverwendung von Straßenbaustoffen, Heft 3, 1991, S. 129

### **Tiefbau - BG**

- Bandmann, M.: Arbeitssicherheit bei Bau und Instandsetzung von Leitungen, Heft 10, 1991, S. 684
- Rieger, W.: Ergänzende Auslegung der DIN 4124 für nicht verbaute Gräben bis 1,75 m Tiefe, Heft 12, 1991

### **Wasser und Boden**

- Hager, W.H.: Abschätzung der Dimensionen und Wirkung von Rückhaltebecken, Heft 1, 1991, S. 26
- Scheffer, B. u. Kuntze, H.: Auswirkung von Flächenextensivierung auf die Gewässer, Heft 3, 1991, S. 157
- Bialucha, R., Geisler, J. u. Degro, W.: Zur Wirkung von Hochofenschlacke auf Boden und Grundwasser bei Verwendung im Straßenbau, Heft 9, 1991, S. 540
- Bouwer, W., S. u. Frede, H.-G.: Nitrat im Grundwasser und die Beziehung zur landwirtschaftlichen Göth, Bodennutzung, Heft 2, 1992, S. 64

### **Vermessungswesen und Raumordnung**

- Köttler, Th.: Zur Ökologisierung der Landentwicklung, Heft 8, 1991, S. 392

### **Seminar**

- Baur, H.W.: Kosten senken und Wettbewerbsfähigkeit stärken, Heft 4, 1991, S. 279

### **Rheinische Bauernzeitung**

- Zillien, F.: Bessere Förderung beim umweltschonenden Wegebau, Heft 45, 1991
- Zillien, F.: Die Flurbereinigung als "Flurbereicherung" Heft 5, 1992

### **Pfälzer Bauer**

- Zillien, F.: Die Flurbereinigung als Flurbereicherung, Heft 48, 1991, S. 28

### **Heimatjahrbuch des Landkreises Alzey - Worms**

- Zillien, F.: 175 Jahre Rheinhessen, S. 37
- Zillien, F.: Das Aulheimer Tälchen, Schutzwürdiges Kleinod, S. 118

## **EHRUNGEN**

### **- Goldene Ehrennadel an MR a.D. Goldschmitt -**

Am 10. März 1992 fand die Jahreshauptversammlung des Bauernverbandes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz traditionsgemäß im Kurhaus von Bad Münster am Stein statt. Der langjährige Vorsitzende des Verbandes, Herr Werner Rahn, konnte neben zahlreichen Verbandsmitgliedern eine Reihe von Ehrengästen begrüßen.

Für die Abteilung Landeskultur des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz, die für die Durchführung der Verfahren der ländlichen Siedlung zuständig ist, sprach deren Abteilungsleiter, Ministerialdirigent Zillien, ein Grußwort.

Weitere Grußworte überbrachten der Ehrenvorsitzende des Bundesverbandes der Vertriebenen, Herr Schmoll, sowie der Präsident der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, MdB Schartz.

Staatssekretär Günter Eymael, Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Mainz, hatte die Aufgabe des Hauptredebeitrages übernommen. In seiner Rede wies Staatssekretär Eymael darauf hin, daß die EG-Agrarreform auch leistungsfähigen Familienbetrieben mittlerer Größe Zukunftsperspektiven bieten und deren Wettbewerbsfähigkeit stärken müsse.

Er erläuterte ausgiebig die Gesichtspunkte und die bekannten Vorschläge der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur Agrarverwaltungsreform.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung wurde dann der langjährige Siedlungsreferent im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Herr Ministerialrat a.D. Paul Heinz Goldschmitt, durch Herrn Werner Rahn mit der Goldenen Ehrennadel des Bauernverbandes der Vertriebenen in Rheinland-Pfalz ausgezeichnet. Damit wurden die langjährigen Verdienste von Herrn Goldschmitt als Siedlungsreferent und zugleich die langjährige Tätigkeit der rheinland-pfälzischen Landeskulturverwaltung auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung gewürdigt.

Hans Werner Baur

## **Zum Gedenken an Vermessungsdirektor i.R. Dipl.-Ing. Kurt Schlutt**

Am 10. April 1992 verstarb kurz nach Vollendung seines 75. Lebensjahres Vermessungsdirektor Kurt Schlutt in Mühl Dorf am Inn.

Herr Schlutt wurde am 18.02.1917 in Berlin geboren. Nach der Schulausbildung leistete er zunächst den Reichsarbeitsdienst und den allgemeinen Wehrdienst ab. Im Herbst 1938 begann er sein Hochschulstudium an der Technischen Universität Berlin, das er, wie viele Männer seines Alters, bereits 1939 für fast sieben Jahre infolge Kriegsdienst und anschließender Gefangenschaft unterbrechen mußte. Nach dem Abschluß des Geodäsiestudiums im Sommer 1950 arbeitete er zunächst noch als technischer Angestellter bei dem Amt für Vermessung in Berlin-Steglitz, bevor er 1952 - 1954 den Referendardienst wahrnahm. Den Abschnitt Landeskultur leistete er während dieser Ausbildung bei der Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz. Aus dieser Zeit wurde er schon mehreren Bediensteten unserer LKV als zuvorkommende, höfliche Person bekannt, die sich als Großstädter mit Interesse und Bereitschaft den Belangen "auf dem Lande" annahm.

So ist es folgegerecht zu verstehen, daß er nach dem Vorbereitungsdienst seine Berufsarbeit in unserer Verwaltung aufnahm. Von 1954 - 1964 war er als planender technischer Beamter beim Kulturamt Adenau tätig und anschließend in gleicher Funktion bei dem Kulturamt Worms. In den von ihm geleiteten und geplanten Flurbereinigungen erreichte er überdurchschnittlich gute Ergebnisse. In Adenau war er zudem Vorsteher des Wasser- und Bodenverbandes im Kulturamtsbezirk.

Im Jahre 1971 erhielt er seine Bestellung zum leitenden technischen Beamten des Kulturamtes Bad Kreuznach. In seiner kompetenten und ruhigen Art füllte er auch diese Funktion mit Anerkennung und Wertschätzung aus, bis er aus gesundheitlichen Gründen 1977 vorzeitig in den Ruhestand treten mußte.

Am 14. April 1992 fand er in seiner Wahlheimat, im bayerischen Mühl Dorf, seine letzte Ruhe. Die ehemaligen und heutigen Landeskulturbediensteten, die ihn kannten, werden ihn als einen weiterhelfenden, stets um Ausgleich bemühten Menschen in Erinnerung behalten.

Reinhold Engelmann

## **Rainer Grünewald zum Gedenken**

Völlig unerwartet verstarb am 04. April 1992 im Alter von 66 Jahren Vermessungsoberratsrat i.R. Rainer Grünewald in seinen Heimatort Bretzenheim/Nahe.

Als Sohn eines Kaufmanns am 16.02.1926 in Jammelshofen bei Adenau geboren, trat er 1940 seine Lehre beim damals noch selbständigen Kulturamt Bad Kreuznach an, die er nach zweieinhalb Jahren erfolgreich beendete, um danach seine Ausbildung zum Vermessungsingenieur an der Staatsbauschule in Mainz aufzunehmen. Infolge von Wehrdienst und Kriegsgefangenschaft konnte er das Studium erst 1947 abschließen.

Nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes für den gehobenen vermessungstechnischen Dienst war er zunächst als ausführender vermessungstechnischer Sachbearbeiter und später auch als planender technischer Beamter in zahlreichen Flurbereinigungs- und Zusammenlegungsverfahren des Kulturamtes Bad Kreuznach eingesetzt. Ab Mai 1977 bis zu seiner Pensionierung im März 1986 stand er als Bürovorsteher dem Vermessungsbüro I des Kulturamtes Bad Kreuznach vor.

Als Ausbildungsleiter der Zusammenlegungs-Arbeitsgruppen der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation (GFK) und als Mitglied des Prüfungsausschusses für den mittleren und gehobenen vermessungstechnischen Dienst der Landeskulturverwaltung war er stets um eine qualifizierte Ausbildung des Nachwuchses bemüht.

Seit 1960 gehörte Herr Grünwald dem Ortsgemeinderat von Bretzenheim und seit 1979 dem Rat der Verbandsgemeinde Langenlonsheim an. Nach langen Jahren als Erster und Zweiter Beigeordneter seiner Heimatgemeinde übernahm er 1987 das Bürgermeisteramt, das er bis zu seinem Tod innehatte. Dabei setzte er sich ebenso für die Ausweisung von Gewerbegebieten wie für die Ziele der Dorferneuerung im historischen Ortskern seiner Gemeinde ein.

In Anerkennung seines ehrenamtlichen Engagements wurde ihm 1975 die Ehrennadel des Landes Rheinland-Pfalz verliehen.

Die überaus große Schar derer, die dem Verstorbenen das letzte Geleit gab, war Ausdruck der Wertschätzung und Beliebtheit unseres leider allzufrüh von uns geschiedenen Kollegen.

P. Frowein

Aus datenschutzrechtlichen Gründen Personaldaten entfernt.

S. 96 bis 101





## INFORMATIONEN AUS DER LKV

### Ltd.Reg.Dir. Lutz W. Böckenhoff in den Ruhestand verabschiedet

Mit Wirkung vom 01. Dezember 1991 trat Ltd. Regierungsdirektor Lutz W. Böckenhoff in den Ruhestand, nachdem er am 20. November 1991 sein 65. Lebensjahr vollendet hatte. Seine Verabschiedung erfolgte sowohl im Kreise von Freunden und Kollegen im Hotel Sonn-eck zu Deidesheim als auch innerhalb der Abteilung 5 der Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz in Neustadt a.d.W.

Lutz W. Böckenhoff - in Berlin geboren und dort zur Volks- und Oberrealschule gegangen - legte 1946 kriegsbedingt in Michelstadt/Odenwald sein Abitur ab. Nach zwei praxisbezogenen Ausbildungsjahren auf anerkannten landwirtschaftlichen Lehrbetrieben in Westfalen studierte er ab dem Wintersemester 1948/49 Agrarwissenschaften an der Universität Bonn, wo er im Sommersemester 1951 sein Examen als Diplomlandwirt ablegte. Nach vorübergehender Tätigkeit bei der Außenstelle für Erzeugnisse der Ernährung und Landwirtschaft in Frankfurt/Main nahm er ab April 1952 seine landwirtschaftliche Referendarausbildung in Weilburg und Limburg auf, um nach dem zweiten Staatsexamen zunächst als Landwirtschafts-assessor den Dienst an der Landwirtschaftsschule in Geldern/Niederrhein anzutreten.

Zum 01. April 1955 wurde Lutz W. Böckenhoff in die Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz übernommen. Bis Juli 1956 war er zunächst im Angestelltenverhältnis beim Kulturamt Mayen als Siedlungsreferent tätig. Am 01. August 1956 wurde er zum Kulturamtsanwärter unter Berufung in das Beamtenverhältnis ernannt, um die Laufbahn zum Kulturamtsvorsteher zu beginnen. Nach erfolgreicher "Aussprache" auf der Grundlage der damals noch geltenden Vorschriften über die Annahme und Ausbildung der Kulturamtsvorsteher vom 18. Februar 1920 kam Lutz W. Böckenhoff als Regierungsassessor Anfang 1959 an das Kulturamt Koblenz, wo er noch im gleichen Jahr zum Regierungskulturrat ernannt wurde.

Ab Oktober 1963 ließ sich Lutz W. Böckenhoff mehrere Monate an das Bundesernährungsministerium nach Bonn abordnen, um seine beruflichen Kenntnisse zu erweitern. Er kehrte danach an das Kulturamt Koblenz zurück. Von dort wurde er zum 01. November 1964 bei gleichzeitiger Beförderung zum Oberregierungskulturrat als Vorsteher an das Kulturamt Bingen versetzt. Am 01. Februar 1967 erfolgte seine Ernennung zum Regierungsdirektor und am 01. September 1972 zum Leitenden Regierungsdirektor.

Nach fast 10jähriger Tätigkeit als Kulturamtsvorsteher in Bingen wurde Lutz W. Böckenhoff im Zuge der Funktionalreform ab April 1974 als Leiter der Oberen Flurbereinigungsbehörde an die Bezirksregierung Rheinhessen-Pfalz berufen, wo er bis zu seiner Pensionierung über 17 Jahre lang die Fach- und Dienstaufsicht über die nachgeordneten Kulturämter Kaiserslautern, Neustadt und Worms sowie die Dienstaufsicht über die Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung mit hoher Fachkompetenz ausübte.

Bei der Verabschiedung aus dem aktiven Dienst der Landeskulturverwaltung wurden die besonderen Verdienste von Lutz W. Böckenhoff in gebührender Weise gewürdigt. Beste Wünsche der Freunde und Kollegen im Rahmen der Abschiedsfeiern begleiteten Lutz W. Böckenhoff in seinen Ruhestand, in der Zuversicht, daß der persönliche Kontakt zur Landeskulturverwaltung auch weiterhin erhalten bleibt.

Felix Zillien



## **Ministerialrat Paul Heinz Goldschmitt in den Ruhestand verabschiedet**

Der langjährige Leiter des Referates "Einzelbetriebliche Förderung - betreuungspflichtige Maßnahmen -, Agrarstrukturelle Vorplanung" im Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz, Ministerialrat Paul Heinz Goldschmitt, ist mit Ablauf des Monats Februar 1992 aus dem aktiven Dienst in den Ruhestand verabschiedet worden. Nach Kriegsgefangenschaft, landwirtschaftlicher Lehre und Studium der Landwirtschaft an der Universität Gießen war Herr Goldschmitt zunächst für kurze Zeit beim Hessischen Bauernverband e.V. im Jahr 1955 tätig. Anschließend wirkte Herr Goldschmitt neun Jahre als Gruppenleiter für beschleunigte Zusammenlegungsverfahren in den Diensten der Landsiedlung Rheinland-Pfalz GmbH. In dieser Zeit führte er in den ehemaligen Kulturamtsbezirken Birkenfeld und Montabaur sieben beschleunigte Zusammenlegungsverfahren selbst durch und in weiteren vier Verfahren hatte er die Oberleitung.

In den Jahren 1964 und 1965 absolvierte Herr Goldschmitt das Landeskulturreferendariat, das er Ende 1965 mit der Staatsprüfung für den höheren Verwaltungsdienst in der Landes-kulturverwaltung abschloß. Vom 30.10.1965 bis zu seiner Pensionierung am 29.02.1992 stand Herr Goldschmitt ununterbrochen in Diensten des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Mainz.

Fachliche Schwerpunkte seiner dienstlichen Tätigkeit waren die vielfältigen und zahlreichen Verfahren der ländlichen Siedlung und der betreuungspflichtigen Maßnahmen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung. Das weite Feld der ländlichen Siedlung umfaßte die Eingliederung heimatvertriebener Landwirte und Spätaussiedler auf Voll- und Nebenerwerbsstellen, die Nachfinanzierung von Siedlerbetrieben, die Förderung von Vertriebenen mit Land- oder Forstarbeiterstellen, die Anliegersiedlungsverfahren sowie die Siedlungsmaßnahmen für einheimische Landwirte und die betreuungspflichtigen einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen seit Einrichtung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" zum 01.01.1973.

Im Bereich der überbetrieblich wirkenden Agrarstrukturverbesserungsmaßnahmen betreute Herr Goldschmitt die Agrarstrukturelle Vorplanung, die Verfahren der beschleunigten Zusammenlegung, des freiwilligen Land- und Pachttausches sowie die Förderung der Bildung rationeller Bewirtschaftungseinheiten.

Sein besonderer Einsatz galt der sachgerechten Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft bei der Durchführung der Strukturverbesserungsmaßnahmen. Im Kollegenkreis war Herr Goldschmitt nicht nur wegen seiner Fachkompetenz auf dem schwierigen Gebiet der Agrarstrukturverbesserung ein wichtiger Ratgeber, sondern auch wegen seiner stets humor- und verständnisvollen Art immer ein gern gesehener Ansprechpartner.

Im Rahmen der Jahreshauptversammlung des Bauernverbandes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz am 10. März 1992 in Bad Münster am Stein erfuhr Herr Goldschmitt eine besondere Ehrung dieses Verbandes. Der Landesvorsitzende des Bauernverbandes der Vertriebenen, Herr Werner Rahn, verlieh Herrn Goldschmitt die Goldene Ehrennadel des Bauernverbandes der Vertriebenen Rheinland-Pfalz. Damit wurde die Tätigkeit von Herrn Goldschmitt auf dem Gebiet der ländlichen Siedlung in besonderer Weise gewürdigt.

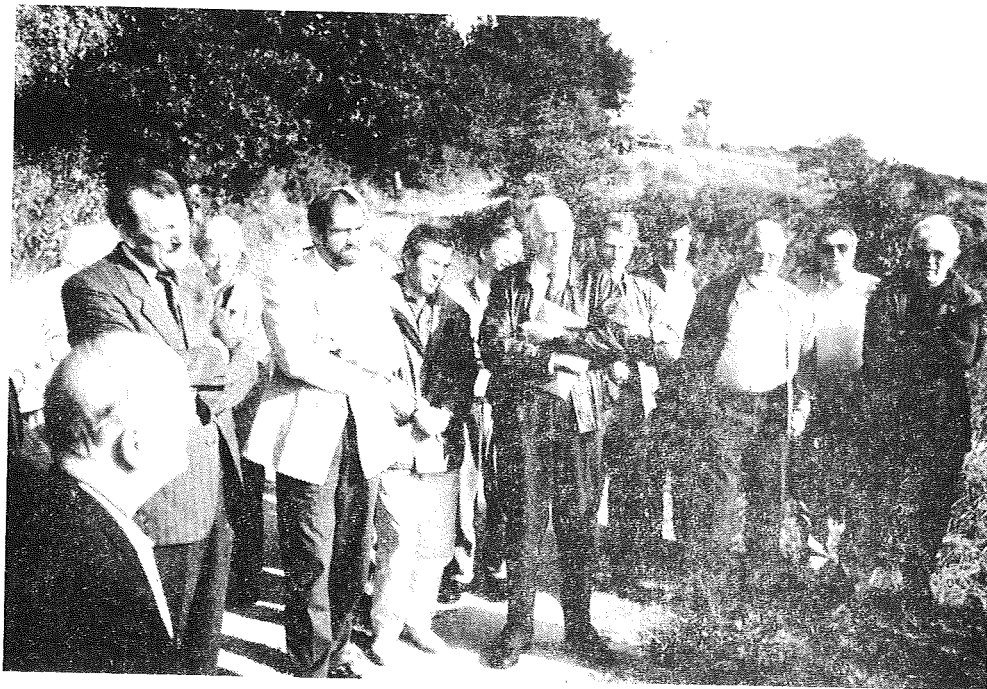
Hans-Werner Baur

## Ministerbesuch in Urbar

von Regierungsdirektor Dr. Günter Müßig, Mainz

Am 13.09.1991 besuchte Landwirtschaftsminister Karl Schneider die Weinbergsflurbereinigung Urbar bei Oberwesel.

Die Exkursion war von der Bundesvereinigung der Verwaltungsbeamten und -angestellten der Landeskulturverwaltungen im Rahmen ihrer Jahrestagung in Emmelshausen veranstaltet worden. Durch das Verfahrensgebiet führten der Kulturamtsvorsteher Ltd. RD Engelmann und der planende technische Beamte OVR Klaus Wagner.



Minister Karl Schneider mit Vertretern der Landeskulturverwaltungen der Länder im Flurbereinigungsgebiet Urbar

Dem 15 ha großen Verfahrensgebiet wurde schon bei Einleitung eine hohe landespflegerische Bedeutung zugemessen. Die ökonomischen und die ökologischen Belange wurden gleichermaßen gewahrt.

Etwa die Hälfte der Fläche des Verfahrensgebietes konnte gemäß § 52 FlurbG erworben werden. Das ermöglichte zum einen, die Weinbergsflächen auf wenige Bewirtschafter mit entsprechend großen Flurstücken zu verteilen, zum anderen, dem Land Rheinland-Pfalz die wertvollen Biotopflächen zuzuweisen.

Die Trockenmauern konnten im Flurbereinigungsgebiet weitgehend erhalten werden. Neue Wege wurden nicht durch Mauern sondern durch Böschungen, denen auf Dauer ein sehr hoher ökologischer Wert zukommt, abgestützt. Insgesamt konnten die Baumaßnahmen kostengünstig gestaltet werden.

Die Exkursionsteilnehmer besichtigten am Nachmittag unter Leitung des Kulturamtsvorstehers Ltd. RD Wabnitz den Steillagenweinbau an der Untermosel in Alken und in Kobern-Gondorf. Die dortigen Erschließungsprobleme inner- und außerhalb der Flurbereinigung (Monorackbahn) rundeten das Bild der rheinland-pfälzischen Förderungsmaßnahmen im Steillagenweinbau ab.

## Veränderungen im Maschinenpark der Luftbild- und Rechenstelle

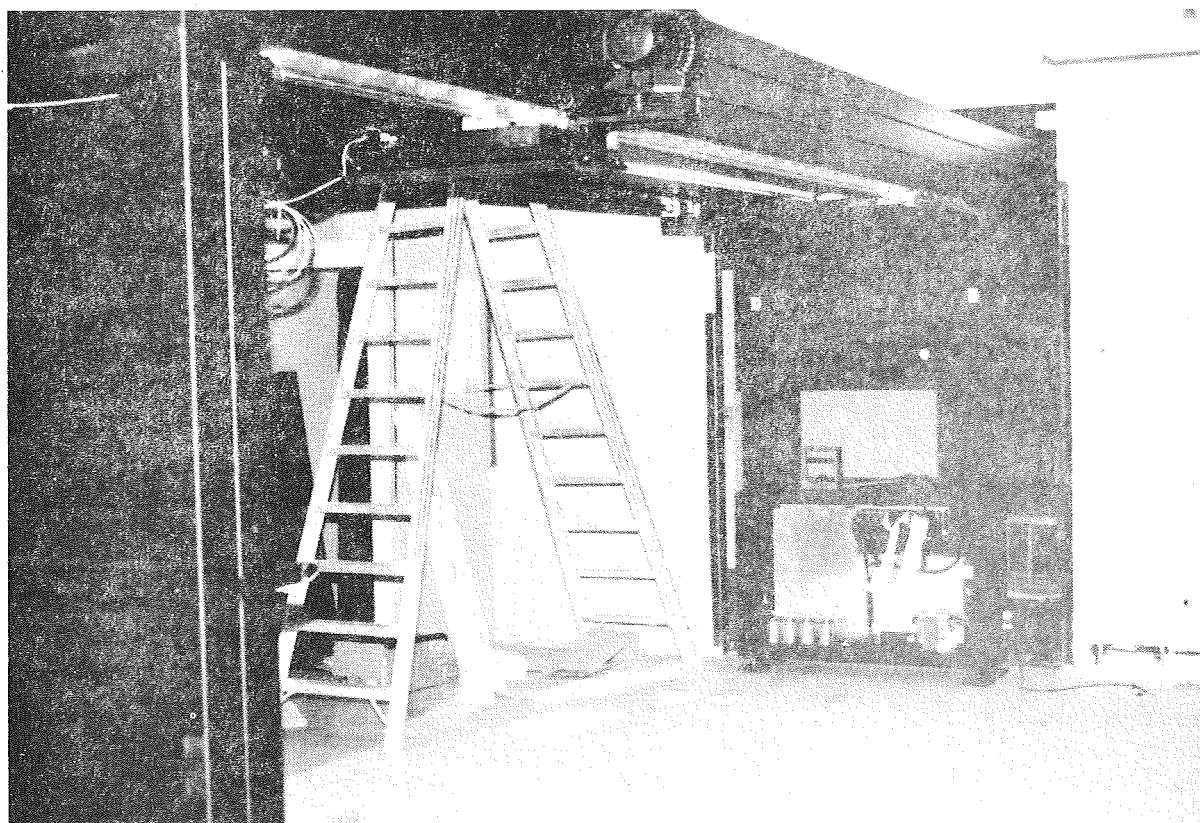
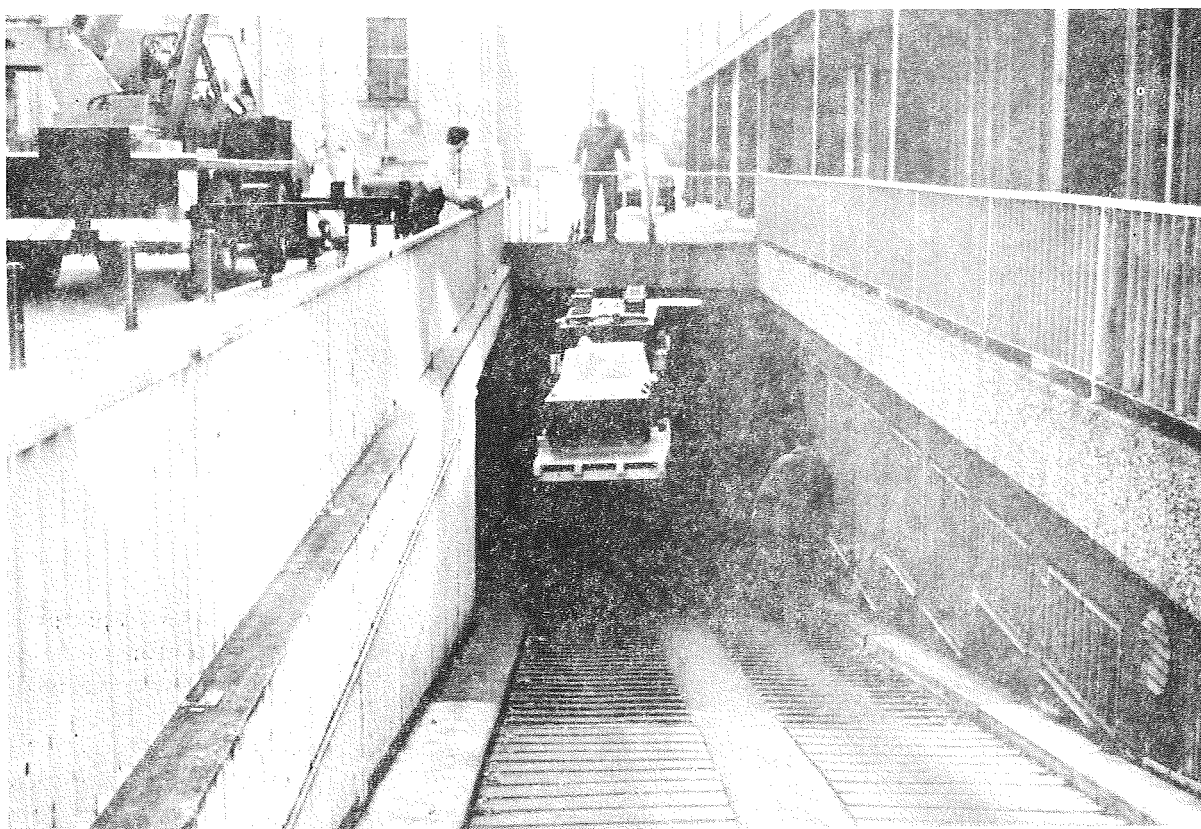
von Vermessungsdirektor Axel Lorig, Mainz



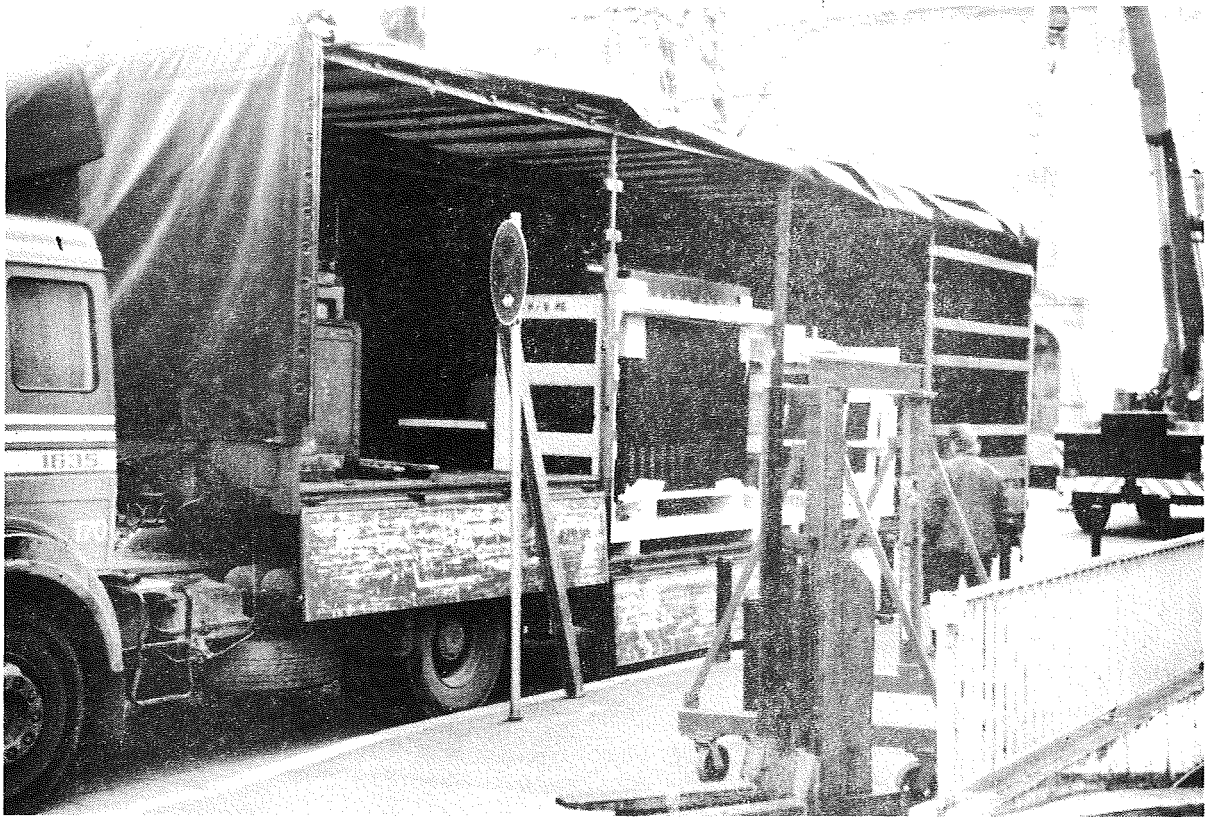
Ein Teil der Reproduktionseinrichtungen der Luftbild- und Rechenstelle ist in unterirdischen Kellergewölben unterhalb des zentralen Parkplatzgeländes des MLWF untergebracht.

Nach vollständiger Renovierung bieten diese Kellerräume als Laborflächen dauerhafte Vorteile, die ansonsten mit hohen technischen Aufwendungen erkaufte werden müßten. In den vergangenen Jahren wurde die Ausstattung um ein Farblabor ergänzt. Es war allerdings dann noch einmal ein besonderer Moment, als die Reproduktionskamera "Klimsch Autohorica", mit 27 Dienstjahren die älteste Großmaschine unserer Verwaltung, durch eine hochmoderne SIXT-Kamera ersetzt wurde.

Die nachfolgenden Bilder sollen - ohne weiteren Kommentar - Eindrücke von der Präzisionsarbeit vermitteln, die die Speditionsfirma beim Einschleusen der tonnenschweren Kamerakomponenten in den unterirdischen Laborbereich zu leisten hatte. Gleichzeitig mußte der Straßenverkehr der umliegenden Straßen wegen der Sattelschlepper und Kräne vollständig gesperrt werden.

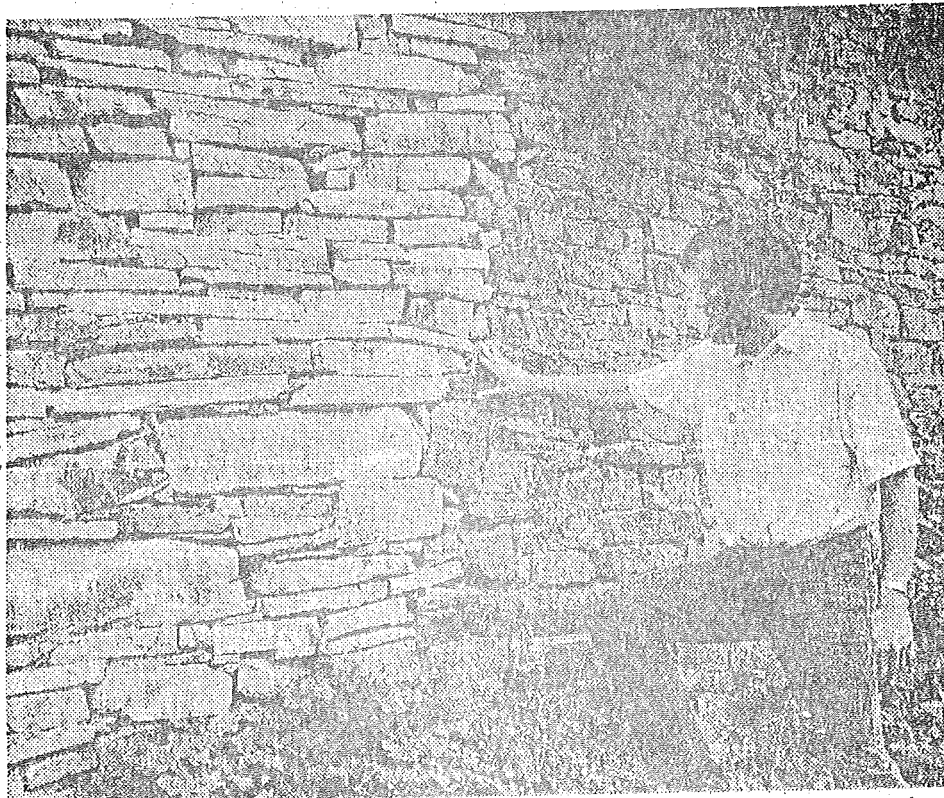




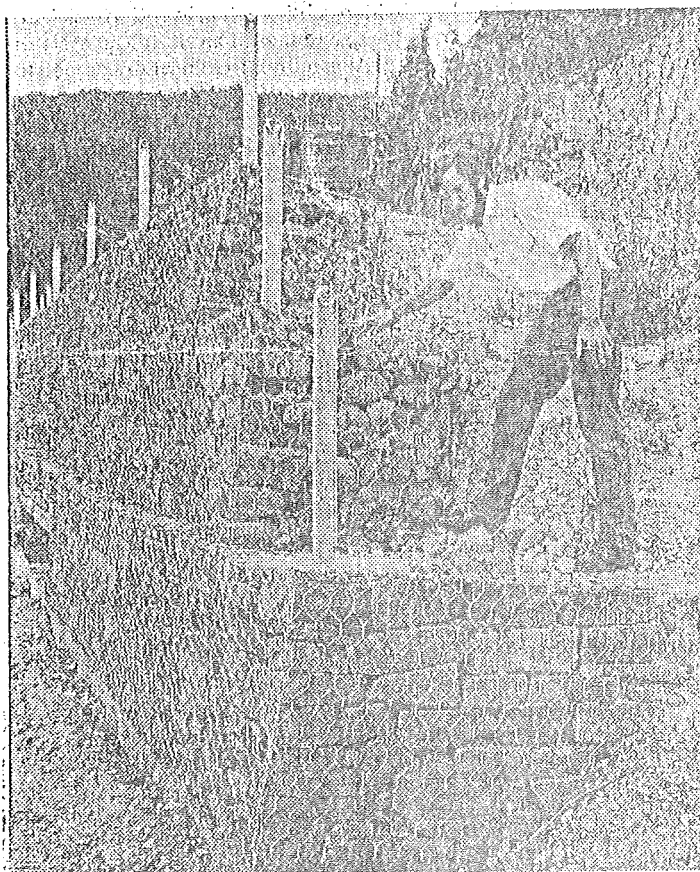


## Pressespiegel

### KREIS AHRWEILER



2,5 Millionen Mark werden im Silberberg allein für die Sanierung der Trockenmauern ausgegeben. Martin Schumann vom Kulturrat zeigt ein Beispiel. Foto: Gerrit Mitter



Mit Maschendraht verstärkte Schutzmauern, sogenannte Gabionenmauern, sichern am Marienthaler Trotzenberg Hänge und Legen zwischen Glesemer Bach und der Ellig. Auch diese Maßnahme dient der Landespflege und dem Erhalt der natürlichen Landschaft. Sämtliche neuen Mauern wurden am Trotzenberg nach dieser die Umwelt schonenden Methode errichtet.

**Baustopp wegen Weinlese**

# Behutsame Arbeiten in Ahrweilers Steillagen

## Flurbereinigung für die Winzer und den Erhalt der Landschaft

**AHRWEILER.** Nur scheinbar ruht in den Weinbergen Ahrweilers ein Teil des Flurbereinigungsverfahrens. „Um Behinderungen bei der Weinlese zu vermeiden, haben wir den Wege- und Mauerbau für diese Zeit zurückgestellt“, erklärte gestern Martin Schumann vom Kulturrat. Weitergebaut wird dagegen an den wasserwirtschaftlichen Anlagen oberhalb Ahrweilers, wie den Vorflutern und Geröllfängen.

Gerade die Winzer sind ja die Nutznießer dieser elf Millionen Mark teuren Maßnahmen. Sie sollen den Ahrwinzern ein Arbeiten in den Steillagen zu betriebswirtschaftlich vertretbaren Kosten in den vormals kleinparzellierten Steillagen ermöglichen, die Konkurrenzfähigkeit des Ahrweins sichern und damit auch typische Kulturlandschaft erhalten. Nicht wenige Ahrweiler Winzer aber bezeichnen die Planungen als viel zu langwierig, den Fortgang der Arbeiten als schleppend und wegen zu vieler fortbestehender Terrassen und Trockenmauern nur als halbherzig.

Die Gegenseite, vor allem die Kreisgruppe Ahrweiler des BUND, erkennt grundsätzlich die Notwendigkeit einer Flurbereinigung an. Sie befürchtet aber den Verlust von ahrtypischen Trockenmauern und bei großflächigen Planierungen einen Kahlschlag in der Natur sowie die Zerstörung der Biotope. Zwischen diesen Fronten steht das Kulturrat. „Wir müssen nach den gesetzgeberischen Vorlagen einen Konsens finden“, sagt der 30jährige Vermessungsrat Schuhmann. Das heißt für ihn, daß ein ökologischer und naturnaher Weinbau eigentlich nur in planierten Flächen betriebswirtschaftlich möglich ist. Gleichzeitig bedeutet das aber auch, daß Trockenmauern aus ökologischen und landespflegerischen Gründen (und damit auch schlechter zu bewirtschaftende Terrassen) erhalten bleiben müssen.

Um beiden Seiten mehr Informationen zu geben und vielfache Emotionen aus dem Streit zu nehmen, führte Schumann jetzt die Rhein-Zeitung durch die betroffenen Lagen. Es ist ganz erstaunlich, was hier schon weithin sichtbar, aber teils noch kaum beachtet wird: Naturfreunde und vor allem Wanderer werden sich bedanken, daß zum Beispiel auf dem Rotweinwanderweg in diesem Bereich die Schwarzdecke entfernt und durch

Schotter ersetzt wird. Einer der Grundsätze der Planung in der Ahrweiler Flur, so Schumann, ist es, auf Wegebefestigungen möglichst zu verzichten: Von fast 30 Wegkilometern wurden drei mit Bitumen als Bindemittel gebaut, sieben sind geschottert und 20 sind reine Erdwege.

Zweieinhalb Millionen Mark kostet die Sanierung von Trockenmauern besonders im Bereich des Silberbergs. Um die Trockenmauerbiotope zu erhalten, wird dort auf Planierungen verzichtet. Dieser Bereich soll nach Schumann durch eine Monorack-Bahn erschlossen werden. Eine weitere Besonderheit sind die Gabionenmauern; neue Mauern werden in dieser naturnahen Bauweise errichtet. Dabei wird der vordere Mauerteil im Drahtkorb „trocken“ gesetzt und der hintere aufgeschüttet. Je Meter Höhe hat diese Mauer aus landespflegerischen Gründen eine 20 Zentimeter breite Stufe; etwa anderthalb Kilometer Gabionenmauern sollen zwischen Giesemer Bach und der Ellig entstehen.

Erhalten bleiben sollen auch, soweit möglich, Landschaftsstrukturen wie Lößlehmwände sowie Gehölze auf dem insgesamt 188 Hektar großen Bereich mit 45 Hektar Weinbergen; so auch der Hohlweg im Stummericher Loch. Die vorhandenen Brachflächen sollen nach den Planungen des Kulturrates nicht nur zum Aufbau eines Biotopverbundes ergänzt und vernetzt werden. Vorhandene zugewachsene oder anderweitig genutzte Brachen sollen zudem noch auf den Entwicklungsstand der Weinbergsbrache zurückgeführt werden; das betrifft besonders einige Fichtenbestände im Randbereich. Gebaut werden – auch neu für die Ahr – oberhalb Ahrweilers vier Regenrückhaltebecken.

Martin Schumann verspricht nicht nur den Erhalt vorhandener Streuobstbestände in den Grünlandbereichen, sondern „noch mehr Grün durch die Flurbereinigung“. Nach der Planzuteilung werden vom Kulturrat kostenlos kleine Pflanzen alter Obstbaumsorten verteilt. Mit der Zuteilung der Grundstücke, so Schumann gestern, rechnet er „ab 1994“. Danach kann dann auch der Wiederaufbau beginnen. Die Sanierung der zu erhaltenen Trockenmauern beginnt aber schon im nächsten Jahr.

**Gerrit Mitter**

Gestern bei Mayschoß

# Monorack steuerte bei Probefahrt Erfolgskurs

## Neues Transportsystem eignet sich für Steillagen im Weinbau

**MAYSCHOSS.** Sie kennt weder Fahrplan noch Bahnhof, klettert die steilsten Weinberge hinauf, ist kräftig und umweltfreundlich wie ein Lastesel und leicht zu bedienen wie ein Mofa: Gestern startete die erste Monorackbahn im Weinanbaugebiet der Ahr zur Probefahrt.

Wolfgang Hehle vom Mayschösser „Weingut Deutzerhof“ (Cossmann-Hehle) startete diese Pionierfahrt für die längst bewährte Einschienen-Zahnradbahn. Sie wird über das Kulturstamt gefördert. „Nur mit diesem Transportsystem können wir eine Spitzen- und Steillage des Ahrweinbaus wie das 'Altenahrer Eck' wirtschaftlich bearbeiten und als Kulturlandschaft erhalten“, äußerte Hehle beim Probelauf über die ersten 70 Meter.

Auf 150 Meter wird der Schienenstrang in den nächsten Tagen in dieser Steillage noch erweitert. Dabei schleppt der kleine Zugtraktor, acht PS stark, alles an Arbeits- und Baumaterial auf seinem stählernen, mit bis zu Prozent Steigung „geplasterter“ Weg selbst hinauf. Bis zu 250 Kilogramm darf das Gepäck schwer sein; oder drei Personen können die kleine Bergfahrt genießen. Meist einen halben Meter über dem Erdboden ziehen die Zahnräder die kleine Bahn kippstabil durch die Reben hinauf. „Nur über die hohen Trockenmauern ist der sehr steile Anstieg etwas gewöhnungsbedürftig“, räumt auch Wolfgang Hehle ein.

Eine ganz ausgeklügelte Sache ist das dreifache Bremssystem. Zusätzlich halten Endanschlüsse das Monorack in den Endstationen automatisch an und stellen das Gas auf Leerlauf. So kann das kraftvolle Bähnchen notfalls auch einmal selbst auf die Reise geschickt werden. Statt Schwellen hat das Monorack kräftige, feuerverzinkte Stahlstützen, die einen Meter tief im Boden befestigt und durch seitliche Querstreben zusätzlich gesichert sind.

Auch die seltene Zippammer wird sich hier in ihrem nördlichsten europäischen Standort schnell an ihren neuen Nachbarn gewöhnen, genauso wie das überraschend leise Transportsystem diesen geschlossenen Lebensraum des Altenahrer Ecks unbehelligt läßt und nicht nur die wertvollen

Klein-Biotop der Trockenmauern schützt. Winzer Hehle ist überzeugt, daß „Ertragsmaximierung nicht auf Kosten der Natur geschehen darf“. Denn auch „die Gäste im Ahrtal suchen die intakte Natur, wie auch das typische Bild des Terrassenweinbaus, den wir so erhalten können“.

Daß in den Steillagen des Ahrweinbaus bis zu 75 Prozent an Arbeitsstunden eingespart werden können, darin stimmt er Martin Schumann und Bernd Ternes vom Kulturstamt, erste Passagiere der Probefahrt, zu. „Vor allem aber wird die Arbeit in diesen Lagen für den Winzer leichter“, freut er sich, „denn das Monorack schleppt zu jeder Jahreszeit alles bergauf“. Ganz erheblich wird vom Land über das Kulturstamt Hehles Monorackbahn bezuschußt. „Förderung von Investitionen zur Rationalisierung des Steillagen-Weinbaus“ heißt das Programm, das Bernd Ternes bearbeitet. „Wir fördern aber nur erhaltenswerte Spitzenlagen, von denen die Ahr jedoch viele hat“, meinte er gestern, und hofft auf Nachahmer aus der Ahrwinzerschaft.

Für die etwa 7500 Quadratmeter des Mayschösser Weingutes Deutzerhof im Altenahrer Eck bedeutet diese Landesförderung: Von zehn Mark Erschließungskosten mit dem Monorack übernimmt das Land Rheinland-Pfalz sieben Mark, also 70 Prozent. Durch Eigenleistungen kann der Kostenanteil des Winzers noch vermindert werden. An der Mosel sind seit der ersten Einschienenbahn von 1977 mittlerweile etwa 100 so gefördert worden. Auch Wolfgang Hehle will sein „Schienennetz“ ohne Weichen, die auch möglich sind, erweitern. Die kleine „Vier-Takter-Lok“, betrieben mit bleifreiem Super, läßt sich übrigens leicht transportieren. Auch die Landeslehranstalt, so Dr. Karl-Peter Böll, will im Ahrweiler Flurbereinigungsverfahren für Weinberge das Monorack einsetzen.

Gerrit Mitter



## Flurbereinigung auf der Spur

### Projekttag des Schloßgymnasiums in Gemarkung Albig

red. — Flurbereinigung als Instrument ländlicher Bodenordnung ist immer noch Gegenstand öffentlicher Kritik. Gerade in Zeiten wachsenden Umweltbewußtseins der Bevölkerung werden solche, in die vorhandene Landschaftsstruktur eingreifende Maßnahmen besonders kritisch betrachtet. So ist das Thema „Flurbereinigung“ auch Gegenstand des Erdkundeunterrichts in höheren Gymnasialklassen.

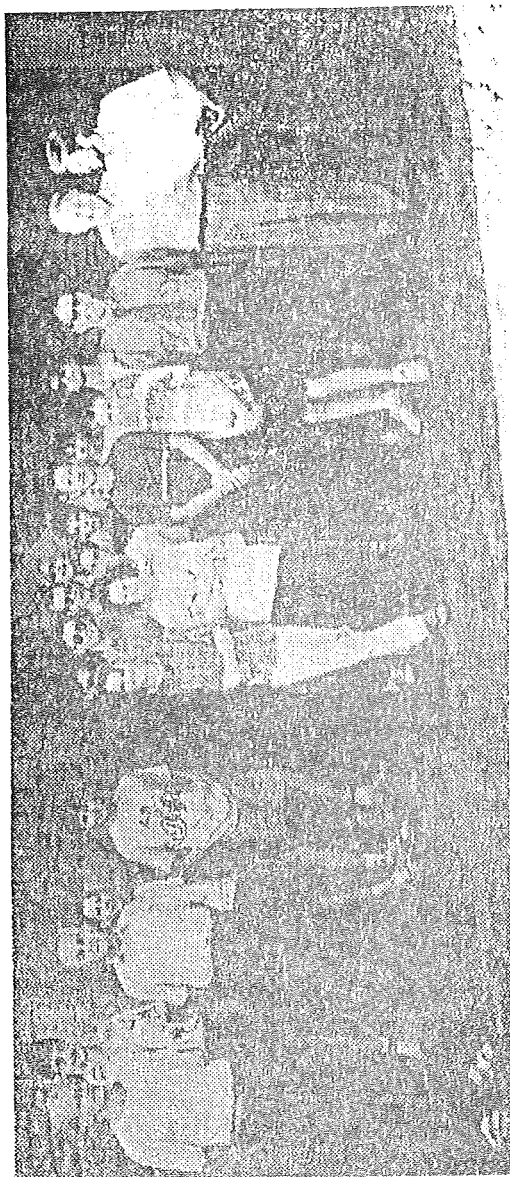
Finen „Projekttag Flurbereinigung“ veranstaltete zu Beginn des neuen Schuljahres der Erdkunde-Leistungskurs der MSS 13 am Schloßgymnasium. Am Beispiel der Gemeinde Albig bei Alzey stand das Thema „Ökologie und Ökonomie“ zur Diskussion, dem sich die Schüler (darunter auch zwei amerikanische Austauschschüler), Lehrer, der Albi-ger Ortsbürgermeister und das zu-

ständige Kulturamt Worms gemeinsam widmeten.

In einem einführenden Teil gab zunächst Ortsbürgermeister Georg Herr einen historischen Überblick über die Entwicklung der Weinbaugemeinde am Autobahnkreuz Alzey bis heute. Anschließend erläuterte der Leiter des Kulturamtes Worms, Regierungsdirektor Dr. Willy Schuy, den Schülern die Aufgaben, Ziele, gesetzlichen Grundlagen sowie den Ablauf ländlicher Bodenordnungsvorgänge nach dem Flurbereinigungsgesetz.

Darauf folgte für den Rest des Tages eine Begehung von Teilen der Gemarkung Albig. Daran nahmen neben den Schülern und ihren Kursleiter, Studienrat Karl Hoffmann, Ernst-Jakob Müller als langjähriger Vorsitzender der Teilnehm-ergemeinschaft Albig teil sowie

MAZ vom 28/8/1991



In und um Albig unterwegs: die Schloß-Gymnasiasten mit Lehrer, Ortsbürgermeister und Kulturamts-Vertreter.

die zuständigen Mitarbeiter des Kulturamtes Worms. Den Schülern konnten hierbei die Probleme und zum Teil widerstreitenden Zielsetzungen der Flurbereinigung aus ökologischer und ökonomischer

Sicht vor Augen geführt werden. Als einen „vollen Erfolg“ bezeichneten die Teilnehmer diesen Projekttag, und das Interesse der Schüler schlug sich in zahlreichen Fragen nieder. Nicht verwundern konnte es da-

her, daß Schüler und Lehrer den Wunsch nach Fortführung solcher Projekttag äußerten: „Nur so kann das komplexe Thema Flurbereinigung transparent und verständlich gemacht werden.“

MAZ vom 28.1.1992

# Praxis kennengelernt

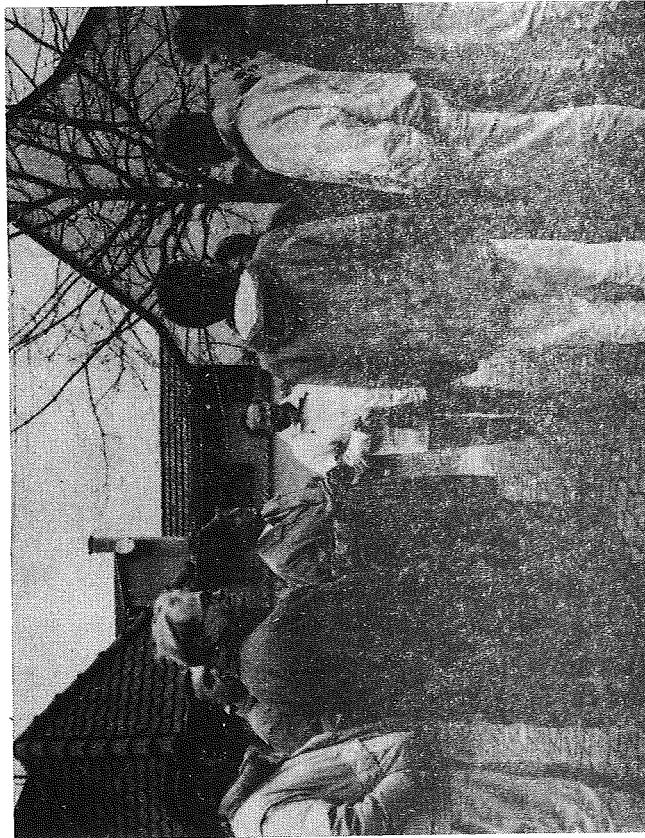
„Landentwicklung“ am Beispiel Albig studiert

**ALBIG** — Zum Abschluß des Wintersemesters stand auf dem Lehrplan für die Studenten des Lehrfaches „Neuordnung des ländlichen Raumes“ des Fachbereichs Vermessungswesen der Fachhochschule Mainz eine Exkursion zum Thema „Flurbereinigung und Dorferneuerung“. Als praktisches Beispiel hatte der Lehrbeauftragte, Vermessungsdirektor Lorig, zusammen mit dem zuständigen Kulturrat Worms die Gemeinde Albig ausgewählt. Dort sollten die Studenten das im Rahmen des bisherigen Studiums erlernte theoretische Wissen vertiefen.

Nach der Begrüßung durch den Ortsbürgermeister sowie Vermessungsdirektor Schambach vom Kulturrat Worms erfolgte zunächst eine Gemarkungsbegehung. Dabei wurde den Studenten durch die zuständigen Mitarbeiter des Kulturrates (Vermessungsrat Walter und Vermessungsoberinspektor Hoffmann) ein fachlicher Einblick in die über viele Jahre durchgeführten Maßnahmen im Sinne von „Land-

entwicklung“ gegeben. Die Palette reichte von der Feldflurbereinigung über die begleitende Bodenordnung zum Autobahnbau bis hin zur Dorf- und Flurbereinigung. Anhand einzelner Projekte der Weinbergflurbereinigung konnte zudem auch der im Zeitablauf gewandelte Stellenwert der „Ökologie“ bei der ländlichen Bodenordnung verdeutlicht werden.

Im zweiten Teil des Tages konnten die Studenten im Rathaus von Albig Fragen stellen zu dem Gesehenen. Diese Gelegenheit wurde ausgiebig wahrgenommen, so daß eine lebhafte Diskussion zustande kam. Eine kleine Weinprobe unter fachmännischer Leitung des zweiten Beigeordneten, Horst Baumann, trug sicherlich zu der insgesamt gelungenen Veranstaltung bei. So war auch das abschließende Resümee seitens der Studenten nicht verunverderlich: „Ein solcher Tag mit einer gut gestalteten Fachexkursion und praktischem Anschauungsunterricht bringt mehr als viele Stunden theoretische Vorlesungen“.



Die Gemeinde Albig hatte Studenten der Fachhochschule Mainz ausgesucht, um an diesem Beispiel die „Neuordnung des ländlichen Raumes“ in der Praxis zu studieren.

## Simmern - Innsbruck mit dem Fahrrad



Stefan Bremm



Günter Gumm

Zum diesjährigen Geodätentag radelten zwei Vermessungsingenieure von Simmern/Hunsrück nach Innsbruck. Die Strecke bewältigten die beiden Amateure in 4 1/2 Tagen.

Ihr Ziel, zur Eröffnungsveranstaltung in Innsbruck zu sein, haben sie wegen der zu Beginn der Tour schlechten Witterung, leider knapp verfehlt. Das Foto zeigt beide auf dem höchsten Punkt der Fahrt, dem Fernpaß (1.210 m ü. NN).

Zurück ging es dann allerdings bequemer, im Auto mit Freunden und den Rädern auf dem Dach.



# Heimatspo

MZ

Montag, 6. April 1992

## Plötzlich im Rampenlicht der Öffentlichkeit

HS — Als Jugendlicher lief er beim TuS Wörrstadt die 400 und 800 m, wurde einige Male Kreismeister. Das war's denn, was Günter Emig als aktiver Leichtathlet an Meriten aufzuweisen hat. Als Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Leichtathletik-Verbands (DLV) — seit 1987 — verbrachte der 55jährige Verwaltungsjurist aus Mainz in dem eher friedlichen Verband einen ziemlich ruhigen Lenz, bis Katrin Krabbe und Co. kamen und Recht begehrten. Der DLV hatte die Doppel-Weltmeisterin und die weiteren Weltstars Grit Breuer und Silke Möller des Dopings beschuldigt und sie deswegen suspendiert.

Stutzig machte den Ministerialrat im rheinland-pfälzischen Landwirtschafts-Ministerium die dafür als Schuldbeweis vorgegebene „lückenlose Indizienkette“. Der Fall — wie man weiß — von sporthistorischer Tragweite beschäftigte den stets auf fairen Einsatz des Rechts bedachten und Ruhe und Ausgeglichenheit ausstrahlenden Landeshauptstädter seit Mitte Februar. Daß er dadurch ins Rampenlicht rücken mußte, störte den Familienvater weniger als die Hunderte von Stunden, die er unter Entsagung seiner Privatinteressen ehrenamtlich mit der Vorbereitung



In Finthen zu Hause: Günter Emig.

Bild: Kopp

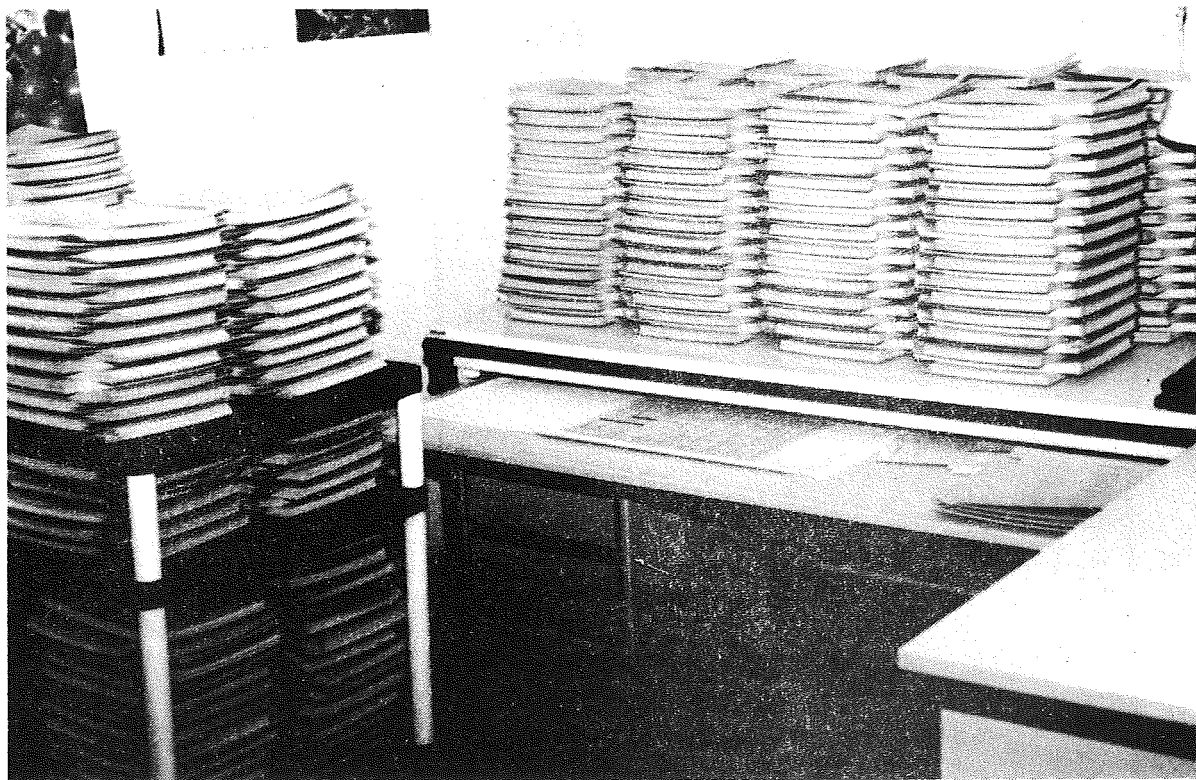
der Verhandlung verbrachte („Ich habe manche Nacht nicht geschlafen.“).

Nun setzte er am Wochenende zusammen mit seinen zwei Kollegen des Rechtsausschusses Grundsätze, die die Sportlerinnen zufriedenstellten, nicht aber den DLV. Auf dessen Schelte kontert er: „Die Kritik stört mich nicht. Wir hatten nur dem Recht zum Erfolg zu verhelfen. Gottseidank haben wir im Ausschuß nichts anderes getan. Der Verband sollte lieber daran denken, es künftig besser zu machen.“

## KURZINFORMATIONEN

**Nr. 213: Informationsveranstaltungen zur Waldflurbereinigung Bacharach-Steeg.** Anlässlich der Einweisung der Grundstückseigentümer der Waldflurbereinigung Bacharach-Steeg in den Besitz und die Nutzung der neuen Grundstücke fanden am 31.10.1991 in der Dorfgemeinschaftshalle Steeg eine Informationsveranstaltung und im Monat Dezember 1991 eine Ausstellung in der Volksbank Bacharach statt. Beide zusammen mit dem Vorstand Burgen sowie dem Vorstand der TG vorbereiteten und durchgeführten Veranstaltungen wurden von der Bevölkerung und den Vertretern verschiedenster Verwaltungen sehr interessiert angenommen. Anhand von Vorträgen bzw. Ausstellungstafeln konnte ein Einblick in die Waldflurbereinigung Bacharach-Steeg (siehe NLKV 1991, S. 47 ff) und die aus ihr folgenden forstwirtschaftlichen Perspektiven gegeben werden.

**Nr. 214: Berge von Richtlinien** häuften sich wochenlang vor Auslieferung der RiDezDV an die Kulturämter.



**Nr. 215:** 25 Jahre nach der Beeinträchtigung des Selztals durch kanalartige Ausbauten ist jetzt der Weg frei zur Renaturierung. Mit dem symbolischen "ersten Spatentisch" an der Sörgerlocher Darmstadtmühle wurde die über ein Jahrzehnt andauernde Diskussion über die Realisierung des ersten, eineinhalb Kilometer langen Renaturierungsabschnitts in den Gemeinden Hahnheim, Undenheim und Sörgerloch beendet. Erstmals wurde eine Flurbereinigung aus rein ökologischen Gründen durchgeführt. Durch ein beschleunigtes Neuordnungsverfahren zur Klärung der Besitzverhältnisse und die konstruktive Zusammenarbeit mit betroffenen Landwirten konnte im September letzten Jahres ein 105 Hektar umfassender Flurbereinigungsplan vorgelegt werden, der nun Grundstein für die Renaturierung des von dem Hahnheimer Colmerweg bis zur Darmstadtmühle in Sörgerloch reichenden Gebiets darstellt. Das unter Einbeziehung des staatlichen Amtes für Wasser- und Abfallwirtschaft und des Landesamtes für Wasserwirtschaft entstandene und durch die Untere Landespflegebehörde der Kreisverwaltung Mainz-Bingen koordinierte Vorhaben soll richtungsweisend für weitere Selzabschnitte und andere Gewässer in Rheinland-Pfalz gelten.

**Nr. 216:** Folgender Beitrag zur neuen Geschäftsordnung war besonders problematisch: "Die kasuistische Aufgabenbenennung in Ziffer 2 ist m.E. ausreichend auch für die Lokalisierung durch Interpretation der von mir oben angeschnittenen möglichen zusätzlichen Aufgabenkompetenzen".

**Nr. 217:** Auch die Alsenzer "Narren" nahmen die Flurbereinigung sehr ernst:



**Nr. 218: Thüringen führt modernste Datenverarbeitung in den Flurneuordnungsämtern ein:** Dr. Jürgen Hartmann, Staatssekretär des Thüringer Landwirtschaftsministeriums nahm am 12. Dezember 1991 die Datenverarbeitungsanlage im Flurneuordnungsamt Erfurt in Betrieb. Thüringen hat mit einem Kostenaufwand von 0,8 Mill. DM als erstes der neuen Bundesländer modernste Datentechnik zur Bearbeitung von Bodenordnungsverfahren bei den Flurneuordnungsämtern eingeführt. Mit der nunmehr vorhandenen Grundausstattung werden künftig die Arbeiten zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse erheblich beschleunigt. Ein weiterer Ausbau der dezentralen Datenverarbeitung, die einen vollautomatischen Datenfluß zwischen Kataster und Flurneuordnung ermöglichen wird, ist für die kommenden Jahre vorgesehen. Staatssekretär Dr. Hartmann benutzte diesen Anlaß, den Verwaltungshelfern aus Hessen und Rheinland-Pfalz für die beispielhafte Unterstützung dieses Projektes zu danken. Die in Thüringen jetzt eingesetzte Technik dürfte auch in mancher Hinsicht die Entwicklung in den Altbundesländern positiv beeinflussen.

**Nr. 219: Vermessungsingenieure immer schon benötigt:**

### **Bekanntmachung.**

In den westlichen Gouvernements der Kaiserlich Russischen Staaten wird in Folge Allerhöchsten Ukases eine allgemeine Regulirung (Lustration) sämmtlicher Krons- und Staats-Güter, und die dazu erforderlichen Special-Vermessungen und geometrischen Ausarbeitungen der Regulirungs-Projecte ausgeführt.

Im Auftrage des hohen Ministeriums der Krons- und Staats-Güter zu St. Petersburg fodere ich qualifizierte Geometer, sowie diejenigen Personen, welche als Geodäten gearbeitet haben, die gehörige Gewandtheit im Aufnehmen, Berechnen und Planzeichnen besitzen, und welche geneigt sind, an diesen Krons- und Staats-Güter-Vermessungen Antheil zu nehmen, hiermit auf, sich in möglichst kurzer Zeit schriftlich unter Einreichung der Qualifications-, Beschäftigungs- und Führungs-Zeugnisse an mich zu wenden. Die Engagementsbedingungen, sowie Erläuterungen über die bei dem besagten Vermessungsgeschäfte obwaltenden Verhältnisse sind gedruckt in der Arnold'schen Buchhandlung in Dresden und in der Expedition der Leipziger Allgemeinen Zeitung zu haben.

Wladyslaw, am 8. März 1841.

[1376—78]

Der Verwaltungs-Dirigent **Eduard Bürlener.**

**26. April 1841.**

10te Königl. Staats-Lotterie zu Leipzig, 25,000 Lose, 10,000 Gewinne (100,000 Mark) etc. etc.

**Gartengrundstücks - Verkauf in Dresden.**

Ein nächst dem lebhaften Bauherrn-Platz in Dresden, an der Straße nahe der Elbe gelegenes großes Gartengrundstück, worauf bis jetzt noch keine größeren Gebäude aufgeführt sind, soll aus freier Hand billig verkauft werden, und bedarf es nach Befinden nur der Angabe eines etwaigen Preises.



**Nr. 220:** Der "Dreigemärker" für Alsenz, Oberndorf und Bayerfeld wurde unter der Mitwirkung der Ortsbürgermeister und des Kulturamtes Worms neu gesetzt. Im Rahmen der Flurbereinigung wurde an der Stelle, an der die Gemarkungen der drei genannten Gemeinden zusammentreffen, der 150 Jahre alte Grenzgemarkungsstein gegen einen neuen Stein ausgetauscht. Ortsbürgermeister Alfred Walter von Oberndorf nannte es ein besonderes Ereignis, einen so alten Gemarkungsstein zu "verabschieden", auch der neue "Grenzwächter" solle die drei Ortsgemeinden zusammenhalten. Der Vorsitzende der Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung Alsenz, Rudolf Landfried, dankte allen Helfern der Flurbereinigungsarbeiten und den Bauingenieuren vom Kulturamt Worms. Zur abschließenden Feier in der Gemeindehalle Oberndorf konnte Ortsbürgermeister Walter auch den zweiten Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft Flurbereinigung Alsenz, Karl Dautz, sowie den ersten und zweiten Ortsbeigeordneten der Gemeinde Alsenz, Werner Bohley und Heiner Siegfried, und den ersten Ortsbeigeordneten Fritz Müller vom Bremricherhof begrüßen. Im Bild: das Setzen des neuen Grenzsteins.

*Nr. 221: Aus unserer Schwesterverwaltung in Baden-Württemberg:*

Landesamt für Flurbereinigung  
Baden-Württemberg

Kornwestheim, den 01.02.1992

An die  
Flurbereinigungsämter  
in Baden-Württemberg

Az.: 34-8465.05

Nr. A 1 - 36/92

Verteiler VI

Betreff: Durchführung der Flurbereinigungsverfahren;  
Einführung von Rundfeldern

Anlagen: 1 Skizze

Nach umfangreichen Forschungsvorhaben der Hochschule Hohenheim mit dem Gerätehersteller FAHR und dem Kuratorium für die Landwirtschaft e.V. wird versuchsweise die vermessungstechnische Einführung von Rundfeldern zugelassen.

Rundfelder sind Grundstücke mit kreisförmigem Zuschnitt entsprechend beigefügter Skizze.


Der Gerätehersteller FAHR hat speziell für Rundfelder angelegte Zugmaschinen entwickelt. Dabei startet die Zugmaschine im Kreismittelpunkt und steuert selbständig, durch Mikroprozessoren gesteuert, in schneckenförmigen Fahrbewegungen bis der äußere Rand des Kreises erreicht ist. Die Zugmaschine kann ohne Fahrer selbständig ihre Arbeitsgänge verrichten.

Nicht nur die Arbeitersparnis sondern auch die ökologischen Vorteile sprechen für eine Rundfeldanlage.

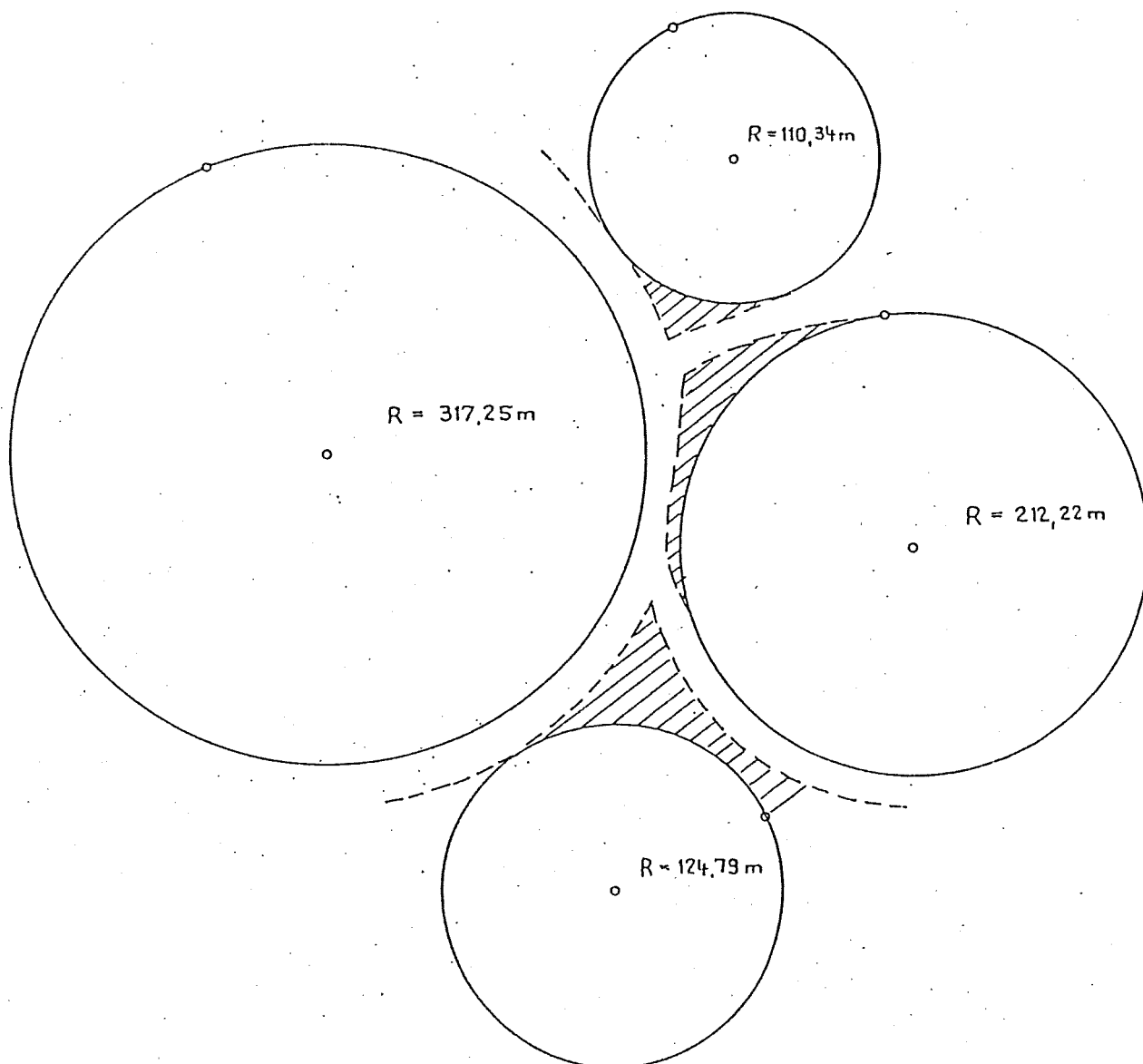
Die zwischen den Rundfeldern entstehenden Flächen (Katakaustik) können für ökologische Zwecke genutzt werden.

Vermessungstechnisch genügt künftig die Angabe von Kreismittelpunkt und Radius, wobei der Mittelpunkt und ein Kreispunkt vermarktet sein müssen.

T: Über Erfahrungen ist dem Landesamt jeweils zum 1.1. eines jeden Jahres zu berichten.

gez. Dr. 

Skizze zum Erlaß 36/92

Az.: 34-8465.05

////// ökologische Fläche

o Vermarkung

R Radius



# Impressum

- Herausgeber:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Rheinland-Pfalz -  
Abteilung Landeskultur, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Schriftleitung:** Vermessungsdirektor A. Lorig (verantwortlich)  
und Oberamtsrat H. Jens,  
Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Gestaltung,  
Reproduktion,  
und Vertrieb:** Luftbild- und Rechenstelle der Landeskulturverwaltung Rheinland-Pfalz, Bauhofstr. 4,  
6500 Mainz
- Druck:** Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten, Große Bleiche 55, 6500 Mainz
- Ständige Mitarbeiter:** Vermessungsdirektor Müllen (Bezirksregierung Koblenz)  
Regierungsdirektor Meyer (Bezirksregierung Trier)  
Regierungsdirektor Wulf (Bezirksregierung Rh.- Pf.)  
Ltd. Regierungsdirektor Dr. Fleck (Kulturamt Prüm)  
Vermessungsdirektor Lichtenthal (Kulturamt Trier)  
Regierungsdirektor Senftleben (Kulturamt Bernkastel-Kues)  
Vermessungsdirektor Epping (Kulturamt Westerbürg)  
Verwaltungsangestellter Dr. v. Saucken (Kulturamt Mayen)  
Obervermessungsrat Hausmann (Kulturamt Worms)  
Obervermessungsrat Neumann (Kulturamt Neustadt)  
Obervermessungsrat Semar (Kulturamt Kaiserslautern)  
Obervermessungsrat K. Wagner (Kulturamt Simmern)
- Erscheint:** halbjährlich
- Abgabe:** 1. Zur Ausbildung und Fortbildung der Bediensteten der Landeskulturverwaltung  
2. Im Schriftenaustausch der ArgeFlurb  
3. An andere Interessenten, Stellen und Bibliotheken im Abonnement gegen  
Ersatz der Auslagen

